

Schwerpunkt: Sudan

Zuschauen beim Massenmorden 4

VON THOMAS SCHMIDINGER

Der Konflikt im Westsudan aus der Geschlechterperspektive . 7

VON ISHRAGA M. HAMID

Rape as a weapon of mass destruction 9

VON KATRIN AUER

Blinde Solidarität 10

VON THOMAS VON DER OSTEN-SACKEN

Islamismus und Militärherrschaft im Sudan 12

VON THOMAS SCHMIDINGER

Konsequente Entgrenzung 18

Die ideologische Vielfalt der Globalisierungskritik

VON KATRIN AUER

Offener Brief an den Wiener Bürgermeister Michael Häupl .. 19

Antiemanzipatorisches Ressentiment 21

Antizionismus als Kampf gegen die „künstliche Zivilisation“

VON ALEX GRUBER

Brecht mit Eurem Vater 26

Bruch und falsche Versöhnung in der postnazistischen Familie

VON RENATE GÖLLNER

Brief an Claudia Brunner 27

VON HANNAH FRÖHLICH

Deutsche Geschichtsarbeit 32

VON FABIAN KETTNER

„Es wird das Aussprechen von Erkenntnissen sabotiert“ .. 35

Der 11. September und die Linke

VON MATTHIAS KÜNTZEL

Chronologie eines Motivationsproblems 38

Zum Todestag von Michel Foucault

VON HEIDE HAMMER

Jenö war mein Freund 41

Unterrichtsthema: Deutsche Toleranz und Vernichtung

VON CORDULA BEHRENS-NADDAF

Durch Pulverfass und Kugelregen 45

Die Geburt der deutschen Filmindustrie aus dem Geist des Ersten Weltkriegs

VON EVA KRIVANEC

Irak. Von der Republik der Angst zur Demokratie? 47

VON HEIDE HAMMER

An unnecessary necessity 48

VON MARC ZANNONI

Deutsche Gegen-Aufklärung 49

VON HERIBERT SCHIEDEL

Das Context XXI-Abo

Preise

Österreich Sozialabo	22,- Euro
Österreich Normalabo	33,- Euro
Ausland Sozialabo	30,- Euro
Ausland Normalabo	38,- Euro
Übersee	44,- Euro

Probeabo (nur in Österreich): Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben kostenlos und unverbindlich zugesandt.

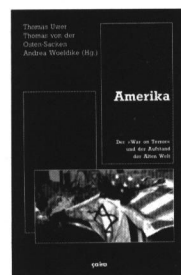
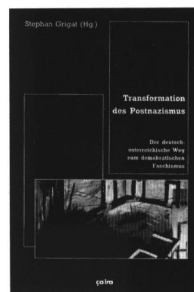
Probeheft (auf der ganzen Welt): Sie erhalten eine bereits erschienene Ausgabe kostenlos und unverbindlich zugesandt.

Coninfo-Mailingliste: Informationen über Radiosendungen, Veranstaltungen, Publikationen etc. Subskription über die Redaktion.

Das Abo-Geschenk

Neuabonnenten und -abonnentinnen erhalten – so lange der Vorrat reicht – eines der nachstehenden Abogeschenke. Rasch bestellen und Geschenkwunsch angeben!

- Thomas Uwer/Thomas von der Osten-Sacken/Andrea Woeldike (Hg.): **Amerika.** Der „War on Terror“ und der Aufstand der Alten Welt. 320 Seiten
- Stephan Grigat (Hg.): **Transformation des Postnazismus.** Der deutsch-österreichische Weg zum demokratischen Faschismus. 180 Seiten
- Mary Kreutzer/Thomas Schmidinger: **Niederlagen des Friedens.** Gespräche und Begegnungen in Guatemala und El Salvador. 162 Seiten
- Immanuel Wallerstein: **Das moderne Weltsystem II – Der Merkantilismus.** 430 Seiten
- Wolf Haas: **Komm, süßer Tod.** 223 Seiten
- 5 alte Nummern von **Context XXI** nach Wahl
- Diverse: **etwas besseres als europa** (CD)
- **Komm, Süßer Tod.** Soundtrack – Filmdialoge (CD)



Das Kleingedruckte

Das **Context XXI**-Abonnement kann jederzeit schriftlich oder per Email bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können – falls noch lieferbar – einzeln bestellt werden. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar und jeweils zum Jahresende kündbar.

Die Abo-Bestellung

bitte schriftlich, per FAX oder per Email an:

Bureau No.2, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien

Fax: ++43-1/532 74 16, redaktion@contextxxi.at

Liebe Leserin, lieber Leser!

Diese Ausgabe der **Context XXI** ist dem Sudan gewidmet. Der Krieg in Darfur, die systematische Vertreibung der Zivilbevölkerung und die Bilder aus den Flüchtlingslagern sind bekannt. Die Situation in Darfur musste sich erst zur Katastrophe entwickeln, bis westliche Regierungen und Medien den Ursachen und Umständen mehr Aufmerksamkeit schenkten. Bei der Berichterstattung wie auch bei der *Nachbar in Not*-Spendenaktion überwiegt jedoch die oberflächliche Betrachtung der Situation. **Context XXI** will daher mit dem Themenschwerpunkt *Sudan* die Hintergründe und Ursachen darstellen um die aktuelle Situation umfassender zu analysieren. Ishraga M. Hamid beleuchtet die Krise im Sudan aus der Geschlechterperspektive, um zu zeigen welche Auswirkungen und Folgen die Gewaltsituation auf Frauen im Sudan allgemein und im Speziellen in Darfur hat. Ebenso werden die Ausmaße der sexuellen Gewalt als Kriegswaffe dargestellt. Thomas Schmidinger

weist in seinen Texten zum einen auf die politischen und historischen Hintergründe der Krise im Sudan hin und diskutiert zum anderen die Bedeutung des Faktors Islamismus in Bezug auf den Krieg im Sudan. Thomas von der Osten-Sacken wiederum analysiert das Agieren und Reagieren der arabischen Regierungen in Sachen Sudan.

Neben dem Themenschwerpunkt *Sudan* bietet Ihnen **Context XXI** diesmal wieder eine vielfältige Auseinandersetzung mit diversen Formen der Vergangenheitsarbeit, ideologischen Kontinuitäten und aktuellen politischen Diskursen und Diskussionen.

Alex Gruber setzt sich mit Antizionismus als anti-emanzipatorischem Kampf gegen die Zivilisation auseinander und behandelt somit – wie die Zerstörung der Theodor-Herzl-Gedenktafel in Wien durch AntizionistInnen zeigt – ein unaufhörlich drängendes und akutes Thema. Renate Göllner widmete sich den boomenden „Vatibüchern“ sowie den Motiven

der schreibenden und publizierenden Nachkommen von Nazi-TäterInnen, was Hannah Fröhlich in einem offenen Brief an eine österreichische „Vatibuch“-Autorin als klare Kritik formuliert. Die ideologischen Kontinuitäten des Antiziganismus in Literatur und Schulpädagogik bringt uns Cordula Behrens-Naddaf in ihrem Artikel näher, während Fabian Kettner die verschiedenen Epochen der deutschen historiographischen Forschung zu Nationalsozialismus und Shohah beleuchtet und Matthias Küntzel Kritik am linken Diskurs zu 9/11 und der Weigerung, den Antisemitismus als zentrales ideologisches Motiv der Attentäter zu sehen. Heide Hammer widmete ihren Text dem Todestag von Michel Foucault und der Frage nach einer Verbindung von kritischer Theorie und Poststrukturalismus. Heribert Schiedels Recherche zum rechtsextremen *Konrad-Lorenz-Kommers* sowie die Buchrezension zur Filmindustrie im Ersten Weltkrieg von Eva Krivanec und Antiamer-

ikanismus in der Linken von Marc Zannoni beschließen diese Ausgabe der **Context XXI**.

Wir freuen uns Ihnen die Zusammenarbeit mit der Schweizer Zeitschrift *Risse. Analyse und Subversion* bekannt zu geben. In den folgenden Ausgaben von **Context XXI** wird ein Teil der Artikel von *Risse*-RedakteurInnen beige-steuert. Als **Context XXI**-LeserIn können Sie sich darum zum einen auf eine noch vielfältigere Themenpalette und Schweizer Perspektiven freuen und zum anderen gewiß sein, dass sich an der inhaltlichen Ausrichtung von **Context XXI** durch die Fusion mit *Risse* nichts ändert, denn diese beiden Zeitschriften verbindet nicht zuletzt das Anliegen nach interner und innerer Kritik und Auseinandersetzung. So gesehen also noch ein weiterer guter Grund **Context XXI** zu lesen, im Radio zu hören, zu abonnieren, weiterzuempfehlen und zu fördern.

KATRIN AUER
OKTOBER 2004

Context XXI

Schottengasse 3A/1/59, A-1010 Wien
Telefon ++43-1-535 11 06, Telefax: ++43-1-532 74 16
E-mail: redaktion@contextxxi.at

Medieninhaber: Bureau N° 2 – Agentur für Kommunikation und Information **Herausgeberin:** LICRA-Österreich (Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus) **Redaktion:** Katrin Auer (koordinierende Redakteurin, Lektorat), Hannah Fröhlich, Manfred Gmeiner, Judith Götz, Alex Gruber (Layout), Heide Hammer (Radio), Günter Hefler, Markus Kemmerling, Mary Kreutzer, Eva

Krivanec, Karin Lederer (Lektorat), Stella Puig-Waldmüller (Internet), Heribert Schiedel, Alexander Schürmann-Emanuel (geschäftsführender Redakteur), Thomas Schmidinger, Jutta Sommerbauer, Markus Zingerle (Radio) **AutorInnen dieser Ausgabe:** Cordula Behrens-Naddaf, Renate Göllner, Ishraga M. Hamid, Fabian Kettner, Matthias Küntzel, Thomas von der Osten-Sacken, Marc Zannoni **Titelgraphik:** no*signal **Hersteller:** Resch Druck & grafik, Rosinagasse 19, 1150 Wien, Telefon 89 32 358, Telefax 89 32 358-4 **Konto:** 0521-07281/00 bei Creditanstalt-Bankverein (BLZ: 11.000, IBAN: AT32 1100 0052 1072 8100, BIC: BKAUATWW) **Context XXI** ist Mitglied der **VAZ** – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften.

<http://www.contextXXI.at> • Die nächste gedruckte Ausgabe erscheint im Dezember.

Zuschauen beim Massenmorden

Seit Beginn dieses Jahres hat sich der Krieg im Westen des Sudan zu einer systematischen Vertreibung und Ermordung der lokalen Bevölkerung ausgeweitet. Die internationale Öffentlichkeit beschränkt sich dabei bisher auf substanzlose Ankündigungspolitik während die Linke schweigt oder bereits vor möglichen Interventionen warnt.

VON THOMAS SCHMIDINGER

In der westsudanesischen Region Darfur findet für Jan Egeland, den UN-Nothilfekoordinator für den Sudan das schlimmste humanitäre Drama der Welt statt. Bereits am 23. April erklärte er, dieses spiele sich weder im Irak noch in den palästinensischen Territorien, sondern in Darfur ab.

Tatsächlich hat sich in Darfur, wo seit einigen Monaten neben der *Sudan Liberation Army/Movement* (SLA/M) mit dem *Sudan Justice and Equality Movement* (JEM) noch eine zweite Guerillabewegung aktiv ist, die Lage seit

Anfang 2004 dramatisch zugespitzt. Insbesondere die bäuerliche Bevölkerung der Fur und der Zaghawah wurde seit Herbst 2003 Opfer systematischer Vertreibungen und Massaker. Ganze Dörfer werden von regierungsnahen arabischen *Janjawid*-Milizen ausgelöscht. Im September wurden sogar erstmals Berichte veröffentlicht, die vom Einsatz chemischer Waffen durch syrische Sondereinheiten sprachen. Die Tageszeitung *Die Welt* berichtete mit Berufung auf nicht näher genannte westliche Geheimdienste, dass syrische Offiziere im Mai in einem Vorort von Khartum mit Vertretern der sudanesischen Armee zusammengetroffen wären, um über die Ausweitung einer militärischen Zusammenarbeit zu beraten. Die syrische Delegation habe dem Sudan eine engere Kooperation auf dem Gebiet der chemischen Kriegsführung angeboten. Als Folge dieser Beratungen sollen chemische Kampfstoffe an ZivilistInnen in Darfur getestet worden sein. Bereits Anfang August hatten sudanesischen AugenzeugInnen in einem Artikel der arabischen Webseite *Ilaf* von sonderbaren Vorgängen in Khartums Al-Fashr-Hospital berichtet. Im Juni wären eine Reihe eingefrorener Leichen ins Krankenhaus gebracht worden, die am ganzen Körper Verletzungen aufwiesen, wie sie nach dem Einsatz chemischer Waffen auftreten. Insgesamt sind seit Anfang 2004 fast eine Million Menschen auf der Flucht, Hunderttausende haben im Nachbarstaat

Tschad eine prekäre Zuflucht gefunden, wo sie völlig von internationaler Hilfe abhängig sind. Dabei droht vielen von ihnen auch noch im Tschad der Tod. „Viele Flüchtlinge finden an den Orten wo sie Schutz gesucht haben zu wenig Trinkwasser. Die nächsten Wasserstellen sind oft viele Kilometer entfernt und bei 45 Grad Tagestemperatur für die Flüchtlinge zu Fuß unerreichbar“, berichtete Christine Decker von der österreichischen *Caritas*, als sie Mitte Mai aus dem Kriegsgebiet nach Europa zurückkehrte.

Das bis 1916 selbstständige Sultanat Darfur blieb innerhalb des Sudan stets eine marginalisierte Region. Seine etwas mehr als 7 Millionen EinwohnerInnen setzen sich neben den namensgebenden Fur aus einer Fülle anderer Bevölkerungsgruppen wie den Masalit, Zaghawah, Bornu, Tama, Salamat, Meidob oder Birged zusammen. Neben diesen zwar islamisierten, aber nicht arabisierten Bevölkerungsgruppen, die überwiegend als sesshafte Bauern am klimatisch begünstigten Bergland des Gebel Marra leben, nutzen nördlich davon arabische NomadInnen, die meist unter dem Sammelbegriff *Baggara* zusammengefasst werden, die Weidegründe der Trockensavanne am Südrand der Sahara. In diesem ökologisch sensiblen Raum führten bereits seit Mitte der Neunzigerjahre geringe Klimaveränderungen zu einem dramatischen Vordringen der Wüste. Was in Europa als marginale Klimaschwankung erscheint,

wirkt sich am Südrand der Sahara als Katastrophe aus. Jährlich versiegen am Ende der Trockenzeit neue Wasserstellen. Die Wüste rückt unaufhaltsam vor. Der Kampf um Wasserstellen wird so zur Überlebensfrage. Bei Auseinandersetzungen um die immer weniger werdenden Wasserstellen kamen bereits in den Neunzigerjahren immer wieder dutzende Menschen ums Leben. Meist zogen dabei die nichtarabischen Bodenbauern den Kürzeren. Schließlich hatte bereits die demokratisch gewählte Regierung Sadiq al-Mahdis in der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre die arabischen Stämme mit Waffen versorgt um sich damit in den entlegenen und ökonomisch vernachlässigten Randgebieten regierungstreue Milizen zu sichern, die gegebenenfalls gegen die südsudanesischen Guerilla SPLA einsetzbar wären. Diese Politik wurde nach dem islamistischen Militärputsch vom Juni 1989 noch verstärkt fortgesetzt.

Das islamistische Regime unter Umar al-Bashir, das in den ersten Jahren seiner Herrschaft unter massivem Einfluss des später in Ungnade gefallenen islamistischen Chefideologen Hassan al-Turabi stand, verschärfte mit seiner Islamisierungs- und Arabisierungspolitik nicht nur den militärischen Dauerkonflikt im Südsudan, sondern sorgte auch für zunehmenden Unmut an der westlichen, östlichen und nördlichen Peripherie des Landes. Neben Darfur im Westen, ist auch unter den

Beja im Osten des Landes eine Guerilla aktiv. Im Norden, bei der nubischen Minderheit, herrscht große Unzufriedenheit über die Pläne zum Bau eines weiteren Nilstaudammes, der auch die meisten der noch nicht vom Nasser-Stausee überfluteten Gebiete der NubierInnen unter Wasser setzen würde. Vor allem wurde die Peripherie des Landes jedoch ökonomisch vernachlässigt. Während das Regime mit einem islamisch gefärbten Neoliberalismus zum Muster-schüler des *Internationalen Währungsfonds* wurde und sich viele AnhängerInnen des Regimes mit Hilfe der islamischen Banken und der raschen Privatisierung der Staatsbetriebe bereichern konnten, verarmte die Bevölkerung in den Randgebieten so weit, dass Mangelernährung, fehlende medizinische Versorgung und Schulbildung mittlerweile zum Normalzustand zählen. Der IWF honorierte hingegen die makroökonomischen Erfolge des Regimes bereits 1995 mit der Aufhebung des Status als „unkooperativ“. Ende der Neunzigerjahre konnte der Sudan erstmals seit über einem Jahrzehnt fristgerecht und aus eigener Kraft die vereinbarten Zahlungen an den IWF begleichen. Dabei profitierten auch europäische Firmen wie der österreichische Mineralölkonzern OMV von der wirtschaftlichen Liberalisierung und den neu gefundenen Erdölressourcen in Südkordofan und in der südsudanesischen Provinz Upper Nile. Fritz Edlinger, als Generalsekretär der *Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen* (GÖAB) – die laut der irakischen Tageszeitung *al-Mada* zu den EmpfängerInnen von Saddam Husseins Ölgutscheinen gehört – einer der wichtigsten österreichischen

LobbyistInnen in der arabischen Welt, reiste in diesem Sinne im Juni 2001 mit einer Delegation seiner GÖAB sogar in den Sudan, um, wie er im GÖAB-Bulletin schrieb, „an den Feierlichkeitenlässlich des zwölften Jahrestags des Amtsantritts von Präsident Omar Hasan Al-Bashirs“, also dessen Militärputsch, teilzunehmen.

Ähnlich wie der sozialdemokratische Lobbyist sehen auch manche Linke aus Deutschland den Konflikt im Sudan. So entdeckte selbst Jürgen Elsässer seine Liebe zur konservativen FAZ wenn diese nur schreibt, was der Ex-Antideutsche lesen will. „In der Provinz Darfur begannen afrikanische Stämme im März 2003 einen Aufstand, und zwar ‚just zu dem Zeitpunkt, als die Friedensverhandlungen zwischen Khartoum und dem Süden ins Stocken geraten waren‘. Durch die Eröffnung dieser zweiten Front wollten die SüdrebellInnen die Regierung ‚zu schnellen Konzessionen ... bewegen‘,“ konnte Herr Elsässer „der FAZ entnehmen“ und wollte dies am 29. Mai gleich den LeserInnen seines neuen Hauptpublikationsorgans, der *Jungen Welt*, mitteilen. Die Berichte über die katastrophale humanitäre Situation in Darfur werden für Elsässer zu „unüberprüfbarsten Meldungen der Interventionshysterie“.

Der einfachen Logik des ehemaligen *konkret*-Autors, der mittlerweile seine Elaboreate lieber für die notorischen IsraelhasserInnen der *Jungen Welt* verfasst, entspricht die Wahrnehmung, dass eine Regierung, die nur gegen „den Westen“ auftritt, so schlimm nicht sein kann.

Aber eine ähnliche Wahrnehmung des Konfliktes unter anderen Vorzeichen, die

iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd



iz3w

280

Jenseits der Geschlechter – Queer international

Außerdem: ► Populismus in Lateinamerika ► Freie Radios in Afrika ► Kolonialismus im Film ► Mythen im Tarzan ...

Einzelpreis € 4,-

iz3w ► Telefon 07 61 – 7 40 03
info@iz3w.org · www.iz3w.org

in „den Arabern“ das Problem sieht, geht ebenso am Kern des Problems vorbei. „Die Araber“ gibt es auch im Sudan nicht als politisch einheitliches Subjekt. Vielmehr findet das islamistische Militärregime auch unter der arabischen Bevölkerung des Landes keine ausreichende Unterstützung und muss so auf den üblichen Repressionsapparat eines Militärregimes zurückgreifen. Die traditionellen Parteien des Nordsudans, von den traditionell religiösen Parteien DUP und Umma bis zur Kommunistischen Partei hatten sich bereits in den ersten Tagen nach dem Militärputsch vom Juni 1989 gemeinsam mit den Gewerkschaften in der Nationalen Demokratischen Allianz (NDA) zusammengefunden,

die seither als Zusammenschluss der sudanesischen Opposition fungiert. Durch die Erweiterung dieser Oppositionsallianz um die südsudanesischen SPLA konnte die NDA bis zum Ausscheiden der Umma-Partei des ehemaligen Ministerpräsidenten Sadiq al-Mahdis tatsächlich für sich beanspruchen, einen umfassenden Querschnitt der sudanesischen Opposition unabhängig von ihrer regionalen oder „ethnischen“ Herkunft zu repräsentieren.

So wenig es sich um einen Konflikt „der Araber“ mit dem Rest der Bevölkerung handelt, so wenig spielt sich im Sudan ein Religionskrieg ab. Zwar nützt die islamistische Militärregierung den Islam, um ihre Kriegsverbrechen mit einer islamischen

Rhetorik zu beschönigen und all dies als „Gihad“ zu verkaufen, allerdings sind es gerade im jüngsten Konflikt in Darfur auch Muslime, die unter dem Krieg und den „ethnischen Säuberungen“ der Regierung zu leiden haben. Die Bauernbevölkerungen Darfurs sind ebenso seit Jahrhunderten islamisiert wie die Beja im Ostsudan oder die NubierInnen im Norden. Dieser Krieg ist der Krieg einer islamistischen Militärdiktatur, die es geschickt versteht, arabisierte NomadInnen, die selbst unter den ökologischen Verwüstungen leiden, für ihre Zwecke einzuspannen, aber kein Krieg „der Araber“ oder „des Islam“.

Auch wenn für die aktuelle Eskalation in Darfur die Verantwortung primär beim islamistischen Militärregime liegt, so blicken die zahlreichen Regionalkonflikte des Su-

dan doch auf eine weit längere Geschichte zurück. Letztlich geht die ökonomische und politische Spaltung des Sudan bis auf die anglo-ägyptische Kolonialherrschaft im Sudan zurück, die lediglich für eine wirtschaftliche Entwicklung der Zentren im Nordsudan, und über das System der „indirect rule“ für eine (Re-)Tribalisierung des Sudan sorgte. Wo keine „Stämme“ nach der Vorstellung der Briten existierten, wurden einfach Stammesstrukturen erfunden. Der Südsudan wurde unter christlichen Missionsgesellschaften aufgeteilt. NordsudaneseInnen durften den Süden nur mit Sondergenehmigungen betreten. Bis zu Beginn der Fünfzigerjahre befürworteten Teile der Kolonialmacht die Errichtung zweier Staaten auf dem Territorium des heutigen Sudan und forcierten die Anglisierung des Südsudans. Als

klar wurde, dass der Sudan 1956 als ökonomisch, kulturell und politisch gespaltenes Land gemeinsam in die Unabhängigkeit gehen würde, begannen im Süden schon einige Monate vor der Unabhängigkeit Kampfhandlungen. Damit wurde ein Bürgerkrieg losgetreten, der erst 1972 mit einem Autonomieabkommen für den Südsudan endete. Das Autonomieabkommen, das von Militärdiktator Numairi mit den Rebellen abgeschlossen worden war, litt jedoch von Anfang an einerseits am Mangel an Demokratie auf nationalstaatlicher Ebene, andererseits an den teilweise ethnisierten Rivalitäten südsudanesischer politischer Akteure. Diese Rivalitäten wurden vom Regime genutzt um 1983 das Autonomiegebiet in drei Teile aufzuteilen und damit zugleich die Autonomie des Südens zu schwächen. Diese Schwächung der Autonomie und die Einführung der „Septembergesetze“, die den Sudan in einen „islamischen Staat“ bzw. das was Numairi darunter verstand, verwandeln sollten, führten noch im selben Jahr zum Wiederaufblühen der Kampfhandlungen. Mit der ethnisch-tribalen *Anyar Nya II* und der ursprünglich marxistisch orientierten SPLA traten zwei neue Guerillabewegungen auf den Plan. Letztere, die über eine weit größere Basis und mehr KämpferInnen verfügte, war bis heute, trotz mehrerer Spaltungen, der wichtigste politische und militärische Akteur im südsudanesischen Bürgerkrieg.

Dabei gelang es dem Regime trotz massiver militärischer Anstrengungen und der Ausrufung eines „Gihad“ gegen die Ungläubigen nicht, den Krieg im Südsudan für sich zu entscheiden. Der seit Dezem-

ber 2003 bestehende Waffenstillstand und der am 26. Mai abgeschlossene Friedensvertrag zwischen Regierung und SPLA ist letztlich ein Resultat des Drucks der US-Regierung und der internationalen Organisationen, sowie der Unmöglichkeit den Krieg zu gewinnen und damit die ungestörte Ausbeutung des vor einigen Jahren im Kriegsgebiet gefundenen Öls sicherzustellen. Bisher konzentrierte sich der Friedensprozess jedoch primär auf die Aufteilung von Ressourcen und Einflusssphären zwischen der Regierung und der Führung der SPLA unter John Garang. Von einer umfassenden Demokratisierung des Landes, die auch die traditionellen Oppositionsparteien im Kernland des Sudan einbinden müsste, ist wenig zu sehen. Die anderen Guerillaorganisationen waren nie in die Verhandlungen eingebunden. Das Regime nützte den Waffenstillstand im Süden vielmehr um seine geballte Militärmacht in den Westen des Sudans zu verlegen und in Darfur den Krieg zu intensivieren.

Für österreichische und deutsche Linke ist der Sudan jedoch weiter kein Thema. Mit Ausnahme der Wochenzeitung *Jungle World* und der entwicklungspolitischen Zeitschrift *iz3w* schweigt der linksdeutsche Blätterwald. Die Zeitschrift *konkret* weigerte sich sogar kommentarlos einen bei mir bestellten Sudan-Artikel abzdrukken. Bei den verbleibenden linken Zeitschriften in Österreich sieht die Situation noch düsterer aus. Mit Ausnahme dieser Zeitschrift bleibt die Berichterstattung über die Massaker in Darfur der bürgerlichen Tagespresse vorbehalten. Schließlich sind damit keine Pluspunkte im Kampf gegen Israel oder die USA zu gewinnen.

Demnächst im Radioprogramm von Context XXI

Freitag, 19. November 2004

„Äxte gegen Technokraten. Der nubische Widerstand gegen den Kajbar-Staudamm“

Thomas Schmidinger bereiste in den letzten Jahren mehrmals den Sudan und Ägypten und führte dabei gemeinsam mit Mary Kreutzer ein Interview mit Suad Ibrahim Ahmed, einer Kommunistin und Aktivistin der Nubian Alliance, einem Zusammenschluß von NubierInnen im Kampf gegen die Überflutung ihres Landes.

Freitag, 26. November 2004

„Die versunkene Stadt. Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus“

Die Sendung bringt Beiträge des Context XXI-Symposiums von Rita Thalmann, Tusia Herberg, Ingrid Strobl und Katrin Auer.

Gestaltet von Eva Krivanec und Mary Kreutzer.

Gefördert durch den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus.

Wien, Orange 94,0: jeden Freitag 13 bis 14 Uhr

Graz, Helsinki 92,6: jeden Montag 10 bis 11 Uhr

Klagenfurt, Agora 105,5/106,8/100,9: jeden Donnerstag 19 bis 20 Uhr

Der Konflikt im Westsudan aus der Geschlechterperspektive

Krieg wird von der *Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung* an der Universität Hamburg wie folgt beschrieben: „Ein Charakteristikum des weltweiten Kriegsgeschehens ist, dass es ‚den Krieg‘ nicht gibt. Dies gilt hinsichtlich der Zusammensetzung der Krieksakteure, der Art der verwendeten Waffen, sowie des Maßes der internationalen Einbindung. Krieksakteure sind heute zentral organisierte Militärapparate, desintegrierte und sich über kriminelle Aktivitäten finanzierende Armeeteile, breite soziale Bewegungen, Guerillaorganisationen mit staatsähnlichen Funktionen, staatlich unterstützte paramilitärische Einheiten, lokal finanzierte, zersplitterte Guerillagruppen, Privatarmeen, Söldner und zwangsrekrutierte Kinder.“¹

Nach Webster's *Third New Dictionary* wird Konflikt so definiert: „As noun it means act of striking together; clash, competition or collusion. As a verb intransitive the word conflict means to contend with or against another in strife or warfare to show variance, incomparability, opposition or disharmony.“² Aus dieser kurzen Definition geht hervor, dass Konflikte soziale Phänomene sind, die bei Kollision, Konkurrenz oder Unvereinbarkeit von divergierenden gesellschaftlichen Interessen auf zwei oder mehreren Ebenen auftreten. Deshalb ist ein Konflikt auch

eine Art von natürlicher gesellschaftlicher Wechselwirkung zwischen Subjekten einer Gesellschaft. Diese Wechselwirkungen gilt es im Folgenden zu durchleuchten.³ Lewis Coser definiert Konflikte als „set boundaries between groups within a social system by strengthening group consciousness and awareness of identity of groups within this system“.⁴ Waylen analysiert Gewalt in Bezug auf „Dritte Welt Länder“ anhand der vier politischen Kategorien Kolonialismus, Revolution, Autorität und Demokratisierung. Diese kombiniert sie mit den Themen Geschlecht, Konflikt und Gewalt. Damit gelingt es ihr auch, die aktive Teilnahme von Frauen an antikolonialistischen revolutionären und nationalen Befreiungsbewegungen sichtbar zu machen.

Alle diese Kategorien haben selbstverständlich gesellschaftsspezifische Implikationen, ob für Frauen, die in den repressiven Wohlfandsbürokratien dienen, oder für Frauen in Widerstandsbewegungen. Hierzu gibt es allerdings noch verhältnismäßig wenige ausführliche Arbeiten. Macaulay veranschaulicht, dass Frauen eine zentrale Rolle für die Demokratisierung haben können, zugleich verweist sie auf die Gefahren der Privilegierung eines Geschlechts oder anderer gesellschaftlicher Gruppen. Sie veranschaulicht, wie arme

LandarbeiterInnen, indigene Bevölkerungen, ethnische Gruppen und verarmte städtische BewohnerInnen aus politischen Prozessen ausgegrenzt bleiben, selbst wenn sie das formale Recht zu wählen erworben haben.

Fehlende Friedenskultur⁵

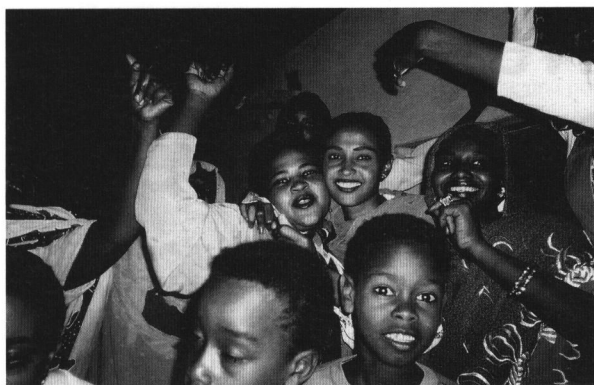
„Eine Kultur des Friedens lässt sich als (...) Gesamtheit aller Werte, Verhaltens- und Lebensweisen definieren, die auf der Achtung vor dem Leben, der menschlichen Würde und den Menschenrechten, auf der Ablehnung der Gewalt einschließlich jeder Form von Terrorismus sowie auf der Achtung der Prinzipien der Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Toleranz und Verständigung zwischen Völkern, Bevölkerungsgruppen und Individuen beruhen.“⁶

Seit einiger Zeit gibt es im Sudan auf Druck der USA wieder Friedensverhandlungen, die aber auf zwei Parteien begrenzt sind: die Regierung und das *Sudanese Peoples Liberation Movement* (SPLM). Fast die gesamte Zivilgesellschaft wird ausgeschlossen und keine einzige Frau nimmt an den Verhandlungen teil, obwohl die sudanesischen Frauen mehr als 50 Prozent der Bevölkerung darstellen. Die Dauerhaftigkeit eines möglichen Verhandlungserfolges ist sehr fragwürdig, da wie erwähnt trotz der enormen Vielschichtigkeit der Gesellschaft nur zwei Gruppen oh-

Frauen sind durch Vertreibung und Vergewaltigungen besonders von der Krise im Sudan betroffen.

ISHRAGA M. HAMID*

*) Ishraga M. Hamid ist Menschenrechtsaktivistin und Lektorin am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien.



Frauen im Westsudan feiern eine Hochzeit.
Foto: Thomas Schmidinger

ne jegliche weibliche Miteinbeziehung einander gegenüber sitzen und darüber hinaus die enorme Kluft zwischen Arm und Reich seitens der Regierung ignoriert wird.

Es ist nicht zu übersehen, dass die Schulmaterialien bzw. die Medien keine Friedenskultur vermitteln. In der Grundschule wird nur ein Gedicht unterrichtet, welches auf den Frieden zwischen SüdsudanInnen und Nord-sudanInnen eingeht. Friedenserziehung sollte aber grundlegend vom Kindergarten an beginnen. Da dies aufgrund der mangelnden

Strukturen im Sudan nicht möglich ist, sollten Ersatzstrategien entwickelt werden, in die die gesamte Zivilgesellschaft involviert werden sollte.

Es wurde nun ein Friedensabkommen zwischen der Regierung in Khartoum und der SPLM abgeschlossen, das den bereits erwähnten Beschränkungen unterliegt. Nun ist zu überlegen, welche Strategien für die außergewöhnlichen Probleme wie Armut, wirtschaftliche und politische Instabilität und nicht zuletzt die Situation der Binnenflüchtlinge entwickelt

werden sollen. Die Nachkriegssituation muss aufgearbeitet werden, vor allem was Gewalt gegen Frauen betrifft. Es mangelt an einer geschlechtsspezifischen Kriegsfolgenbewältigung. Es müssen Modelle der Konfliktlösung, Entmilitarisierung und für den Wiederaufbau entwickelt werden, an denen Frauen aktiv mitwirken können. Die fehlende Zulassung von Frauen an der Erarbeitung der Friedensverträge und die mangelnde Bezugnahme auf Frauen in denselben lässt allerdings Zweifel daran aufkommen, dass Frauen als wesentliche Friedenshalterinnen anerkannt werden.

Vergewaltigung als politisches Unterwerfungsinstrument

Die politische Krise in Darfur ist nicht neu und daher ist es kein Zufall, dass die Situation dramatisch explodiert ist. Es wird einerseits in den internationalen Medien bzw. Debatten über Völkermord, ethnische Säuberung und Vergewaltigung von Frauen berichtet, andererseits spricht die Regierung von internationalen Interventionen bzw. Strategien gegen den Sudan, um das Land aufzusplitteln. Die Regierung gibt nicht zu, dass Vergewaltigungen als Kriegswaffe eingesetzt werden.

Ich werde auf die Konfliktursache in Darfur nicht ausführlich eingehen, da aus meiner politischen Perspektive sich alle Konflikte bzw. Kriege um Ressourcen und Machtverhältnisse drehen. In Darfur gab es und gibt es immer wieder Konflikte um Wasser und Weideland. Der Westsudan bzw. das Darfurgebiet wurde und wird von allen Regierungen vernachlässigt bis die Situation An-

fang 2003 eskalierte: Plünderungen, Gewalt, Vertreibung von Menschen, vor allem von Frauen und Kindern. Doch von offizieller Seite werden Frauen unsichtbar gemacht. Im Gegensatz zu den Berichten in internationalen Medien werden die Vergewaltigungen bzw. die allgemeine Situation in den sudanesischen Medien verschwiegen. In einer Analyse der sudanesischen Medien kam ich zu dem Ergebnis, dass die Regierung nun unter dem Druck der sudanesischen bzw. internationalen Zivilgesellschaft zugibt, dass es Vergewaltigungsfälle gibt⁷, obwohl sie, aus „Rücksicht“ auf die internationalen Interessen an sudanesischen Ressourcen, immer versucht hat, die Realität in Darfur zu verschweigen. Nicht nur *Amnesty International*, das einen umfassenden Bericht über Gewalt an Frauen zusammengestellt hat (siehe Kasten), sondern auch einige sudanesischen NGOs haben darüber berichtet. Vergewaltigung wird in diesem Zusammenhang als politisches Instrument für die Unterwerfung der so genannten Feinde gesehen, und somit werden die Frauen dadurch geopfert. Die Frage ist, ob Vergewaltigung als Kriegsmethode in der sudanesischen Politik neu ist⁸, denn schon seit Jahren kam es, wie zuletzt im Südsudanerkrieg zu Vergewaltigungen von tausenden Südsudanesischen.⁹

Mariam el Sadig zufolge¹⁰, die über Vergewaltigungen von Frauen in Nord- und West-Kordofan berichtet hat, sind diese Frauen im Alter von 12-70 Jahren. Eine Frau wurde zehn Mal vergewaltigt, bis sie gelähmt war. Auch im Flüchtlingslager Mandela wurden im März vierzig Vergewaltigungsfälle bzw. einige

- (1) Cilja Harders / Bettina Roß: *Geschlechterverhältnisse in Krieg und Frieden. Perspektiven der feministischen Analyse internationaler Beziehungen*. Opladen 2002: S. 9.
- (2) Webster's Third New Dictionary, 1993, Chicago: *Encyclopaedia*, and Ominee's New Somali Dictionary, 1996.
- (3) Vgl. Adane Tekie Ghebremeskel: *Conflict and conflict management in the Horn of Africa. The case of Somalia*. Universität Wien, Dissertation, 1999: S. 20.
- (4) Zitiert nach Adane Ghebremeskel: *Lewis Coser: The Functions of social conflict*. 1959: S. 34.
- (5) Vgl. Isbraga M. Hamid: *Vergessene Frauen am Rande des Lebens. Soziökonomische Analyse der Situation intern vertriebener Frauen im Sudan*. Wien 2004.
- (6) UNESCO 2001, Art. 60.
- (7) www.sudanile.com 24.09.04.
- (8) Vgl. Isbraga M. Hamid: *Vergesse Frauen am Rande des Lebens*. Wien 2004.
- (9) www.sudaneseonline.com Board discussion August 2004.
- (10) Unveröffentlichte Kopie eines Vortrages von Maraim El Sadig El Mahadi an der Khartoum Universität vom 08.09.2004.

Schwangerschaften festgestellt.

Zusammenfassend sollten Strategien für die psychologische und medizinische Betreuung der Frauen entwickelt werden, vor allem für jene, die sich nun als Flüchtlinge im Tschad befinden. Die Frauen brauchen für die Überwindung ihrer Traumata Hilfe, um ihr Leben wieder normalisieren zu können.

Entscheidend ist auch, dass die Frauen motiviert werden, sich in der Politik zu engagieren und sie in alle Friedensverhandlungen zu involvieren, da eine bedenkliche Frage gestellt werden muss: Ob ein Frieden im Sudan ohne Miteinbeziehung von Frauen, die 54 Prozent der gesamten Bevölkerung ausmachen, überhaupt möglich ist und dauerhaft sein kann?



Markt in Wadi Halfa (Nordsudan). Foto: Thomas Schmidinger

Rape as a weapon of mass destruction

Mehr als eine Million Menschen wurden durch die systematischen Vertreibungen im Westsudan zu Flüchtlingen. 170.000 flohen in den benachbarten Tschad, fast eine Million Menschen leben als Binnenflüchtlinge auf sudanesischem Gebiet. V.a. Frauen und Kinder sind in den ländlichen Gebieten Darfurs von den Gewalttaten der *Janjawid*-Milizen betroffen. Der Grund dafür liegt in der Sozialstruktur der Dörfer. Denn als Folge der ökonomisch bedingten Migration der Männer vom Land in die Städte, nach Khartoum oder in die Nachbarstaaten, lebten zur Zeit der Angriffe hauptsächlich Frauen, Kinder und alte Menschen in den Dörfern. Frauen machen mit ihren Kindern und Angehörigen darum die Mehrzahl der Flüchtlinge aus und sind direkte Opfer der *Janjawid*-Milizen. Neben Plünderungen, Zerstörung der Dörfer, Vertreibung und Mord setzen die *Janjawid* – wie prinzipiell jede militärische Formation in allen kriegesischen Auseinandersetzungen – sexuelle Gewalt in Form von Vergewaltigung und sexueller Ausbeutung gegen Frauen und Mädchen sowie sexualisierte Folter gegen Männer und Buben als Kriegswaffe ein, wie ein Bericht von *Amnesty International* zum Einsatz von sexualisierter Gewalt als Kriegswaffe im Westsudan belegt.*

„Als die *Janjawid* kamen, steckten sie zuerst die Hütten in Brand und schlugen die Kinder und Frauen. Ich habe sieben Kinder und sechs sind jetzt hier bei mir, ich habe eines auf den Rücken genommen, eines vorne auf die Brust und die anderen haben meine Hände genommen und wir sind gerannt. Meine Großmutter war auch bei mir. Auf dem Weg waren viele *Janjawid* und sie haben Menschen geschlagen und wir sahen, wie sie Frauen und junge Mädchen vergewaltigt haben“, schilderte eine Frau ihre Flucht.

Betroffene Frauen und AugenzeugInnen berichten von Gruppenvergewaltigungen durch mehrere Männer. In einigen Fällen spricht AI auch von sexueller Sklaverei, da viele Frauen und Mädchen nicht nur bei Plünderungen und Angriffen auf die Dörfer vor den Augen ihrer Angehörigen vergewaltigt wurden, sondern von den Milizionären in ihre Lager verschleppt wurden, wo sie von den Männern über längere Zeit sexuell ausgebeutet werden.

Doch auch in den Flüchtlingslagern innerhalb des Sudan sind die Frauen nicht sicher. Dem AI-Bericht zufolge handelt es sich bei den Binnen-Flüchtlingslagern in der Nähe von Großstädten um „virtuelle Gefängnisse“, denn die Umgebung wird von den *Janjawid* kontrolliert und Frauen, die das Lager verlassen mussten um Lebensmittel, Wasser oder Holz zu holen, wurden angegriffen und oft auch vergewaltigt. Dass nicht nur Frauen und Mädchen von sexualisierter Gewalt betroffen sind, zeigt die Schilderung eines 15-jährigen Buben: „Ich habe Ziegen gehütet und wurde von den *Janjawid* im November 2003 gefangen genommen. Acht andere Kinder, die nicht von meinem Dorf waren, wurden auch gefangen genommen, sie sind noch immer bei ihnen, mir ist die Flucht gelungen. Sie haben mich in ein Lager in Abu Jidad gebracht, wo auch Armeesoldaten waren. Sie fragten mich, wo die Ziegen sind und haben mich geschlagen, wenn ich nicht geantwortet habe. Sie haben meine Geschlechtsteile an ein Seil gebunden und jedes Mal von beiden Seiten gezogen wenn sie mir Fragen gestellt haben, sie haben mich mehrmals am Tag geschlagen. Als ich ihnen gesagt habe, wo die Ziegen sind, haben sie aufgehört mich zu schlagen. Die anderen Kinder haben von den *Janjawid* und Soldaten dieselbe Behandlung bekommen.“

Regierungsgruppen waren bei allen Übergriffen, die *Amnesty International* geschildert wurden, entweder involviert oder zumindest anwesend. In einigen Fällen wurde vor *Janjawid*-Angriffen die örtliche Polizei abgezogen. Es kam aber auch zur Ermordung von Polizeiangehörigen durch die *Janjawid*. *Amnesty International* zufolge setzen auch Angehörige der beiden Guerillabewegungen *Sudanese Liberation Army* (SLA) und des *Justice and Equality Movement* (JEM) sexualisierte Folterungen und Vergewaltigungen ein. Bislang wurde noch kein einziges Mitglied der *Janjawid* oder anderer militärischer Gruppen wegen sexueller Gewalttaten angeklagt oder verurteilt.

(*) <http://web.amnesty.org/library/Index/ENGAFR540762004>;
Übersetzung der Zitate aus dem Englischen durch die Autorin.

Blinde Solidarität

Die Reaktion der *Arabischen Liga* auf die Massenmorde sudanesischer Milizen in Darfur ist von ideologischer Starrheit geprägt. Nur vereinzelt regt sich Widerstand gegen die vorherrschende Suche nach den Ursachen.

VON THOMAS VON DER OSTEN-SACKEN*

Jede Krise in einem arabischen Land, die dann in der Regel, wenn nicht in Krieg, so doch in Bürgerkrieg oder Massakern größeren Ausmaßes zu eskalieren pflegt, lässt den Ruf nach stärkerem Engagement der *Arabischen Liga* laut werden. Ob im libanesischen oder jemenitischen Bürgerkrieg, nach dem Einfall Saddam Husseins in Kuwait, immer dann, wenn so genannte „innerarabische Probleme“ eskalieren, bringen Medien und Politiker die *Liga* ins Gespräch, ganz so als hätte diese Einrichtung seit ih-

rer Gründung auch nur einen Konflikt lösen können.

Als die Massenmorde sudanesischer Milizen in Darfur mit reichlich Verspätung in den USA und Europa thematisiert wurden und einige halbherzige Interventionsdrohungen gegen das Regime in Khartoum zur Folge hatten, reagierte, was hierzulande gerne „arabische Öffentlichkeit“ genannt wird, also die größtenteils aus staatlichen oder halbstaatlichen Medien bestehende veröffentlichte Meinung, wie sie dies seit Jahrzehnten tut: Nicht der Westen, dessen Motivation bekanntermaßen eine imperialistische sei, sondern die arabischen Staaten müssten sich der Krise, so eine überhaupt bestehe, annehmen und sie lösen. Dafür schließlich gäbe es auch die *Arabischen Liga*.

Bis allerdings der US-Kongress von „Genozid“ sprach und Maßnahmen anmahnte, um ein „zweites Ruanda“ zu verhindern, wurde der Darfur-Konflikt, der immerhin im Frühjahr 2003 begonnen hatte, in der arabischen Welt mehr oder weniger totgeschwiegen. Noch beim Treffen der islamischen Staaten in Kairo im April diesen Jahres hatte man stattdessen in bekannter Diktion dem „sudanesischen Volk“ seine Solidarität gegen fremde Aggressoren versichert und war dann zur Tagesordnung, die seit jeher Palästina und neuerdings Irak heißt, übergegangen.

Ganz unbemerkt allerdings waren die „Regime Changes“ in Afghanistan und Irak an der *Arabischen Liga*, anders als an der Konferenz

islamischer Staaten, nicht vorbei gegangen. Seit letztem Jahr bemüht die *Liga* sich um einige, wenn auch kosmetische Veränderungen; verstärkt sprachen ihre Funktionäre nun von der Notwendigkeit „demokratischer Reformen“ und – Novum in der Geschichte der Organisation –, eine „Menschenrechtsdelegation“ wurde im Frühjahr 2004 nach Darfur entsandt, die dort immerhin „gravierende Menschenrechtsverletzungen“ feststellen musste. Der Bericht wurde, auf Druck des Mitgliedslandes Sudan, allerdings nie publiziert. Stattdessen bemühten sich die arabischen Staaten angesichts US-amerikanischer Forderungen nach Sanktionen, wie der algerische UN-Botschafter erklärte, „einen weiteren Versuch westlicher Obstruktion in einem arabischen Land zu verhindern.“¹

Dies waren die seit langem bekannten Töne. Kaum werden, meist halbherzig, Massaker und Menschenrechtsverletzungen, die von arabischen oder islamischen Staaten an ihren eigenen Bevölkerungen begangen oder geduldet werden, innerhalb von UN-Institutionen zur Sprache gebracht, heißt es, es ginge dem „Westen“, gemeint sind dabei vor allem die USA und natürlich Israel, um eine Schwächung oder Unterwanderung der arabischen Welt. Dass beinahe jede zweite Resolution des UN-Menschenrechtsausschusses Israel verurteilt und der Sudan im Mai frisch in das Gremium gewählt wurde, spielt keine Rolle. Im Gegenteil: Als sich die UN-Vollversammlung auf

Druck der arabischen Staaten für eine zahnlose Resolution entschied, die keinerlei Druck auf das Regime in Khartoum ausübte, fanden sich umgehend jene arabischen Medienstimmen, die die UN als Werkzeug der kriegslüsternen USA diffamierten. Die in London erscheinende Zeitung *Al Quds al Arabi* konnte in der Resolution beispielsweise „nur ein weiteres Glied in der Kette von Bemühungen der USA und des Westens sehen, die arabischen und muslimischen Länder anzugreifen“. Die USA nutzten, hieß es weiter, die UN einmal mehr als Werkzeug für ihre bevorstehende Aggression.² Andere Zeitungen empörten sich stereotyp über „zionistische Pläne, die arabische Welt zu destabilisieren“ oder sahen im Sudan das nächste Opfer des unstillbaren amerikanischen Öldurstes.³

Schlafwandlerisch griffen JournalistInnen und PolitikerInnen dabei auf die seit Jahren erprobte ideologische Matrix zurück, mit der arabische Medien politische Ereignisse deuten, die vermeintlich den Interessen der arabischen Welt zuwiderlaufen. Nicht das Leiden der PalästinenserInnen oder IrakerInnen unter den israelischen und amerikanischen Okkupationsregimes, jenen unterdrückten Brüdern und Schwestern also, deren Befreiung an oberster Stelle stehen müsste, schenke die Weltöffentlichkeit Aufmerksamkeit, sondern lediglich sekundären Konflikten innerhalb der arabischen Welt, die lediglich instrumentalisiert würden, um die Araber wei-

*) Thomas von der Osten-Sacken arbeitet für die Hilfsorganisation *Wadi. e.V.* (www.wadinet.de) und ist Mitherausgeber des im *Ça ira*-Verlag erschienenen Sammelbandes *Amerika. Der „War on Terror“ und der Aufstand der alten Welt*.

ter zu schwächen und zu demütigen. Im Kern gehe es um die Zerstörung arabischer (oder islamischer) Identität und Eigenart, um einen Kreuzzug, der die Rekolonisierung des Nahen Osten im Dienste des Zionismus verfolge.

Zwar wird die Hermetik, mit der sich die herrschende arabische Ideologie gegen jede Kritik abdichtet und für hausgemachtes Elend generell externe AkteurInnen verantwortlich macht, von einigen wenigen Stimmen schärfer als zuvor in Frage gestellt. Trotzdem bleiben diese ideologischen Konstruktionen hegemonial. Wer widerspricht, muss meist, will er nicht selbst in den Verdacht geraten, es mit dem Feind zu halten, ihnen Tribut zollen, anstatt sie als irrsinnig bloßzustellen. Umso bemerkenswerter ist die Courage jener, die die arabische Haltung in der Sudan-Krise offen kritisieren.

So erklärte etwa Baheiedin Hassan vom Cairo Centre for Human Rights der ägyptischen Zeitung Al-Ahram: „Das sprechende Schweigen in der arabischen Welt über Darfur gleicht jenem als Saddam Hussein 185 000 Kurden im Irak abschlachten ließ. (...) Die arabische Öffentlichkeit fühlt sich offenbar weit mehr zu pathetischen Liedern, Flagngeschenken und patriotischer Rhetorik hingezogen.“⁴ Der ehemalige Herausgeber der panarabischen Zeitung Al Aharq al-Awsat fragte, angesichts dieses Schweigens einerseits und der Empörung angesichts der Bilder von US-SoldatInnen misshandelter Irakis andererseits, ob das Leben von 1000 SudaneseInnen weniger wert sei als das eines Palästinensers oder Irakers, nur weil letztere die USA und Israel als Feinde

hätten.⁵ Bigotterie und Komplizenschaft zeichneten die Arabische Liga aus, die bislang zu allen Gräueltaten ihrer Mitgliedsstaaten geschwiegen habe, meint auch der irakische Schriftsteller Hussein al-Mozany: „Die arabischen Potentaten haben niemals die Stimme gegen die Schandtaten erhoben, die unter Saddam jahrzehntelang im Irak verübt wurden. Öffentliche Hinrichtungen, Massenerschießungen, Fleischwölfe, in denen Oppositionelle zu Hackfleisch gemacht wurden (...) – all dieses und noch viel mehr wurde weder von der Arabischen Liga noch von anderen arabischen Staaten angeprangert.“⁶

Diese Liste von Grausamkeiten ließe sich, wie al-Mozany richtig bemerkt, beliebig fortführen. Die im Irak im Namen des Panarabismus begangenen Verbrechen stellten lediglich die zugespitzte Form von Herrschaftspraxis dar, die im gesamten Nahen Osten seit über fünfzig Jahren praktiziert wird und Millionen von Menschen das Leben gekostet hat. Denn in keiner anderen Region der Welt gab es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts so viele Kriege, Bürgerkriege, Massaker, politische Gefangene, Aufrufe zur Gewalt und terroristische Anschläge.⁷ Gewalt, Folter und Unterdrückung stellen dabei keineswegs nur ein letztes Mittel zur Lösung staatlicher Konflikte dar, oder werden eingesetzt um eine unliebsame Opposition zu unterdrücken und den Sturz von Regierungen zu verhindern, sie sind längst Teil jener herrschenden Ideologie geworden, die mit Abstrichen von allen Regierenden und sogar von großen Teilen der Opposition geteilt wird. Der Aufruf, Gegner, eingebildete oder reale, zu eliminieren, „zur Höl-

le zu schicken“ oder „wie Insekten zu vernichten“, gehört zur politischen Alltagssprache des Panarabismus ebenso wie des Islamismus. Es ist dabei durchaus üblich, nicht nur gegen ZionistInnen und ImperialistInnen schlimmste Drohungen auszusprechen, auch unliebsame KritikerInnen oder DissidentInnen wünscht man sich tot bzw. öffentlich exekutiert.⁸ Ausgerechnet der ehemalige kuwaitische Informationsminister kritisierte kürzlich, dass sich in Arabien längst eine Kultur der Gewalt, des Blutvergießens und der Todesverherrlichung entwickelt habe, deren Ursachen keineswegs in „Imperialismus und Zionismus“ lägen, sondern die in der arabischen Geschichte selbst.⁹

Aufrufe an die *Arabische Liga*, die ja Ausdruck panarabischer Ideologie ist und keineswegs ein neutraler, vermittelnder Dritter, machen bestenfalls also den Bock zum

Gärtner. Das Gründungsmanifest der *Liga* war 1948 der Aufruf, die Juden und Jüdinnen Palästinas zu vernichten und unter ihnen ein Blutbad anzurichten, wie es einst die Mongolen in Bagdad taten. Seitdem duldet oder unterstützt der arabische Staatenverbund die paranoide Ideologie seiner Mitglieder und verteidigt sie standhaft gegen Kritik und andere westliche Zumutungen.

Die Massaker in Darfur und die Reaktionen der arabischen Welt sind nur ein weiteres blutiges Beispiel für die Verfasstheit der arabischen Welt, der keineswegs mit Ermahnungen und „kritischen Dialogen“ beizukommen ist, sondern die einer radikalen und grundsätzlichen Veränderung bedarf. Solange diese nicht stattfindet, werden mit trauriger Monotonie die Massaker, Suicide Bombings und Aufrufe zur Gewalt weitergehen.

(1) Zit. nach BBC News v. 27.7.2004.

(2) Zit. nach BBC Übersetzungsdienst v. 1.8.2004.

(3) Vgl. etwa Al-Ahram Weekly v. 31. 7. 2004: *An American Conspiracy to Control the Sudanese Oil*.

(4) Gamal Nkrumah: *Dragging feet over Darfur*; Egyptian NGOs have sent a fact-finding mission to Darfur. Al-Ahram v.

(5) Former Editor of Major Arab Daily on Arab Indifference to the Violence in Sudan. MEMRI Special Dispatch Series – No. 736, 30.6.2004.

(6) Hussein al-Mozany in Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 18.5.2005.

(7) Vgl. Barry Rubin: *The Tragedy of the Middle East*. New York 2002, S. 138.

(8) Im Juni 2000 etwa wurde das kritische Ibn Khaldun Center in Kairo von der Regierung mit dem Argument geschlossen, es ließe sich aus dem Ausland finanzieren, sein Leiter Saad ed-Din wurde festgenommen und zu sieben Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Während Menschenrechtsorganisationen den Vorfall scharf kritisierten, fanden sich in Ägypten nur wenige, die sich mit Saad solidarisierten. Der Herausgeber der ägyptischen Zeitung al-Usbaa forderte dagegen, dass jene, die sich mit Fremden gegen Ägyptens nationale Interessen zusammenschlossen, öffentlich exekutiert werden müssten.

(9) Former Kuwaiti Communications Minister: *Zionism and Imperialism have Nothing to do with Our Culture of Violence*, in: MEMRI Special Dispatch Series – No. 770 v. 24.8.2004.

Islamismus und Militärherrschaft im Sudan

Nirgendwo zeigt sich zurzeit deutlicher der Bankrott des realexistierenden Islamismus als im Sudan. Nach 15 Jahren islamistischer Militärdiktatur haben die ideologischen Nachkommen der *Muslim-Brüder* das Land an den Abgrund geführt.

VON THOMAS SCHMIDINGER

Die sudanesishe Organisation der von Ägypten ausgehenden international agierenden *Muslim-Brüder*, *al-Ikhwan al-Muslimun*, entstand in den Vierzigerjahren aus einem Zusammenschluss mehrerer islamistischer Kleinstgruppen. Zwar besuchte bereits 1945 eine Delegation des Zentrums der *Muslim-Bruderschaft* aus Ägypten¹ die „Dreistadt“ (Khartoum, Omdurman und Bahri/Khartoum-Nord) um dort ihre Ideen zu erläutern und zu bewerben. Eine erste Zelle einer realen Erweiterung der *Muslim-Bruderschaft* in den Sudan entstand aber erst 1949 als einer dieser Pioniere der *Muslim-Bruderschaft* von der Zentrale in Ägypten zum Generaldirektor für den Sudan ernannt wurde.²

Gleichzeitig waren einige StudentInnengruppen entstanden, die in Ägypten mit dem Gedankengut der *Muslim-Brüder* in Kontakt gekommen waren. Als Gegengewicht zur kommunistisch dominierten *Union of Sudanese Students in Egypt* bauten diese sudanesischen Studenten in Kairo die *Association of the Sudanese Students* auf. Eine Reihe islamistischer Kleinstgruppen fand sich jedoch auch im Sudan auf verschiedenen Gymnasien und am *Gordon Memorial College* in Khartoum zusammen. Diese innersudanesischen Gruppen sammelten sich in der *Harakat al-tahrir al-islami* (Bewegung der islamischen Befreiung), die sich erst 1954 mit den anderen den *Muslim-Brüdern* nahe stehenden Gruppen zusammenschloss. Erst 1954 entstand so eine gemeinsame Organisation, die sich den auch in anderen islamischen Staaten gebräuchlichen Namen der *Muslim-Brüder*, *al-Ikhwan al-Muslimun*, gab.

Die neu aufgebaute Organisation bildete (noch) keine politische Partei. Die enge Anbindung an Ägypten wurde jedoch während der Verfolgungen der ägyptischen *Muslim-Brüder* unter Gamal Abdel Nasser schrittweise zugunsten einer stärkeren Autonomie aufgegeben.³

Bereits vor der Unabhängigkeit des Sudan traten die *Muslim-Brüder* für eine islamische Verfassung des neuen Staates ein, womit sie nicht nur die bekannte antikomunistische Stoßrich-

tung umsetzten, sondern auch die Einheit mit dem mehrheitlich nichtislamischen Süden aufs Spiel setzten.

In der ersten demokratischen Phase des unabhängigen Sudan 1956 – 1958 wurden die *Muslim-Brüder* nicht selbst als Partei aktiv, „sondern unterstützten bei den Parlamentswahlen Anfang 1958 in den einzelnen Wahlkreisen diejenigen Kandidaten, der die Idee einer islamischen Verfassung guthieß.“⁴

Nach dem Militärputsch General Abbuds 1958 wurden die *Muslim-Brüder* zwar nicht verboten – sie waren ja keine politische Partei – allerdings wurden sie nach einem kritischen Artikel in ihrer Zeitung *al-Balagh* gezwungen, diese einzustellen.

Der damalige Führer der *Muslim-Bruderschaft* Rashid al-Tahir Bakr plante daraufhin die *Muslim-Brüder* mit dem Militär zu verbinden und mit dem „Vorwand, das Regime zu unterstützen, eine Miliz aufzubauen.“⁵ Das Führungsgremium der *Ikhwan* lehnte dieses Vorhaben jedoch ab und plädierte dafür, sich eher wieder der Bildung und Erziehung der Bevölkerung im Sinne der *Muslim-Brüder* zuzuwenden. Rashid al-Tahir Bakr nahm daraufhin eigenmächtig Kontakt mit einigen Offizieren auf, um mit diesen einen Putsch zu planen, welcher jedoch vorzeitig aufgedeckt wurde. Die in die Putschvorbereitungen involvierten Offiziere wurden hingerichtet, Rashid al-Tahir Bakr für fünf Jahre in Haft genommen, was

einen schweren Rückschlag für die *Muslim-Bruderschaft* bedeutete. Ebenso wurde die – seit Jahren von den *Ikhwan* dominierte – *Khartoum University Student Union* vom Regime aufgelöst. Sie existierte aber informell weiter.

In der so genannten Oktoberrevolution, die 1964 zum Sturz General Abbuds führte, waren schließlich die *Muslim-Brüder* neben den KommunistInnen eine der wichtigsten Bewegungen der urbanen Zentren, die für den Sturz des Militärdiktators kämpfte.

In dieser Zeit gewann auch der spätere Generalsekretär der *Ikhwan*, Dr. Hasan Abd Allah al-Turabi, an Einfluss innerhalb der Organisation. 1962 war der 1932 in Kassala geborene Turabi nach seinem Studium in Frankreich endgültig aus dem Ausland in den Sudan zurückgekehrt. Er war zu diesem Zeitpunkt schon zehn Jahre lang in der Führung der *Ikhwan* aktiv. Allerdings war sein Einfluss im Sudan durch die langen Aufenthalte in Europa begrenzt. Nun konnte er aber mit seiner Erfahrung aus Europa und seinem Dokortitel einer europäischen Universität schnell an Einfluss gewinnen. Er prägte bald das Politbüro „indem er die jungen militanteren Mitglieder um sich sammelte“⁶ und war schließlich die treibende Kraft bei der Gründung einer politischen Partei nach dem Sturz von General Abbud. 1964 wurde von den *Muslim-Brüdern* die *Jabhat al-mithaq al-islami* (Islamic Charter Front) gegrün-

det, deren Generalsekretär (al-amin al-amm) schon bald Hassan al-Turabi hieß.

Die neue Partei setzte sich für einen „islamischen Staat“ ein. „Opposition to the Sudan Communist party and the Nasser regime in Egypt became the main occupation of the organisation after 1964.“⁷ Gerade weil die Partei ihre AnhängerInnen aus dem selben Bevölkerungsegment, den jüngeren gebildeten urbanen Schichten organisierte, stand sie an den Universitäten und in den urbanen Zentren des Landes in direkter Konkurrenz zur *Kommunistischen Partei*, der sie vor allem ihren (angeblichen) Atheismus vorwarf.

Nachdem es 1965 zu StudentInnenunruhen und Massendemonstrationen der *Muslim-Brüder* gegen die KommunistInnen gekommen war, erreichte die *Islamic Charter Front* die Änderung der Verfassung, „indem u.a. kommunistische und atheistische Propaganda verboten wurde.“⁸ Dies hatte den Ausschluss von acht kommunistischen Abgeordneten aus dem sudanesischen Parlament und das Verbot der *Kommunistischen Partei* zur Folge. Turabi konnte daraufhin stolz verkünden: „In 1966 we persuaded parliament to dissolve the Communist Party. It was only the second time in history⁹ that a Communist Party had been dissolved in a liberal democracy.“¹⁰

Es folgten eine Reihe von Verhaftungen und eine mediale Kampagne gegen die *Sudanesische Kommunistische Partei* (SCP). Die SCP nahm dies jedoch nicht einfach protestlos hin, sondern brachte den Fall vor den Obersten Gerichtshof, wo am 24. Dezember 1965 das Verfahren begann. Im Oktober 1966 führte die verbotene Partei

regierungsfeindliche Demonstrationen an, an denen in Khartoum 30.000 DemonstrantInnen teilnahmen. Der größte Erfolg der SCP bestand jedoch schließlich im Ergebnis des angestrebten Urteils des Obersten Gerichtes. „After endless postponements, lasting a whole year, the court finally decided that the government's action was illegal and that the SCP had a right to function as any other political party. In the meantime, however, leading communists had been imprisoned, the SCP and its front organisations disbanded, communists expelled from the army and dismissed from the railways and other vital public services.“¹¹ Die Regierung war deshalb jedoch nicht willens, der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes Folge zu leisten. Das von KommunistInnen gesäuberte Parlament beschloss schon am Tag nach der Entscheidung des Gerichtes das Urteil schlicht und einfach zu ignorieren und an seinen eigenen Beschlüssen ungeachtet ihrer Verfassungswidrigkeit festzuhalten. Die Regierung verschärfte sogar noch ihre Politik gegenüber der SCP und beschuldigte die Partei hinter einem gescheiterten Putschversuch von Leutnant Khalid Husayn Uthman zu stehen. Obwohl es keinerlei Beweise gab, dass die SCP hinter dem Putschversuch stand, wurde dieser zum Anlass genommen den Parteivorsitzenden 'Abd al-Khalik und andere wichtige Kader der Partei zu verhaften.

Die SCP versuchte (als Reaktion auf die Ignorierung des Gerichtes) sich unter einem neuen Namen als *Sozialistische Partei* zu reorganisieren, während gleichzeitig die Auseinandersetzungen zwischen Höchstgericht und

WWW.JUNGLE-WORLD.COM



Jungle World – die linke Wochenzeitung.
Jetzt 5 Wochen lang für nur 10 Euro
im Probeabo* testen.

Name

Straße, Nr.

PLZ, Ort

*Das Abo verlängert sich nicht automatisch.

Einen Zehn Euro Schein oder einen Scheck habe ich beigelegt.

Bitte einsenden an: **Jungle World | Bergmannstr. 68 | D-10961 Berlin**

Regierung fortgesetzt und schließlich zugunsten der Regierung ausgetragen wurden.

Nachdem Sadiq al-Mahdi 1966 Muhammad Ahmad Mahjub als Premierminister abgelöst hatte, arbeitete die *Islamic Charter Front* im Verfassungskomitee mit, das die auch von Mahdis *Umma-Partei* unterstützte Idee einer islamischen Verfassung umset-

zen sollte. Diesem Versuch eine islamische Verfassung umzusetzen kam jedoch der Putsch der *Freien Offiziere* unter Gafaar Muhammad Numairi zuvor.

In den ersten Jahren waren die religiös-politischen Formationen der *Ikhwan* und der *Ansar*, der Anhänger des Mahdi, die das Rückgrat der *Umma-Partei* bilden, „erbit-

(1) Abdel Salam Sidahmed: *Politics in Contemporary Sudan*. Richmond 1997, S. 45.

(2) Ebd.

(3) Susanne Wolf: *Die islamische Bewegung im Sudan bis 1989*. In: *Wuquf* 7-8, 1992-1993. Hamburg 1993, S. 205-222. Hier: S. 206.

(4) Ebd.

(5) Ebd.

(6) Ebd., S. 207.

(7) Mohamed Omer Beshir: *Revolution and Nationalism in the Sudan*. London 1974, Second edition 1977, S. 186.

(8) Wolf 1993, S. 208.

(9) Turabi bezog sich damit auf das Verbot der KPD in Deutschland, die 1956 für grundgesetzwidrig erklärt und aufgelöst wurde.

(10) Zit. nach: Wolf 1993, S. 208.

(11) Gabriel Warburg: *Islam, Nationalism and Communism in a traditional Society. The Case of Sudan*. London 1978, S. 117.

terte Gegner des neuen Regimes, obwohl nur die Ikhwān gleich nach der Machtübernahme Demonstrationen organisierten und Flugblätter verteilten. Ihre Opposition wurde allerdings gewaltsam gebrochen und führende Muslimbrüder wurden verhaftet.¹²

Beide Gruppierungen arbeiteten in der Folge eng im Untergrund zusammen und versuchten ein System disziplinierter Untergrundzellen aufzubauen. „Sharif Husain al-Hindi traf sich mit führenden Muslimbrüdern im Ausland, um von dort den Widerstand zu organisieren. Laut Muhammad Wayi Allah waren die Muslimbrüder dabei sehr engagiert. Angeführt vom Muhammad Salih Umar kauften sie Waffen, schmuggelten sie von Äthiopien aus in den Sudan und trainierten die Ansar in ihrem Gebrauch.“¹³

Schließlich erlitt diese Allianz von *Ansar* und *Muslim-Brüdern* bei dem Massaker auf der Aba-Insel im März 1970 eine vernichtende Niederlage. Hunderte Anhänger der *Muslim-Bruderschaft* und der *Ansar* kamen auf der Insel im Nil – die die Zentrale der *Ansar* beherbergt – durch Angriffe der Luftwaffe ums Leben. Die nunmehr geschlagenen religiös-politischen Gruppierungen konnten in der Folge nur noch kleinere Unruhen – wie die „Revolution of Sha’aban“ – auslösen, waren aber im Wesentlichen geschlagen bis es 1977 zur „nationalen Versöhnung“ kam.

Seit dem Juli 1977 kehrten Sadiq al-Mahdi, Ahmad al-Mahdi, Ahmad al-Mirghani – der Chef des *Khatmiya-Ordens* und der damit verbundenen *Democratic Union Party* – und schließlich auch Hasan al-Turabi nach Khartoum zurück und bekamen ihren Platz im Machtsystem Numairis zugewiesen.

Dies führte jedoch auch zu internen Konflikten innerhalb der *Muslim-Bruderschaft*. Während Turabi Mitglied der *Einheitspartei*, der *Sudanese Socialist Union* (SSU) wurde, „blieb eine große Gruppe um Sadiq Abdallah Abd al-Majid in der Opposition, da sie Numairi für korrupt und seine islamischen Attitüden für heuchlerisch hielten.“¹⁴

Diese Spaltung der *Muslim-Bruderschaft* konnte nie mehr völlig gekittet werden. Während in Europa diese Spaltung kaum zur Kenntnis genommen wurde, so bleibt doch festzuhalten, dass Turabi seit seiner Versöhnung mit dem Militärregime nicht mehr mit der *Muslim-Bruderschaft* Abd al-Majids gleichzusetzen ist.

Turabi und seine Anhänger stiegen innerhalb des Regimes schnell zu einer wichtigen Größe auf, da sich Numairi seit seinem Bruch mit der sudanesischen Linken, den Kommunisten und den arabischen Nationalisten mangels einer eigenen politischen Basis nun zunehmend auf die islamisch-integralistischen *Muslim-Brüder* und die traditionalistisch-islamischen *Ansar* stützte. 1979 schließ-

lich kam Turabi auf „the key post of attorney general, which put him in charge of the review of laws to make them conform to Shariah.“¹⁵

Als sich der ehemals links-nationalistische Numairi im Sommer 1983 endgültig entschloss, die verstärkte Islamisierung des Landes durchzusetzen und im September 1983 die Scharia einführte („Septembargesetze“), nützte dies auch den Muslim-Brüdern und ihren islamischen Banken, die das finanzielle Rückgrat der Bewegung bildeten.

Im Zuge der Einführung der Scharia und der Islamisierungspolitik Numairis betrieb die *Muslim-Bruderschaft* schließlich auch immer erfolgreicher ihre Kampagne gegen die „links-islamische“ Konkurrenz, die *Republikanischen Brüder* Mahmud Mohammad Tahas, zu dessen Hinrichtung im Jänner 1985 die Anhänger Hasan al-Turabis einen nicht unwesentlichen Beitrag leisteten.

Der Einfluss der *Muslim-Brüder-Fraktion* Hasan al-Turabis – die sich offiziell als islamische Ausrichtung innerhalb der Staatspartei SSU organisierten – wuchs in den Achtzigerjahren auch über die islamischen Banken und die islamische Dachorganisation der StudentInnen *al-Ittihad al-Islami* (*Islamische Allianz*) so stark an, dass sich die Wut der Bevölkerung, die im April 1985 zum revolutionären Sturz Numairis führte auch gegen die „islamische Ausrichtung“ Hasan al-Turabis wendete.

Der Revolution gegen Numairi folgte eine Übergangsregierung, die die Entscheidung über die Beibehaltung oder Abschaffung der Septembargesetze vorerst vertagte. Numairis Scharia wurde damit nur ausgesetzt, aber

nicht abgeschafft. Die Debatte über die Rolle des Islam in Verfassung und Strafrecht blieb damit über die gesamte dritte demokratische Periode des Landes ein zentrales Thema der politischen Auseinandersetzung.

Die Rückkehr zum Mehrparteiensystem ermöglichte der *Muslim-Brüder-Fraktion* Hasan al-Turabis im Mai 1985 die Gründung einer politischen Partei, der *al-Jabha al-Islamiya al-qawmiya*, der *National Islamic Front* (NIF). „Es scheint, daß alle oder fast alle Mitglieder der Muslimbrüder auch Mitglieder der NIF wurden. Darüber hinaus gab die NIF vor, auch andere islamische Gruppen zu vertreten, d.h. nicht alle Mitglieder der NIF waren auch Muslimbrüder.“¹⁶ Durch starken politischen Aktivismus, finanzielle Unterstützung aus Saudi-Arabien und von islamischen Banken, sowie die bereits vorhandenen Strukturen aus der Numairi-Zeit gelang es der NIF sich relativ bald wieder zu erholen und in der Öffentlichkeit als stärker zu erscheinen als die Zahl ihrer AnhängerInnen dies rechtfertigen würde. Sie wurde in der sudanesischen Öffentlichkeit mehr oder weniger als Nachfolgerin der *Muslim-Bruderschaft* früherer Tage betrachtet.

Bei den ersten Parlamentswahlen im April 1986 konnte die NIF sich mit 20 Prozent hinter der *Umma-Partei* und der DUP als drittstärkste Kraft etablieren.

Die NIF konnte vor allem in urbanen Gebieten ihre Mandate gewinnen: 13 Mandate in der Region Khartoum, jeweils vier in der Zentral- und der Nordregion, drei in Kordofan, zwei in Darfur und eines in der Ostregion.¹⁷

Auch dieses Wahlergebnis spiegelt aber nicht die reale

(12) Wolf 1993, S. 208.

(13) Ebd., S. 209.

(14) Ebd.

(15) Abdelwahab El-Affendi: *Turabi's Revolution, Islam and Power in Sudan*. London 1991, S. 115.

(16) Wolf 1993, S. 212.

(17) El-Affendi 1991, S. 141.

Stärke der NIF im Sudan wieder. Im Großteil des Südsudan – wo die NIF mit nur sehr wenigen Stimmen rechnen hätte können – waren aufgrund des Bürgerkrieges die Wahlen nicht durchführbar. Weite Teile des Südens wurden 1986 von der SPLA, der südsudanesischen Guerilla unter John Garang kontrolliert. Außerdem schwächten sich die traditionell-religiösen Parteien DUP und *Umma* durch parteiinterne Gegenkandidaturen. Insbesondere für die DUP kandidierten in vielen Wahlkreisen mehrere KandidatInnen gegeneinander. „In the few cases where parties arranged informal electoral alliances, they proved highly effective, for example, in blocking the election of two senior leaders of NIF, Hasan al-Turabi and General Secretary Yasin Umar al-Imam, and ensuring the election of Nuba leader Ghabboush and SCP leader Nuqud.“¹⁸

Die nun beginnende dritte demokratische Phase (1986 – 1989) „war ebenso wie die zweite (1964 – 1969) dadurch charakterisiert, dass hauptsächlich die Ikhwān die Verabschiedung einer Verfassung verhinderten.“¹⁹

Die wichtigste Frage stellte letztlich der Umgang mit der Scharia, den Septembergesetzen dar. Die Regierungskoalition aus *Umma* und DUP hatte sich vorerst geeinigt, diese Septembergesetze „einzufrieren“, da die *Umma-Partei* – wie selbstverständlich auch die oppositionelle NIF – für deren Beibehaltung eintrat, während die DUP für eine Abschaffung votierte.

Die Frage der Abschaffung der Septembergesetze stellte jedoch auch den Schlüssel zur Beendigung des Bürgerkrieges im Südsudan dar. Für John

Garang, den Führer der SPLA (*Sudanese Peoples Liberation Army*) und SPLM (*Sudanese Peoples Liberation Movement*), war die Abschaffung der Scharia eine *conditio sine qua non* für die Unterzeichnung eines Friedensabkommens.

Ein Abkommen zwischen Garang und *Umma*-Chef Sadiq al-Mahdi vom März 1986 scheiterte schließlich jedoch nicht nur an der NIF, sondern auch an der DUP, die „selbst zwei Jahre später im November 1988 fast das gleiche Abkommen mit John Garang schloß, das diesmal nicht ratifiziert wurde, da es außer der NIF von der *Umma-Partei* zurückgewiesen wurde.“²⁰

Im April 1988 wurde schließlich die NIF in die Koalitionsregierung Sadiq al-Mahdis aufgenommen. In der Folge radikalisierte sich Sadiq al-Mahdi selbst, rief zum Gihad gegen die „Rebellen im Süden“ auf und forderte, die Scharia wieder anzuwenden.

Nach heftigen Auseinandersetzungen über die Frage der Scharia und das Abkommen der DUP mit der SPLA löste Sadiq al-Mahdi im März 1989 die Regierung auf und legte ein Interimsprogramm vor, das alle Parteien außer der NIF unterzeichneten, da in ihm das Addis-Abeba-Abkommen mit der SPLA von 1988 ausdrücklich bestätigt wurde.

In dieser Situation stellte sich die NIF in scharfer Opposition gegen die Regierung und als am 30. Juni 1989 die Septembergesetze endgültig abgeschafft werden hätten sollen, kam dem ein Militärputsch unter Umar Hasan al-Bashir zuvor, bei dem ein von Bashir geleiteter *Revolutionary Command Council for National Salvation* (RCCNS) die Macht übernahm.



Markt in der Eisenbahnerstadt Atbara (Nordsudan).

Foto: Thomas Schmidinger

Bis heute ist unklar, wie weit die NIF unter Hasan al-Turabi in diesen Putsch involviert war. Während von einer Reihe von AutorInnen und in vielen Gesprächen mit SudaneseInnen die Ansicht vertreten wird, Hasan al-Turabi habe direkt den Putsch Umar al-Bashirs angezettelt, vertreten andere wiederum die Position, Turabi habe nur davon gewusst oder sei erst nach dem Putsch auf den rollenden Zug aufgesprungen. Turabi selbst erklärte später jedoch, direkt am Umsturz beteiligt gewesen zu sein. Trotzdem wurde er wie alle anderen Parteichefs anfänglich unter Hausarrest gestellt und die NIF wie alle Parteien aufgelöst. Schon bald zeigte sich aber, dass die Ideen der PutschistInnen nicht weit von jenen der NIF lagen und ehemalige NIF-FunktionärInnen – inklusive Hasan al-Turabi – nach ihrer Freilassung schnell in wichtige Positionen gehievt wurden.

Generalleutnant Umar Hasan Ahmad al-Bashir „underlined the aim of creating an Islamic state and emphasized the officers' close rela-

tionship with NIF: We upheld the Islamic trend from the beginning. An Islamic organization was created in the Armed Forces when the Communists tried to overthrow the Numairi regime in 1971. When the revolution began [in July 1989] ... the leadership of the NIF met and decided to ... join the authorities. We needed a number of cadres ... We are trying to apply the [Islamic] texts gradually and intend to establish an Islamic state in Sudan ... We have programs for comprehensive Islamic daw'a [call].“²¹

Das neue Regime versuchte nun also mit der Unterstützung der ideologisch geschulten AnhängerInnen Hasan al-Turabis den Sudan in einen islamischen Staat umzuwandeln. Eine „parteilose Demokratie“, in der die wichtigsten Prinzipien eines islamischen Staatsaufbaues, die Schura (Beratung) und die Direktwahl des Staatsoberhauptes, verwirklicht sein sollten, wurde angestrebt. „Popular Committees became at the basic level in quarter, village or area while the

(18) Ann Mosely Lesch: *The Sudan, Contested National Identities*. Bloomington/Oxford 1998, S. 71.

(19) Wolf 1993, S. 213.

(20) Ebd., S. 214.

(21) Lesch 1998, S. 113.

Council, Province, State and National Congress be on the highest level respectively.“²² Volks- und Sektoralkonferenzen wurden für einzelne regionale oder thematische Bereiche geschaffen. Aus Delegierten der Volks- und Sektoralkonferenzen setzte sich wiederum auf nationaler Ebene der rund 4.800 Abgeordnete umfassende *National Congress* zusammen. Delegierte dieses *National Congress* bildeten gemeinsam mit direkt gewählten Abgeordneten wiederum das höchste Legislativorgan des Landes, die 400 Mitglieder umfassende *Nationalversammlung*.

1993 löste sich der RCCNS wieder selbst auf und 1996 wurde das System schließlich mit der Direktwahl des Präsidenten – die Umar al-Bashir mit 75,7 Prozent gegen 40 andere Kandidaten gewann – vervollständigt.

Die ehemaligen Mitglieder der NIF spielten im neuen System eine bedeutende Rolle. Hasan al-Turabi, der formal nur als Parlamentspräsident fungierte, galt bis zu seinem Machtkampf und seinem Sturz durch Umar al-Bashir als der Chefideologe des Regimes und der Rat der Vierzig, in dem Turabi ehemalige NIF-Parteigrößen um sich sammelte, galt als das reale Machtzentrum des Regimes.

Die Islamisierung des Systems konnte nur mit massiver Repression gegen politische GegnerInnen durchgesetzt werden. Politische Gefangene, Folter in inoffiziellen Gefängnissen, so genannten „Geisterhäusern“, aber auch Widerstand von Gewerkschaften, religiösen Bruderschaften, politischen Parteien und StudentInnen waren seit der Machtergreifung Umar al-Bashirs an der Tagesordnung.²³

Die Körperstrafen werden selbstverständlich auch unter dem Bashir-Regime trotz Verurteilung durch die *Arabische Menschenrechtsorganisation* (AOHR) in Kairo angewendet. „Sudanesischen Spezialisten“ lassen sich in Saudi-Arabien in „modernen“ Amputationsmethoden ausbilden. Im Januar 1990 wurden zwei sechs Jahre zuvor wegen bewaffneten Raubüberfalls Verurteilte gekreuzigt. Gruppen, die gegen die Anwendung der Scharia Widerstand leisten, werden aufgelöst; so z.B. die sudanesischen Sektion der AOHR und die sudanesischen Anwaltsvereinigung.“²⁴

Als einziger Staat der von einer aus der *Muslim-Bruderschaft* stammenden Regierung regiert wurde, konnte der Sudan seit 1989 auch einen wichtigen Einfluss auf andere sunnitisch-integralistische Be-

wegungen in Afrika und der arabischen Welt ausüben. Das neue Regime unterstützte sowohl das irakische Ba'th-Regime als auch islamistische Gruppierungen in der gesamten islamischen Welt. Mitte der Neunzigerjahre hielt sich u. a. auch Usama bin Laden längere Zeit im Sudan auf, wo er mit seiner Firma *al-Hijra Construction and Development Co. Ltd.* Großaufträge wie die Straßenverbindung von Khartoum nach Port Sudan oder die Erweiterung des Flughafens von Khartoum erhielt.

Innerhalb des Sudan war die politische Basis des Regimes jedoch so schwach, dass es sich ab Mitte der Neunzigerjahre verstärkt um eine partielle Reintegration der Opposition in das Regime bemühen musste. Dies führte auch bereits 1998 zu einem Friedensvertrag mit einem Teil der Rebellenorganisationen des Südsudan – jedoch nicht mit der größten Gruppe um John Garang – in dem der Bevölkerung des Südsudan das Recht zugesichert wurde, „to determine their political aspirations and to pursue their economic, social and cultural development.“²⁵ Eine Volksabstimmung sollte nach einer Übergangsfrist über die Optionen „Unity“ oder „Secession“ entscheiden. Die damals angekündigte Volksabstimmung fand jedoch nie statt. Und selbst jene Minderheitenfraktion, die sich zum Waffenstillstand mit der Regierung entschlossen hatte, kehrte bald in den Untergrund zurück.

Auch Versöhnungsgespräche mit einzelnen Gruppen der Oppositionsallianz, der *National Democratic Alliance* (NDA) – die sich be-

reits in den Tagen nach dem Militärputsch als Zusammenschluss aller Oppositionsparteien, Gewerkschaften und andern Organisationen der Zivilgesellschaft gebildet hatte – führten zu wenig konkreten Ergebnissen. Allerdings gelang es der Regierung, die *Umma-Partei* Sadiq al-Mahdis aus dem Oppositionsbündnis herauszulösen und den ehemaligen Ministerpräsidenten zur Rückkehr aus dem Exil zu überreden.

Wirtschaftspolitisch vertritt das Regime bis heute eine Art islamisch gefärbten, das heißt mit islamischer Rhetorik verkleideten, Neoliberalismus. Die Fluglinie und große Teile der ehemals verstaatlichten Industrie wurden privatisiert²⁶, Stützungen für Grundnahrungsmittel gestrichen. Damit konnte der Sudan zwar seine makroökonomischen Daten verbessern, allerdings verstärkte sich das soziale Gefälle zwischen arm und reich, zwischen der Zentralregion und der Peripherie.

Am 30. Juni 1998 trat schließlich eine neue Verfassung in Kraft und mit Beginn des Jahres 1999 wurde ein darin vorgesehenes neues Parteiengesetz umgesetzt, das die Bildung von „at-tawali as-siyasi“ (politische Vereinigungen) wieder zulässt, aber nicht den arabischen Terminus „hisb“ für Partei verwendet und die realen Oppositionsparteien von einer legalen politischen Tätigkeit weiter ausschloss.

Gleichzeitig wurden jedoch auch die Interessensgegensätze innerhalb des Regimes immer stärker. Während etwa Turabi bereit schien den Südsudan wirklich in die Unabhängigkeit zu entlassen um im Norden einen islamischen Staat nach seinen Vorstellungen errichten zu können,

(22) *The Secretariat of the National Congress: The Popular Committees Act 1992. Khartoum 1992, S. 3.* (23) Siehe dazu: AI Report 1998: Sudan: <http://www.amnesty.org/ailib/ai-report/ar98/afr54.htm>; sowie: Human Rights Watch/Africa: *Behind the Red Line, Political Repression in Sudan*, New York/Washington/London/Brussels 1995

(24) Olaf Kündgen: *Die Kodifikation des islamischen Strafrechts im Sudan seit Beginn der 80er Jahre*. In: *Wuquf* 1993, S. 242.

(25) SUDAN - *Peace Agreement*

(26) P.M. Holt/M.W. Daly: *A history of the Sudan. From the coming of Islam to the present day. Fifth edition*. Harlow 2000, S. 193.

stellte für die Militärs um Umar al-Bashir die Einheit des Landes die absolute Priorität dar. Der Großteil der Auseinandersetzungen war jedoch nicht inhaltlich bedingt, sondern resultierte aus einem persönlichen Machtkampf zwischen Turabi und Bashir. Der offizielle Staatspräsident Umar al-Bashir wollte offensichtlich immer offensiver seine graue Eminenz und seinen ehemaligen Förderer Turabi loswerden um zum wirklich starken Mann des Sudan aufzusteigen. Am Sonntag, den 12. Dezember 1999, spitzte sich dieser Machtkampf so weit zu, dass Umar al-Bashir das Parlament auflöste, Turabi als Parlamentspräsident absetzte, ihn unter Hausarrest stellte und einen dreimonatigen

Ausnahmestand verkündete. Turabi bezeichnete dieses Manöver als „Putsch von oben“ und rief zum Widerstand dagegen auf. Nach mehrmaligem Hin und Her wurde Turabi zwar immer wieder freigelassen, seine politische Macht hat er jedoch an die Militärs verloren.

Diesen gelang es allerdings trotz intensiver militärischer Anstrengungen nicht, den Krieg im Süden des Landes für sich zu entscheiden. Insbesondere der internationale Druck auf das Regime und die Bedrohung der Erdölförderung in den neu entdeckten Ölfeldern in den Provinzen Südkordofan und Upper Nile, drängte schließlich aber auch das Regime an den Verhandlungstisch. Der seit Dezember 2003 bestehende

Waffenstillstand zwischen Regierung und SPLA, dem ein halbes Jahr später ein Friedensvertrag folgte, ist letztlich ein Resultat dieses Drucks von außen, der sich seit Beginn des US-geführten „Kriegs gegen den Terror“ noch erhöht hatte, und der langwierigen Verhandlungen die in den letzten Jahre stattgefunden hatten. Der Friedensvertrag konzentrierte sich jedoch primär auf die Aufteilung von Ressourcen und Einflussphären zwischen der Regierung und der Führung der SPLA. Von einer umfassenden Demokratisierung des Landes, ohne die eine Friedenslösung wohl nur eine auf Zeit ist, ist bisher nichts zu sehen. Das Regime nützte den Waffenstillstand im Süden vielmehr, um andere seit

Februar 2003 im Westen des Landes aktive Guerillaorganisationen zu bekämpfen. Dabei ist in den letzten Monaten jedoch insbesondere auch die Zivilbevölkerung der westsudanesischen Provinz Darfur zum Spielball der Militärs geworden. Insbesondere die bäuerliche Bevölkerung der Fur und der Zaghawah wurde seit Herbst 2003 Opfer systematischer Vertreibungen und Massaker. Ganze Dörfer werden von regierungsnahen arabischen *Janjawid*-Milizen ausgelöscht, über eine Million Menschen befinden sich auf der Flucht. Was 1989 mit einem islamistischen Militärputsch begann, endet so immer deutlicher in „ethnischen Säuberungen“ und einer Warlordisierung des Landes.

Mit Mohammed Targoni, dem Sprecher des *Justice and Equality Movement* (JEM) in Deutschland sprach Thomas Schmidinger.

Weshalb habt ihr in Darfur zu den Waffen gegriffen?

Nach 48 Jahren Unabhängigkeit und unendlichen Versuchen, das Land zu demokratisieren, sind wir zu der Überzeugung gekommen, dass die traditionellen Parteien nicht in der Lage sind, einen demokratischen Staat zu etablieren, da sie selbst in ihren eigenen Reihen nicht nach demokratischen Prinzipien handeln. Die Macht und Ressourcen des Landes sind ungleich verteilt. Die politische und parteiiche Führung ist seit Jahrzehnten in den Händen einer nordsudanesischen Elite, die nur zwei Prozent der Bevölkerung ausmacht. Daher sind wir überzeugt, dass das Land so nicht mehr weiter regiert werden kann und der Zerfall des Sudans in kleinere Staaten mit Grenzstreitigkeiten nicht mehr aufzuhalten ist. Daher möchten wir das Land radikal reformieren. Die wichtigsten Punkte, die reformiert werden müssen, um eine friedliche und demokratische Zukunft für den Sudan zu ermöglichen, sind darum erstens die Einführung eines echten Föderalismus nach westlichem Muster – etwa wie in Deutschland. Zweitens ein friedlicher Machtwechsel, wobei wir eine Macht-Zirkulation zwischen den Bundesländern für ideal halten, d.h. ein Rotationsprinzip bei der Besetzung wichtiger politischer Ämter einzuführen, so dass alle Regionen bei der politischen Machtverteilung berücksichtigt werden. Drittens soll die Verteilung der politischen und wirtschaftlichen Macht und Ressourcen je nach Bevölkerungszahl des Bundeslandes vorge-

nommen werden. Und viertens soll für die Staatsbürgerrechte die Staatsangehörigkeit und nicht Religion oder ethnische Zugehörigkeit maßgebend sein.

Wo liegen die Unterschiede zwischen den beiden Guerillabewegungen JEM und Sudan Liberation Movement (SLM)?

Wir haben fast das gleiche Ziel und wir werden wie auch andere Teile des Sudans (im Osten und Süden) benachteiligt und marginalisiert.

Kooperieren JEM und SLM im Kampf gegen das islamistische Militärregime?

Die beiden Gruppierungen verstehen sich bei militärischer Kooperation sehr gut und treten bei Verhandlungen wie ein Team auf. Zum Sturz des islamistischen Regimes in Khartoum kooperieren wir sogar mit anderen Gruppen im Ostsudan.

In den letzten Wochen wurde über eine Militärintervention im Sudan diskutiert. Die SLM forderte bereits einen internationalen Militäreinsatz. Welche Position vertritt JEM in dieser Frage?

Ein sofortiger und wirkungsvoller Schutz der Zivilbevölkerung ist nur durch Einsatz internationaler Beteiligung zu gewährleisten. Die Grundidee für einen internationalen Militäreinsatz und eine unabhängige Untersuchungskommission ist daher unser Standpunkt.

Konsequente Entgrenzung

Die ideologische Vielfalt der Globalisierungskritik

Hauptsache anti-irgendwas könnte man annehmen, wenn man genauer schaut, welche Anti-Haltungen auf Anti-Globalisierungsveranstaltungen zu finden sind.

VON KATRIN AUER

Beirut und London sind in diesem Herbst zwei Orte, an denen jede/r antisemitisch und anti-amerikanisch motivierte Anti-GlobalisierungsaktivistIn, der/die etwas auf sich hält, anwesend war oder sein sollte.

Beirut – Mitte September luden u.a. die *Hisbollah* und die *Libanesisch-Kommunistische Partei* zur Konferenz *Where Next for the Global Anti-War and Anti-Globalization Movements?*. Unter den 300 Delegierten von 200 Organisationen aus 43 Ländern hatten auch das *Austrian Social Forum* und *Südwind* ihr Kommen angekündigt. Verabschiedet wurde eine Deklaration in der fast ausschließlich „der Kampf gegen die Besetzung des Irak, Palästinas, konzerngesteuerte Globalisierung und Diktaturen“ und gegen die „Apartheid-

Mauer“ in Israel proklamiert¹ oder der Traum von einer alternativen Supermacht, die den USA trotzen würde, geträumt wurde. Wohin die Anti-Kriegs- und -Globalisierungsbewegung will, war vermutlich schon vor Konferenzbeginn entschieden. Darum ist sie auch dort angekommen.

London – Mitte Oktober findet dort das *Europäische Sozialforum* (ESF) statt und sorgt schon im Vorfeld wieder für Aufregung. Denn Londons Bürgermeister Ken Livingstone lud in seiner Funktion als ESF-Schirmherr den islamistischen Kleriker Yusuf al-Qaradawi zum ESF ein, was berechtigtes Entsetzen und Proteste bei jüdischen, feministischen und lesbischswulen Organisationen hervorrief, da Qaradawi der *Muslimbruderschaft* sehr nahe steht, palästinensische SelbstmordattentäterInnen als MärtyrerInnen rechtfertigt und die Bestrafung von homosexuellen Lebensweisen befürwortet. Seine klerikalen Ansichten zu Homosexualität (unter Männern!) legte Qaradawi in einer Fatwa dar: „Moslemische Juristen haben unterschiedliche Ansichten betreffend der Bestrafung dieser abscheulichen Praktik. Sollte es dieselbe Bestrafung wie für Unzucht sein [gemeint sind 100 Schläge; Anm. d. Verf.],

oder sollten beide, der aktive und der passive Beteiligte, hingerichtet werden? Während solche Bestrafungen grausam erscheinen, wird von ihnen angenommen, die Reinheit der islamischen Gesellschaft zu erhalten und sie von widernatürlichen Elementen rein zu halten.“² Qaradawi legt mit klerikaler Autorität auch die Methoden fest, wie ein Mann seine Frau schlagen sollte: „Es ist für ihn zulässig sie leicht mit seinen Händen zu schlagen, ihr Gesicht und andere empfindliche Stellen vermeidend. In keinem Fall sollte er zu einem Stock oder einem anderen Gegenstand greifen, der Schmerzen und Verletzungen verursachen

könnte.“³ In einer auf seiner Homepage *qaradawi.net* veröffentlichten Fatwa vom 6. April 2002 erklärte Qaradawi unter welchem einzigen Umstand es moslemischen Frauen erlaubt ist, keinen Hijab zu tragen: nämlich beim Durchführen von Selbstmordattentaten.⁴

Wenige Tage bevor Qaradawi am ESF teilnimmt, wird er in London neben Tariq Ramadan als Redner bei der Konferenz *Islam for Europe* auftreten. Ramadan wiederum tat sich mit seinen Äußerungen im Vorfeld des Pariser ESF im vergangenen Jahr hervor, als er französischen Intellektuellen vorwarf, als „Juden“ im Dienste Israels zu agieren.⁵

Sie schreiben:

Der Bahnbuslenker wollte sich nach einem anstrengenden Arbeitstag einfach nur auf seiner Ledercouch entspannen – mit einem Familienzwist hatte er nicht gerechnet.



Ihr Rechtschreib-Programm meint:

Der Bahnbuslinke wollte sich nach einem anstrengenden Arbeitstag einfach nur auf seiner Lesbencouch entspannen – mit einem Familientwist hatte er nicht gerechnet.



www.korrektor.at meint:

Bei *korrektor.at* wird jeder Text einer sorgfältigen und umfassenden Prüfung unterzogen. Ihr Text wird im Hinblick auf formale Kriterien, d.h. Tippfehler, Flüchtigkeitsfehler, neue Rechtschreibung, Grammatik, Orthografie, Syntax, Form, Beistrich- und Zeichensetzung gelesen. Es wird zusätzlich auf Ausdruck, Stil, Verständlichkeit, Kohärenz, Plausibilität, Einhaltung der Problemstellung und geschlechtsneutrale Schreibweise geachtet.

korrektor.at



(1) <http://www.focusweb.org/main/html/Article512.html>

(2) <http://store.yahoo.com/gayegypt/july2004.html>

(3) http://dailyablution.blogs.com/the_daily_ablution/2004/07/muslim_moderati.html

(4) <http://store.yahoo.com/gayegypt/july2004.html>

(5) Vgl. *Context* XXI 2-3/2004, S. 26.

Offener Brief an den Wiener Bürgermeister Michael Häupl

27. September 2004

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir wenden uns an Sie und die österreichische Öffentlichkeit, da uns die Aktivitäten radikalislamistischer Gruppierungen in Österreich, insbesondere der geplante *Arabisch-Islamische Kongress* in Wien zutiefst beunruhigen.

Mit großer Sorge beobachten wir die Gewalt, unter der die Menschen im Nahen Osten leiden, und den grausamen Terror, den ExtremistInnen dort verbreiten.

Im Irak sind über 2 000 Menschen in den letzten zwölf Monaten von TerroristInnen ermordet worden. Sie fielen der Gewalt von Extremisten zum Opfer, die planmäßig ermorden, wer nicht ihren ideologischen Vorstellungen entspricht. Diese Gewalt findet auch in anderen Staaten der Region statt, sie ist kein legitimer Widerstand, sondern Terror.

Die Menschen im Irak und dem Nahen Osten sehnen sich nach Frieden, nach Demokratie und einem toleranten und offenen Austausch zwischen den Religionsgemeinschaften und Volksgruppen. Viele stehen den Entwicklungen im Irak anderthalb Jahre nach dem Sturz Saddam Husseins kritisch gegenüber und haben sich anderes erhofft. Dass Saddam Hussein und sein Regime aber nicht mehr an der Macht sind, wird von einer großen Mehrheit der Menschen begrüßt. Es ist die Voraussetzung dafür, heute

überhaupt Kritik an den politischen Entwicklungen üben zu können. Auf dieser Kritik, der Beteiligung von Menschen am Wiederaufbau ihres Landes, dem Engagement für eine gerechte und demokratische Zukunft, auf freier Meinungsbildung und Assoziation und damit einem fairen Streit, bei dem der jeweils andere respektiert wird, fußt die Zukunft des Irak, der eine lange Geschichte von Gewalt und Diktatur zu überwinden hat. Dies ist zugleich das Ziel, an dem sich das politische und kulturelle Engagement für den gesamten Nahen Osten orientieren muss: Sich für eine demokratische und friedliche Zukunft einzusetzen.

Diese Zukunft versuchen ba'thistische, salafitische, wahabitische und andere ExtremistInnen zu verhindern. Im Irak zeigt sich dies derzeit nur besonders deutlich. Die überwiegende Zahl der Opfer sind sogenannte Kollaborateure, also Irakis, die sich dem Diktat der ba'thistischen und radikalislamistischen Extremisten verweigern oder einfach nur versuchen, einigermaßen normal weiter zu leben. Wir beobachten seit langem, dass extremistische Gruppen eine Rückkehr zur Normalität und einen Wiederaufbau im Irak verhindern wollen. Zu beobachten ist ein strategischer Zusammenschluss von radikalen IslamistInnen und panarabischen NationalistInnen, der umso gefährlicher ist, als er auf der Grundlage von Intoleranz

gegenüber ethnischen und religiösen Minderheiten und Gewalt gegenüber Andersdenkenden beruht.

Im Oktober soll der erste *Arabisch-Islamische Kongress* in Europa nach dem Verbot in Berlin in Wien stattfinden. Innenminister Strasser hat bereits angekündigt den Kongress nicht verbieten zu wollen. Die Veranstalter fordern die „Befreiung aller besetzten Territorien und Länder“ und schließen ausdrücklich das europäische Exil mit ein. Weiter heißt es: „Lasst uns eine geeinte Kraft bilden, fußend auf Heroismus, (...) dem Stolz auf unsere Märtyrer (...) Wenn Du Dich verliebt hast in den Widerstand und die Intifada und wenn Du einen Beitrag leisten willst zu den (...) Aktivitäten der weltweiten Bewegung gegen den amerikanischen und zionistischen Nazismus, (...) für die Befreiung von amerikanisch zionistischer Sklaverei, pass auf: Dies ist die letzte Schlacht!“

Viele der hier Unterzeichnenden sind nach Europa gekommen, weil Gewalt und Intoleranz im Nahen Osten uns keine andere Wahl gelassen haben. Nachdem bereits einzelne Gruppen aus Österreich, wie die *Antiimperialistische Koordination* (AIK) seit Monaten Geld öffentlich für terroristische Aktivitäten im Irak sammeln, werden nun auch radikale islamistische Gruppen öffentlich aktiv. Terror ist kein Widerstand. Viele von uns haben selbst Widerstand

Nachdem der Berliner Senat den für Anfang Oktober geplanten *Arabisch-Islamischen Kongress* verboten hatte, gab es Bestrebungen – mit Unterstützung der *Antiimperialistischen Koordination* (AIK) – diesen Kongress in Wien zu veranstalten. In dem hier veröffentlichten Brief an Wiens Bürgermeister Michael Häupl protestieren an die hundert Personen und Organisationen gegen die Durchführung des Kongresses in Wien.

geleistet, haben Freunde und Angehörige verloren und jahrelang auf friedlichem und demokratischem Wege dafür gearbeitet, dass es eine bessere und friedliche Zukunft gibt. Die ExtremistInnen aber, die sich im Oktober treffen wollen, sind erklärte Feinde der Freiheit. Ihr erklärtes Ziel ist, Extremismus und Gewalt auch ins Exil zu tragen.

Wir fordern Sie deshalb auf diesen Angriff auf demokratischen Austausch und friedliches Zusammenleben in unserer Stadt nicht hinzunehmen. Wir bitten Sie eindringlich, alles erforderliche

zu tun, damit es den UnterstützerInnen und Förderern des Terrors unmöglich wird, die Freiheit zu missbrauchen, die Wien ihren Bürgern bietet. Wir bitten Sie, dem rücksichtslosen Terror eine deutliche Absage zu erteilen, auch wenn er noch weit weg von hier geschieht. Wir appellieren an Sie als Bürgermeister und an die österreichische Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass UnterstützerInnen von Gewalt und Terror in Wien nicht willkommen sind.

Mit freundlichen Grüßen

DSA Alicia Allgäuer, Sozialarbeiterin • Dr. phil. Nancy Amendt-Lyon, Psychotherapeutin • Dr. Johann Angermann, Rechtsanwalt • Salam al-Attar, Arbeiter • Mag.a Katrin Auer, Politologin • Ibrahim Azad, Krankenpfleger • Karin Below, Studentin • Nazanin Borumand, im Namen der Arbeiterkommunistischen Partei des Iran (Deutschland) • Mag.a Evelyn Böhmer-Laufer, Psychoanalytikerin • Mohamed al-Buyat, Arbeiter • Karin Czerny, Botschaftsangestellte • Inge Dalma, Chefredakteurin „Rot Weiss Rot“ (Zeitschr. d. Auslandsösterreicher-

Weltbunds) • Dr. Raimund Dietz, Trainer, Coach, Wirtschaftswissenschaftler • Jabbar Dilla, Mietwagenchauffeur • Markus Ebenhoch, Student • Daniela Ebner, Studentin • Sieglinde u. Heinrich Ehlers, Pensionisten • Edgar Ehlers, Kaufm.Angestellter • Widad Fakhir, Journalist • Yousef Fathulla, Arbeitsloser • Dr. iur. Georg Fiscus, Unternehmer (Sao Paulo, Brasilien) • Mag. Ali Germany, Ökonom • Judith Goetz, Studentin • Renate Göllner, freie Autorin • Angelika Grkinic, Civil Servant UN • Dario Güldner, Student • Dr. Markus Haffner, Consultant • Dr. Heide Hammer, Philosophin • Jane Heiss, Studentin • Dr. Thomas Höhne, Rechtsanwalt • Aso Jabbar, Representative of Union of Unemployed in Iraq abroad • Mag. Robert Kanfer, Architekt • Susie Kanfer, Pensionistin • Muhamed Kassem, Dolmetscher • Dr. Heimo Kellner, Botschafter i.R. • Sana al-Khalily-Ahmed, Dollmetscherin • Mousa al-Khakany, Asylwerber • Thomas Kitzmüller, Zusteller • Mag.a Mary Kreutzer, Politikwissenschaftlerin • Mag.a Eva Krivanec, Kultur- und Sozialwissenschaftlerin • Samuel Laster, Journalist • Sami Lazar, Student • Mag.a Karin Lederer, Lektorin • Petrus van der Let, Regisseur und Produzent •

Nikolaus Ludwiczek, Student • Dhafer al-Mansour, Arbeiter • DI Marceline Martischnig, Moderatorin, Mediatorin • Mag. Peter Menasse, Chefredakteur NU • Dr. Much Zouhair, Journalist • Nasi Missouri, Vertreter der Irakischen Kommunistischen Partei (ICP) in Wien • Karim Nabaz, Programierer • Homa Nadjafi, UNO-Angestellte • Ursula Napravnik, Künstlerin • Dr. Joanna Nittenberg, Chefredakteurin und Herausgeberin der Illustrierten Neuen Welt • Dr. Azem Olcay, Politologe • Andreas Peham, Angestellter • DI Dagmar Pfeifer • Karl Pfeifer, Journalist • Univ.-Doz. Dr. Ronald J. Pohoryles, Institutsvorstand • Mag.a Ljiljana Radonic, Politikwissenschaftlerin • Muhammad Rizgar, Student • Florian Ruttner, Student • Raouf Schahen, Student • Gerhard Scheit, Publizist • Mag. Gerd Schmidinger, Romanist • Mag. Thomas Schmidinger, Politikwissenschaftler • Daban Shadala, Repräsentant der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) in Österreich • Med. Rat Dr. Timothy B. Smolka, Arzt • Henryk Szer, Kaufmännischer Angestellter • Kasim Talaa, Autor • Dr. med. Erika Trappl, Ärztin für Allgemeinmedizin und Psychotherapeutische Medizin • KR Victor

Wagner, Kaufmann • Elisabeth Wäger, Autorin • Sonja Weisgram, Studentin • Dr. Willy Weisz, Informatiker • Mag. Serafettin Yildiz, SBM-Schulberatungsstelle für MigrantInnen • Ali Al-Zahid, Programme Manager • DSA Maria Zwicklhuber, Supervisorin, Projektleiterin

Assyrische Patriotische Partei • B'nai B'rith International • Context XXI • Grünalternative Jugend Wien (GAJ) • Internationales Komitee gegen Steinigung • Internationale Föderation iranischer Flüchtlinge • Irakische Akademikervereinigung • Irakische Kommunistische Partei • Irakisches Haus • Kampagne zur Verteidigung der Frauenrechte im Iran • KPÖ-Grundorganisation Dogma • Kommunistische Partei Kurdistans • KIB (Verein für Kultur und Information kurdischer Angelegenheiten) • Kulturverein Koral • Organisation für Zivilgesellschaft im Irak • Ökologische Linke (ÖKOLI) • Sozialdemokratische Partei Kurdistans • Studienrichtungsververtretung Politikwissenschaft der Universität Wien • Wadi – Verband für Krisenhilfe und solidarische Entwicklungszusammenarbeit

Das Dilemma der israelischen Linken

Vortrag von Stephan Grigat

Donnerstag, 28. Oktober 2004, 19.30 Uhr, Republikanischer Club, Rockgasse 1, 1010 Wien

Was bedeutet es, im Staat der Shoah-Überlebenden radikale Staats- und Kapitalkritik zu formulieren? Linke befinden sich in Israel in einem Dilemma, das aber nur den wenigsten bewusst zu sein scheint. Der Normalzustand ist (oder sollte es zumindest sein), dass man sich als Staatskritiker gegen die Ideologie zur Wehr setzt, der Staat seien „wir alle“, und die Anmaßung des Souveräns zurückweist, einem, da man nun einmal lebt, auch noch ein „Recht auf Leben“ zuzuweisen, mit dem die staatliche Gewalt stets demonstriert, dass sie dieses Recht jederzeit auch entziehen oder relativieren kann. Abstrakt trifft das auf Israel ebenso zu; Israel aber ist nicht „normal“, ist kein „Staat wie jeder andere auch“, sondern die bürgerliche Emanzipationsgewalt von Juden und Jüdinnen, ein bewaffnetes Kollektiv zur Abwehr des antisemitischen Terrors. Insofern ist seine Existenz, auch wenn dieses scheinbare Paradox nur wenige in der radikalen Linken wahrhaben möchten, die Bedingung für radikale Kritik an Staat und Kapital. Worin unterscheidet sich vor diesem Hintergrund der israelische Nationalismus von anderen? Wie ist das Verhältnis von zionistischen und antizionistischen Linken in Israel? Welche Rolle spielt die innerisraelische Kritik für die Nahostdiskussionen in Europa?

www.cafecritique.priv.at

Antiemanzipatorisches Ressentiment

Der Antizionismus als Kampf gegen die „künstliche Zivilisation“

Wie schon der Untertitel des Marxschen Hauptwerks – *Kritik der politischen Ökonomie* – verrät, ist die kapitalistische Gesellschaft nur als staatlich verfasste adäquat zu fassen. Der Staat ist entgegen der gängigen marxistischen Ansicht keineswegs ein Überbauphänomen, der sich über einer ökonomischen Basis erhebt, er ist vielmehr ein notwendiges Moment der gesellschaftlichen Totalität. Die spezifische Verfasstheit der Gesellschaft selbst erfordert es, dass sich deren Wesen in ein ökonomisches und ein politisches Verhältnis verdoppelt. „Zwischen Staat und Kapital kann daher ein Verhältnis der Ableitung nicht bestehen, vielmehr: Die Souveränität ist das politische Verhältnis des Kapitals, wie das Kapital nur das ökonomische Verhältnis der Souveränität ist.“¹

So wie die Wertform als allgemeine nur möglich ist, wenn ein allgemeines Äquivalent, das Geld, existiert, so muss notwendig ein Drittes der Vermittlung existieren, damit die einzelnen Warenbesitzer sich aufeinander beziehen können. Die für den Warentausch notwendige wechselseitige Anerkennung als Freie und Gleiche² der sich durch nichts als den Besitz gleichartiger Wertquantita auszeichnenden kapitalen Subjekte muss durch eine von ihnen getrennte Instanz vermittelt werden. Dieses Dritte ist der staatliche Sou-

verän, der sowohl durch das Recht als auch durch das Gewaltmonopol charakterisiert und nicht auf eines der beiden Elemente zu reduzieren oder einseitig aufzulösen ist. Die Gleichheit vor dem Recht ist so gleichzeitig eins mit Unterwerfung unter unableitbarer Gewalt.

Auch der Souverän ist also sinnlich-übersinnliche Erscheinung der warenproduzierenden Gesellschaft. Er ist die ebenso notwendig erscheinende abstrakt-allgemeine Form der Subjekte, wie das Geld die notwendig erscheinende Wertform der Waren ist. Die Souveränität des Werts, die im als Kapital fungierenden Geld eine ihrer Eigengesetzlichkeit entsprechende Existenz findet, verlangt nach einer ebenso universalen politischen Souveränität. Die kapitalen Subjekte *müssen* den Staat *wollen*. Er ist die notwendige Voraussetzung ihrer Existenz als WarenbesitzerInnen wie das Resultat ihres gesellschaftlichen Verkehrs.

Substantialisierung der Staatlichkeit

So wie Politik und Ökonomie also nur an der Oberfläche der Gesellschaft gegeneinander verselbständigte Sphären sind, als solche aber auf dasselbe Wesen, die gesellschaftliche Synthesis, verwiesen sind, so stellt sich auch auf der Ebene der Staatlichkeit die dem syste-

matischen Verkehrs- und Verblendungszusammenhang der wertverwertenden Gesellschaft entspringende Aufspaltung dar. Die fetischistische Dissoziation der gesellschaftlichen Totalität in „Zivilisation der Zirkulation“ und „Kultur der Produktion“ erscheint hier als Entgegensetzung von abstrakt-künstlichem Recht einerseits und konkret-organischer Souveränität andererseits. Die Einzelnen rationalisieren ihre allgemeine und immanent unaufkündbare Inanspruchnahme durch den Souverän als konkrete, ihnen von Natur aus zukommende Verbindung mit „ihrem“ Staat. Der Souverän erscheint so als „Staat des Volkes“, zu dem die Einzelnen qua Geburt gehören und der diese „natürliche Ordnung“ zu garantieren und zu exekutieren hat. Dem wird das künstliche, universale und „bodenlose“ Recht des abstrakten Staatsbürgers gegenübergestellt, das die Verbindung des Einzelnen zum staatlichen Zusammenhang vermittelt über das individuelle Rechtssubjekt regelt.³

So wie das Geld ist auch das Recht die hochvermittelte Erscheinung eines dahinterliegenden gesellschaftlichen Verhältnisses. So wie die Kategorien Ware und Geld nichts über die Form der ihnen notwendig zugrundeliegenden mehrwert-schaffenden Produktion aus-

Es gilt, einen kritischen Begriff von Antisemitismus und Antizionismus zu erarbeiten, also den linken Allgemeinplatz zu widerlegen, welcher behauptet der Antisemitismus sei das eine, der Antizionismus dagegen das ganz andere.

VON ALEX GRUBER

sagen, ja diese geradezu verhüllen, woraus der gesellschaftlich notwendige Schein entsteht, das Geld, der abstrakt gewordene Reichtum, habe okkulte und usurpatorische Macht und sei die „Wurzel allen Übels“, so erscheint das abstrakte Recht des Staatsbürgers im Antisemitismus als ein künstliches,

jüdisches Werkzeug, das die organische Einheit des Volkes mit sich und seinem Staat zersetze.

Dies lässt sich etwa an Carl Schmitt demonstrieren, der sich in seinen rechtstheoretischen Arbeiten der Substantialisierung des Souveränitätsbegriffes widmete. Der als „leer und formal“ bezeichne-

ten Forderung nach Gleichheit aller vor dem Gesetz, die ein Werkzeug und eine Waffe von „Fremden und Betrügern“ und deren „fremder und feindlicher Legalität“ sei, stellte Schmitt den Terminus der „Gleichartigkeit“ als einen „sachlichen und substanzhaften“ Begriff entgegen.⁴ Er setzte dem liberalen Rechtsstaat, dem bloß das Prinzip, „Mark war ja auch Mark, und getauft war getauft“ gegolten habe, das „gute Recht der guten deutschen Sache“ entgegen.⁵ „Wir suchen eine Bindung, die zuverlässiger, lebendiger und tiefer ist, als die trügerische Bindung an die verdrehbaren Buchstaben von tausend Gesetzesparagrafen.“⁶ Der Rechtsstaat mit seinem formalen Recht des Staatsbürgers galt ihm als Ausdruck jüdischer Legalitätsvorstellungen. Gegen dieses formale Recht setzte Schmitt letzten Endes das „konkrete Ordnungsdenken“ und den Nomos-Begriff, die das deutsche Rechtsdenken vom jüdisch geprägten Gesetzesbegriff befreien sollten. Dem Nomos-Begriff, der das Deutsche darstellen sollte, konnte Schmitt, in der Logik der Sache liegend, sich nur negativ annähern, in der Polemik gegen das „Artfremde“, das „Jüdische“, gegen das der Kampf aufgenommen werden müsse, weil es mit seinem formalen Gesetzesbegriff eine Gefahr darstelle, indem es sich „eifrig bemüht, eine Gespensterwelt von Allgemeinbegriffen über der konkreten Wirklichkeit aufzurichten.“⁷ Dies sei so aufgrund „der Eigenart des jüdischen Volkes, das seit Jahrtausenden nicht als Staat und auf einem Boden, sondern nur im Gesetz und in der Norm lebt, also im wahrhaften Sinne des Wortes ‚existenziell normativistisch‘ ist.“⁸

Das abstrakte Recht wird also – homolog der fetischistischen Dissoziation des Verhältnisses von Ware und Geld sowie von Produktion und Zirkulation – als von außen an ein natürliches, in organischer Einheit sich befindliches Kollektiv herangetrages, die ursprüngliche Harmonie auflösendes Phänomen verstanden. In all diesen, dem systematischen Verkehrszusammenhang der warenproduzierenden Gesellschaft entspringenden Aufspaltungen wird eine Seite der erscheinenden Antinomien affirmiert und verklärt: Die gegenständlich erscheinende einzelne Ware, der Produktionsprozess, der als reiner Arbeitsprozess erscheint, oder die konkret sich darstellende Staatlichkeit, der „organische Volksstaat“. Es werden damit die grundsätzlichen Formen der warenproduzierenden Gesellschaft bejaht, denen, gegen als äußerlich und abstrakt hinzutretend verstandene Störfaktoren, zu ihrem Recht verholfen werden soll. Diese Denkform wäre als konformistische Rebellion gegen das Kapital auf der Grundlage des Kapitals zu charakterisieren,⁹ die als großangelegte Rettungsaktion des Konkret-Natürlichen gegen das Abstrakt-Zivilisatorische auftritt.

Konformistische Rebellion als Kampf gegen die Juden

Dieser Rettungsversuch der natürlichen Gemeinschaft vor der künstlichen Zivilisation hat sich bereits früh auch gegen die Möglichkeit eines jüdischen Gemeinwesens gewandt, also antizionistisch argumentiert. Bereits 1922, also 26 Jahre vor der Gründung Israels, veröffentlichte Alfred Rosenberg seine Schrift *Der staatsfeindliche Zionismus*, in der er so gut wie alle Argumente vorwegnimmt, welche

- (1) *Initiative Sozialistisches Forum: Abschaffung des Staates. Thesen zum Verhältnis von anarchistischer und marxistischer Staatskritik.* In: Dies.: *Das Ende des Sozialismus, die Zukunft der Revolution. Analysen und Polemiken.* Freiburg i. Br. 1990, S. 100.
- (2) „Da das Geld nur Realisierung des Tauschwertes ist und entwickeltes Tauschwertsystem Geldsystem; so kann das Geldsystem in der Tat nur die Realisierung dieses Systems der Freiheit und der Gleichheit sein.“ (Karl Marx: *Fragment des Urtextes von „Zur Kritik der politischen Ökonomie“*; in Ders.: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Berlin 1974 (1857), S. 914.) „Gleichheit und Freiheit sind also nicht nur respektiert im Austausch, der auf Tauschwerten beruht, sondern der Austausch von Tauschwerten ist die produktive, reale Basis aller Gleichheit und Freiheit.“ (Ders.: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*; in: MEW 42, Berlin 1983 (1857), S. 170.) „Die Sphäre der Zirkulation oder des Warenaustausches, innerhalb deren Schranken Kauf und Verkauf der Ware Arbeitskraft sich bewegt ist ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte. Was alleine hier herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum (...).“ (Karl Marx: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals.* Berlin 1993 (1872), S. 189.)
- (3) *Diese ressentimentgetriebene Aufspaltung ist es, die den Antiamerikanismus charakterisiert: Die Vereinigten Staaten werden als bürgerliche Gesellschaft ohne Souverän imaginiert, als jenes Land, in dem nur das abstrakte Recht regiert, welches aufgrund seiner universalistischen Form sich die gesamte Welt unterwerfen wolle. Es sind der Universalismus und der Individualismus, die das abstrakte Recht charakterisieren, welche die AntiamerikanerInnen so hasen, und die sie mittels Projektion exorzieren möchten. Diese Denkform entspricht dem Ressentiment, welchem Amerika als die Gesellschaft gilt, in der nur das Geld, der Run nach dem abstrakten Reichtum zähle, wohingegen die soziale Marktwirtschaft den Vorrang des Gemeinnutzes vor dem Eigennutz zu garantieren habe, eine Aufgabe, die durch die „neoliberale Globalisierung“ – vulgo: Schaffung „amerikanischer Verhältnisse“ – zunehmend in Gefahr gerate.*
- (4) Zitate aus: Raphael Gross: *Carl Schmitt und die Juden. Eine deutsche Rechtslehre.* Frankfurt/M. 2000, S. 62 f.
- (5) Schmitt, Carl: *Das gute Recht der deutschen Revolution.* In: *Westdeutscher Beobachter. Amtliches Organ der NSDAP.* 12.3.1933, S. 1. Zit. in: Raphael Gross: *Carl Schmitt und die Juden, a. a. O., S. 64.*

die FeindInnen Israels heute gegen den jüdischen Staat vorbringen und somit implizit die Schutzbehauptung Lügen straft, die Israelkritik, als welche der Antizionismus sich bemäntelt, sei eine Reaktion auf die politische Praxis dieses Staates.

„Alle arabischen Proteste, die gegen die gewaltsame Judaisierung Palästinas gerichtet waren, halfen nichts. Palästina, ein Land mit 500 000 Moslems, 65 000 Christen – und 63 000 Juden erhielt keine Selbstverwaltung, sondern wurde rücksichtslos den Wünschen der Zionisten ausgeliefert“¹⁰ weswegen „sich die Araber gegen die zwangsweise Verjudung des Landes energisch zur Wehr (setzten).“¹¹ Die Zionisten seien also eine „Nation, die sich gerade anschickt, das arabische Volk aus seinem Lande zu vertreiben und mit Hilfe anderer Soldaten niederzuknüppeln!“¹² „(U)nter dem Banner der Freiheit lassen sich die Völker ihre Freiheit aus der Hand reißen. Denn sobald der Jude irgendwo das Übergewicht besitzt, setzt mit notwendiger Konsequenz eine Unterdrückung alles Nichtjüdischen und Antijüdischen ein.“¹³ Durch „abgezwungene wirtschaftliche und politische Vorrechte soll die kleine (jüdische; A.G.) Minorität (in Palästina; A.G.) von vornherein herrschend gemacht werden und Juden aller Länder anlocken, das neue jüdische Zentrum zu besiedeln, nach alter Methode, die eigentlichen, Jahrtausende hier lebenden Bewohner auf ‚legalem‘ Wege auszuwuchern, zu verdrängen und ein rein jüdisches (...) Sammelbecken für eine weit ausgreifende Orientpolitik zu schaffen. (...) Wenn jüdische Politiker

vom zukünftigen Musterstaat Palästina sprechen, so weiß jeder Kenner, daß dies nie eintreten wird. Denn auf *keinem* Gebiet des Wissens, der Kunst, des Lebens ist der Jude *wirklich* schöpferisch gewesen. Sein ‚Staat‘ wird genau so lange dauern, als die Millionen des den Völkern der Welt abgewucherten Geldes ihm künstlich Lebenskraft einpumpen. An dem Tage, wo die Judenfrage im Sinne der jeweiligen von den Hebräern ausgeplünderten Völker gelöst sein wird (dieser Tag ist nicht mehr allzufern), fällt Palästina als Judenstaat in sich zusammen. (...) Zionismus ist, bestenfalls, der ohnmächtige Versuch eines unfähigen Volkes zu produktiver Leistung, meistens ein Mittel für ehrgeizige Spekulanten, sich ein neues Aufmarschgebiet für Weltbewucherung zu schaffen.“¹⁴

Alle antizionistischen Topoi sind in diesem Text bereits versammelt: Von der unberechtigten Landnahme, die einem seit Jahrtausenden in diesem Land lebenden Volk das „Recht auf nationale Selbstbestimmung“ raubt, über den Vorwurf, der jüdische Staat sei ein Instrument des Imperialismus zur Beherrschung und Kolonialisierung des Nahen Ostens, bis zu der Vorstellung, der jüdische Staat sei kein „echter“ Staat und könne das auch nicht sein, was sich in der bis heute beliebten Verwendung der Anführungszeichen niederschlägt, wenn von Israel die Rede ist. Die Argumentation ist also, dass durch einen künstlich geschaffenen Fremdkörper, der von außen in die harmonische arabische Welt „eingepflanzt“ werde, Zersetzung, Ausbeutung und Unterdrückung in den organischen Kollektiven Einzug



Antisemitischer Vandalenakt: Zerstörung der Theodor-Herzl-Gedenktafel in der Nacht vom 20. auf den 21. September 2004 in Wien. Foto: gegennazis.at/f

halte. Der Antizionismus erweist sich damit als so neu nicht und war notwendig schon Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie.

Die im Antizionismus sich manifestierende, eher politisch argumentierende Form wohnt dem Antisemitismus von Anbeginn an inne: Als Mobilisierung der konkreten Gemeinschaft des Volkes gegen die abstrakte Gesellschaft des Rechts; nach der Gründung Israels muss diese sich schließlich geradezu zwangsläufig am jüdischen Staat festmachen. Diesem gilt die altbekannte Projektion: War der Vorwurf den Juden und Jüdinnen gegenüber früher stets

der, ein separater Fremdkörper in ihrer jeweiligen Nation zu sein, so wird nun ihre als Schutzhafen für die weltweit von Antisemitismus Verfolgten und damit als Präventivmaßnahme gegen die Wiederholung des 1945 militärisch gestoppten Vernichtungsprojekts gegründete Nation zum bürgerlich-nationalen Fremdkörper in einer Welt der Völker und Kulturen erklärt.¹⁵

Sowie die Jüdinnen und Juden dem Antisemiten und der Antisemitin das „Gegenvolk“ sind, so gilt Israel als das Gegenbild zu „ordentlicher“ Staatlichkeit: Als „künstliches Gebilde“. In allem, was na-

(6) Carl Schmitt: *Staat, Bewegung, Volk. Die Dreigliederung der politischen Einheit*. Hamburg 1933, S. 46.

(7) Carl Schmitt: *Nationalsozialistisches Rechtsdenken*. In: *Deutsches Recht*, Nr. 4. 1934, S. 225. Zit. in: Raphael Gross: *Carl Schmitt und die Juden*, a. a. O., S. 75.

(8) *Ebd.*, S. 76.

(9) Vgl. Gerhard Scheit: *Bruchstücke einer politischen Ökonomie des Antisemitismus*. In: *Streifzüge* Nr. 1/1997, S. 7.

(10) Alfred Rosenberg: *Der staatsfeindliche Zionismus*. München 1943 (1922), S. 23.

(11) *Ebd.*, S. 43 f.

(12) *Ebd.*, S. 48.

(13) *Ebd.*, S. 77.

(14) *Ebd.*, S. 86; Hervorhebung im Original.

(15) Vgl. Uli Krug: *Europas „neuer“ Antisemitismus. Oder: Die Notwehr der „Opfer der Opfer“ gegen den „jüdischen Rassismus“*. In: *Bahamas* Nr. 44, 2004, S. 24.

tionaler Identität, wo auch immer in der Welt, v.a. aber in Deutschland, Österreich und Palästina, im Wege steht, wittert der antisemitisch-antizionistische Wahn die Juden und ihren „rassistischen Siedlerstaat“ am Werk. Die Ausrottungswünsche, welche europäische AntizionistInnen bislang nur verbrämt aussprechen, und die von den ProtagonistInnen der Intifada und des Jihad bereits in die Tat umgesetzt werden, erscheinen so immer nur als Notwehr, als vielleicht überzogene, aber doch irgendwie verständliche Reaktion auf die permanente Kränkung, welche die Existenz Israels für die völkischen Kollektive darstellt. Noch das schlimmste antisemitische Massaker wird aufgefasst als „irgendwie ja doch gerechtfertigte Selbstverteidigung gegen das Überstülpen der westlichen Kultur und Ökonomie, das gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstößt.“¹⁷

Israel sei der „Brückenkopf“ der imperialistischen Unterdrückung des Nahen Ostens. „Die Errichtung Israels in den späten 40er Jahren war nur möglich mit Hilfe des US-Imperialismus, der sich auf diese Weise einen verlässlichen Handlanger im Nahen Osten geschaffen hat.“¹⁸ Permanent wird von Imperialismus gesprochen und damit nur bekundet, dass die Kritik der politischen Ökonomie völlig unverstanden geblieben ist. Der Imperialismus ist als historisch notwendiges Phänomen der Entstehung und Durchsetzung der kapitalistischen Weltgesellschaft zu analysieren. Er war eine Phase der historischen Bewegung der Transformation vormals nicht-kapitalistischer Weltgegenden in der Verwertung des Werts unterworfenen. Als solche schloss er historisch die Epoche der ursprünglichen Akkumulation – der Verwandlung des naturalen Reichtums

in das Material kapitalistischer Verwertung und des Hineinfolterns der Einzelnen in die Verkehrsformen der warenproduzierenden Gesellschaft – auf internationaler Ebene ab und leitete den Übergang zur kapitalisierten Weltgesellschaft ein, womit er sich zugleich seinen eigenen Untergang bereitete.¹⁹

In Zeiten des global durchgesetzten Weltmarktes existiert der Imperialismus folglich nur noch im antiimperialistischen Weltbild und erweist sich somit als Form des Ressentiments und nicht als Kategorie der kritischen Durchdringung der Wirklichkeit. Dementsprechend wird er auch nur noch aufgefasst als angemessene Herrschaft, die Usurpation und damit ein Fremdkörper im homogenen Kollektiv des Volkes sei, womit gleichzeitig der „guten“, weil „eigenen“ Herrschaft, sprich dem Volksstaat, die Absolution erteilt wird.

Israel als die Gesellschaft, die zwangsläufig im stärksten Gegensatz zu den völkisch verfassten Kollektiven steht, muss als die Projektionsfläche erhalten, an der all diese Ressentiments abreagiert werden,²⁰ an der all das exorziert wird, was die kapitalen Subjekte als Hinderungsgrund für die erstrebte Einheit mit „ihrem“ Staat, auffassen – egal, ob dieser Grund Imperialismus, „natürlicher New Yorker Tropismus der Tel Aviver Eliten“²¹, westliche Arroganz oder neoliberale Globalisierung genannt wird. So heißt es etwa in Artikel 6 der „Erklärung des attac-Ratschlags zu Antisemitismus und zum Nahostkonflikt“: „Der Kampf gegen die neoliberale Globalisierung und der Wille, die Zukunft unserer Welt wieder gemeinsam in die Hände

zu nehmen“, sind mit dem Kampf für den Frieden, für die Menschenrechte und für das politische Selbstbestimmungsrecht der Palästinenserinnen und Palästinenser untrennbar verbunden.“²²

Die Ansicht, Staaten hätten die Umsetzung des „Rechts auf nationale Selbstbestimmung“ in die Wirklichkeit zu sein, folgt der völkischen Vorstellung, Souveränität gründe im Boden des Territoriums, als dessen Anhängsel die als Volk bezeichneten und damit von vornherein entindividualisiert und zwangshomogenisiert gedachten Menschen somit gesetzt sind. Diese Vorstellung hat keinen Begriff davon, dass die politische Einheit eines Volkes kein Erstes, Ursprüngliches und Natürliches ist, sondern sich aus der Installation eines politischen Souveräns herleitet, der in der Lage ist, die Bevölkerung eines Territoriums als Volk, sprich als Material des Staates überhaupt erst zu konstituieren.²³ Das Volk ist der vom Staat zum Ausdruck gebrachte Zwang zur Homogenität und es gibt kein unmittelbares, quasi natürliches Volk ohne Beziehung auf einen Souverän, der die Einheit überhaupt erst dar- und herstellt, die eine Bevölkerung zum Volk macht. Dieses ist somit weit entfernt davon, eine Kategorie der Emanzipation zu sein, es ist vielmehr der Zusammenschluss von zu kapitalen Subjekten konstituierten Individuen zu Staatszwecken.

Solcherart materialistische Kritik liegt der Linken jedoch fern. Lieber fahndet sie besten Wissens und Gewissens, da doch mittlerweile geradezu formelhaft bei jeder Gelegenheit das Existenzrecht Israels anerkannt wird, nach ur-

(16) *Das antizionistische Argument, dass Israel kein echter Staat sei, die Juden also zur Staatsgründung nicht fähig wären, erweist sich als komplementär zu der antisemitischen Vorstellung, die Jüdinnen und Juden seien unfähig zur Arbeit, zu produktiver und schöpferischer Tätigkeit überhaupt.*

(17) Info-Radio Berlin vom 9.10.2002

(18) *Stellungnahme der AGM zu Palästina: Solidarität mit dem palästinensischen Aufstand! Nein zu Antisemitismus!* <http://www.agmarxismus.net/stellungnahmen/palaestina02.htm>

(19) Vgl. Initiative Sozialistisches Forum: *Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten. Über Israel und die links-deutsche Ideologie.* Freiburg i. Br. 2000, S. 65 ff.

(20) *Die Vereinigten Staaten spielen in diesem Zusammenhang eine ähnliche Rolle im psychischen Haushalt der ressentimentgetriebenen Subjekte, was auf den engen Zusammenhang von Antiamerikanismus und Antizionismus verweist.*

(21) Thomas Coutrot: *Israel und das neue Paradigma der Globalisierung.* In: *Sand im Getriebe. Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der attac-Bewegung* Nr. 21, 2003, S. 12.

(22) *Erklärung des attac-Ratschlags zu Antisemitismus und zum Nahostkonflikt* http://www.anis-online.de/pages/_text2/0626_essay14-3.htm#3

(23) Vgl. Initiative Sozialistisches Forum: *Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten, a. a. O., S. 53.*

sprünglichen Kollektiven, die von abstrakten Mächten an ihrer Selbstbestimmung gehindert werden, und in Identifikation mit welchen sie ihre antizivilisatorischen Resentiments ausleben kann. Am stärksten trifft die Identifikation dabei jene Kollektive, die den bewaffneten Kampf gegen diese Mächte, verkörpert im „künstlichen Gebilde Israel“, dem Staat gewordenen Einspruch „gegen das friedliche Zusammenleben der Völker“²⁴, bereits aufgenommen haben, jenen Kampf welchen die europäischen FeindInnen Israels bislang größtenteils nur publizistisch, diplomatisch und finanziell ausfechten.

Nicht die palästinensische Nationalbewegung also, die ihren Anspruch auf einen „organischen Volksstaat“ in Blut- und Boden-Manier aus der Scholle ableitet und diesen im Kampf gegen den „zionistisch-imperialistischen Aggressor“ zu etablieren trachtet, wird also als völkisch kritisiert, sondern die bürgerliche Gesellschaft der Jüdinnen und Juden und ihr Staat sollen die rassistische Anmaßung sein, die den Fremdkörper darstelle und die „organische Einheit“ in Palästina zerstört habe. Dies ist die Grundlage auf der etwa der *ArbeiterInnenstandpunkt* Israel als „Apartheid-Staat“, der das „palästinensische Volk (...) der blutigen Vernichtung“ aussetze²⁵ brandmarkt und so als unterstützende Organisation die ideologische Begleitmusik zu der am 25. September 2004 vom *Austrian Social Forum* veranstalteten Demonstration *Weg mit der Mauer in Palästina!* gegen den als Schutz vor – vom ASF als „Recht der Völker auf umfassenden Widerstand gegen Unterdrückung und Beset-

zung“²⁶ rationalisierten und gerechtfertigten – Selbstmordattentaten errichteten israelischen Sicherheitszaun orchestriert. Dies alles ist Ausdruck dessen, dass der antizionistische Wahn sich in der Herausbildung einer Antisemitischen Internationale manifestiert, die zum Vorgehen gegen den jüdischen Staat sowie in weiterer Folge gegen Jüdinnen und Juden weltweit mobilisiert. So war das *Austrian Social Forum* gemeinsam mit etwa zweihundert weiteren Organisationen aus dem Umfeld der Antiglobalisierungs- und Friedensbewegung im Rahmen der internationalen Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Konferenz *Where Next for the Global Anti-War and Anti-Globalization Movements?* tätig²⁷, welche am Wochenende des 18. und 19. September 2004 in Beirut stattfand, mit dem Ziel der Stärkung der „weltweiten Bewegung gegen Krieg und Besatzung“. Veranstaltet wurde diese Konferenz von der *Hisbollah*, die nicht nur zu Suicide Bombings aufruft, sondern deren Satellitenkanal offene antisemitische Hetze verbreitet und die *Protokolle der Weisen von Zion* erst kürzlich als Fernsehfilm ausstrahlte.²⁸

Die der Kritik der politischen Ökonomie sich verpflichtet fühlende Staatskritik dagegen, welche die Komplizenschaft der globalisierungskritischen Bewegung mit säkularen panarabischen NationalistInnen und islamistischen FaschistInnen als das zu denunzieren hat, was sie ist, resultiert nicht in einer abstrakten Negation, einer antinationalen Äquidistanz zu allen Nationalstaaten, welche die Singularität Israels, seine unauflösbare Verbindung mit der Vernichtung



Aufruf zum Judenmord: Schmierereien an der Theodor-Herzl-Stiege anlässlich der Schändung der Theodor-Herzl-Gedenktafel. Foto: gegennazis.at.tf

des europäischen Judentums, die angesichts der globalen Intifada neue Aktualität gewinnt, verschwinden macht. Materialistische Staatskritik, die ihre Erkenntnisse ernst nimmt, hat vielmehr unbe-

dingte Solidarität mit dem jüdischen Staat, der bewaffneten Emanzipationsgewalt der Jüdinnen und Juden in einer nationalstaatlich verfassten Welt zu einem notwendigen Moment ihrer selbst.

(24) Autonome Nabostgruppe Freiburg. Zit. in: Thomas Haury: *Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus*. In: Léon Poliakov: *Vom Antizionismus zum Antisemitismus*. Freiburg i. Br. 1992, S. 143.

(25) *Stoppt den israelischen Staatsterrorismus! Verteidigt die Intifada!* <http://arbeiterinnenstandpunkt.net/rn20.html>

(26) *Aufruf zum Aktionstag gegen Besatzung und Krieg am 25. September 2004: Weg mit der Mauer in Palästina! Besatzungstruppen raus aus dem Irak!* <http://socialforum.at/sf/antikrieg/20040925/aufrufs25>

(27) *Eine Liste der teilnehmenden Organisationen findet sich unter:* <http://lists.indymedia.org/pipermail/imc-europe/2004-August/0826-0t.html>. Auch auf der offiziellen Seite des European Social Forum unter: <http://esf2004.net/en/tiki-print.php?page=ParallelProjects> wurde für die Konferenz mobilisiert.

(28) Vgl.: Thomas von der Osten-Sacken: *Die Hisbollah ruft und alle kommen. Antiglobalisierungskonferenz in Beirut* [www.juedische.at bzw. http://www.wadinet.de/analyse/iraq/hisbollah.htm](http://www.juedische.at/bzw./http://www.wadinet.de/analyse/iraq/hisbollah.htm)

„Brecht mit Eurem Vater“

Bruch und falsche Versöhnung in der postnazistischen Familie

VON RENATE GÖLLNER*

Es ist eine Hommage an einen der außergewöhnlichsten Nachkommen eines deutschen NS-Verbrechers: Hinter dem realen Vorbild Konrad Sachs, eine der zentralen Figuren in Robert Schindels Roman *Gebürtig*, verbirgt sich niemand anderer als Niklas Frank, Sohn von Hans Frank, Generalgouverneur von Polen, der 1946 bei den Nürnberger Prozessen zum Tode verurteilt worden war. Schindel, der mit Niklas Frank befreundet ist, sagt von ihm, er sei für ihn ein untypisches Beispiel, einer, der im Gegensatz zu den meisten anderen seiner Generation, die Schuld in gewisser Weise auf sich nimmt, obwohl er gar nicht schuld ist, und versucht, sich davon zu befreien.¹ Tatsächlich ist Franks Buch *Der Vater. Eine Abrechnung* (1987), ein singuläres Dokument, die Anklage eines Sohnes gegen einen Vater, unter dessen Leitung Millionen von Juden und Jüdinnen in den Vernichtungslagern ermordet wurden. Eine verzweifelte, zornige, verstörende Schrift, bar jeden Selbstmitleides, die überhaupt nur mit allergrößter Überwindung und Anstrengung gelesen werden kann und die dennoch zur Pflichtlektüre jedes Deutschen und Österreichers gehören sollte. Jean Améry hätte dieses Buch zu schätzen gewusst; Niklas Frank ist schließlich einer der ganz wenigen Söhne eines Naziverbrechers, der es wagte, Amérys Aufforderung „Brecht mit eurem Vater“ öffentlich und in radikaler Weise zu vollziehen.

Niklas Frank, 1939 in Neuhaus am Schliersee (Bayern) geboren, verbrachte seine Kindheit in Krakau; als der Vater ein Jahr nach Kriegsende hingerichtet wird, ist der Bub gerade sieben Jahre alt. „Königliche Kindertage“ waren es, hoch über den Zinnen der Stadt, auf der Burg Wawel, unterbrochen nur von den gelegentlichen Raubzügen der Mutter nach Pelzen und Kleidern durch das Ghetto von Krakau, an denen das Kind im Fond eines schwarzen Mercedes an der Hand des Kindermädchens, bewacht von SS-Soldaten, vorbei an den ausgemergelten Gestalten mit den gelben Sternen, teilnehmen darf. Später dann, nach der Hinrichtung, das Gebetsbüchlein mit der letzten Widmung des Vaters „Möge Dein Leben unter dem ewigen Schutze Gottes stehen! (...) ewig bete ich für Dich, mein Nicki, Dein Vati“. Und schließlich die verklarte Erziehung durch die Mutter, die tüchtig wie sie war, nach dem Krieg im Eigenverlag Hans Franks *Im Angesicht des Galgens* herausgab, ein Machwerk sondergleichen, das der Familie zweihunderttausend Mark einbrachte.

Der Sohn ist längst erwachsen und die Mutter tot, als er das ganze Ausmaß der Verlogenheit, der Heuchelei und des Betruges zu erkennen beginnt; minuziös recherchiert er die Verbrechen seiner Eltern, reist nach Polen, liest die Kriegstagebücher des Vaters und die Akten des Nürnberger Prozesses. „Ich wollte alles über Dich erfah-

ren. Ich war bereit, als Sohn Gnade vor Recht walten zu lassen. Doch je mehr ich über Dich erfuhr, je mehr ich las (...) desto lebendiger wurdest Du mir und desto verhaßter“. Was bleibt ist nichts als blankes Entsetzen, Scham und Ekel vor seiner Herkunft, und – vor sich selbst. Er habe alles in einem „Rauschzustand“ in nur 12 Wochen zu Papier gebracht, sagt er später. In einem imaginären Dialog zieht er den Vater zur Rechenschaft, zornig, bitter und voll Hohn darüber, wofür er sich als Kind missbraucht fühlt und selbst schuldig geworden war; „Ja, Deine Ghet-tos, die boten was. Aber lustiger fand ich den Ausflug in ein Barackenlager mit viel Stacheldraht herum, irgend ein Außenlager von einem KZ (...) damals war es nur ein herzlicher Onkel in Uniform, der einen wilden Esel hatte, auf den wurden, grell tönte mein Lachen, dünne Männer gesetzt von kräftigen deutschen Fäusten, und der Esel hopste und die Männer fielen, und sie konnten sich nur sehr langsam erheben, und sie fanden es nicht so komisch wie ich, sie wurden wieder und wieder draufgesetzt (...) und der Esel bekam einen Schlag auf die Flanke, es war ein wunderschöner Nachmittag, und drinnen gab es beim obersten Soldaten Kakao. Diese Scheißbilder trage ich mit mir rum, Vater (...) jetzt weiß ich (...), daß man Juden, Polen, Gesichter nicht los wird, oder Dich, wie Du in Gemächtehaltung vor mir standst (...)“.

*) Renate Göllner ist freie Autorin und arbeitet an einem Projekt über die Vertreibung jüdischer Schüler von Wiens Mittelschulen.

Um nicht an der eigenen Herkunft irre zu werden und den Verstand zu verlieren, gibt es für Niklas Frank keine andere Möglichkeit, als sich schonungslos mit den Verbrechen des Vaters und auch der Mutter zu konfrontieren und – verzweifelt gegen eine Gesellschaft zu rebellieren, die, kaum war das Morden vorbei, zur Tagesordnung schritt: „Böse Bilder trage ich im Hirn: Daß man nach dem Krieg Millionen Galgen an den Autobahnen aufgestellt hätte, US-Henker Woods wäre langsam in Deinem beschlagnahmten Maybach an Galgen vorbeigefahren und hätte den Falltürriegel gezogen – was für ein gesundes Knacken wäre durch Deutschland hinweggehallt, verursacht von den Genicken all der Richter, Staatsanwälte, Fabrikanten, Block- und Zellenwarte, Denunzianten – keiner von Euch hatte das Recht weiterzuleben.“

Als *Der Vater* Mitte der achtziger Jahre in der Zeitschrift *Stern* als Vorabdruck erscheint, reagiert das Publikum mit Empörung und Abscheu: Entsetzen herrscht über den Nestbeschmutzer, einen, der seine Familie verraten hatte; der deutlich machte, dass die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit vor allem auch in der Intimität der eigenen Familie stattfinden muss, jenem Ort, der den Humus postnazistischer Identität ausmacht; über einen, der es wagte, aus der Volksgemeinschaft auszuscheren, ungeachtet aller Konsequenzen; einen, der dem deutschen Spießier zurief, seht her, meine Herkunft ist nichts besonderes, solche wie ich laufen zu Tausenden in Deutschland herum, mit nur einem Unterschied: Die Verbrechen meiner Eltern sind dokumen-

tiert. „Deshalb bin ich froh, Dein Sohn zu sein. Wie arm sind Millionen anderer Kinder dran, deren Väter das gleiche Geschwätz voll Hinterlist und Feigheit, voll Mordlust und Unmenschlichkeit von sich gaben, aber nicht so prominent waren wie Du. Ich habe es gut, ich kann aus den Archiven Europas und den USA die Fleischfetzen Deines Lebens zusammenklauben, kann sie, unbehelligt vom lügenhaften familiären Geschwätz beäugen. Wie immer ich sie auch mit Skalpell oder Hammer bearbeite, es kommt ein typisch deutsches Monster raus.“

Kaum eine/r verstand, dass Niklas Frank an den Schandtaten seines Vaters beinahe zugrunde gegangen war, verstand den Selbsthass, die panische Angst des Autors, Züge des Vaters in sich zu tragen, kaum ein Linker oder eine Linke, die begriffen, dass es keine adäquate Sprache gibt, um das, was dem Sohn angetan wurde, auszudrücken. Es war ein Leichtes, ihn einen Psychopathen zu zeihen, so ungeschützt und schonungslos hatte er sich der Öffentlichkeit preisgegeben. Doch so wenig das Buch sich auf das formelle Schema des Vätermordes reduzieren lässt, so wenig lässt es sich als Phänomen des Irrationalen abtun: Franks Darstellung ist in Wirklichkeit eine Provokation für die Vernunft. In diesem Sinne lautet eine der ganz wenigen positiven Reaktionen, die nicht zufällig aus Amerika kam: „Die Frank-Veröffentlichung ist in ihrer Einmaligkeit ein wichtiger Beitrag zur Förderung der Menschenrechte.“ Diese Stimme aber gehörte Robert W. Kempner, Chefankläger im Nürnberger Kriegsverbre-

cherprozess: er hatte Jahre zuvor Hans Frank monatelang verhört.

Boom der Väterbücher

Der Vater ist heute freilich längst vergriffen und nur mehr in Bibliotheken zu lesen. Knapp 60 Jahre nach Ende des Krieges gibt es – ähnlich wie in den achtziger Jahren – einen erneuten Boom an „Väterbüchern“. ² Zwei Publikationen seien hier stellvertretend für viele angeführt: Die eine stammt von der Tochter eines Abwehroffiziers, der 1944 wegen Hochverrats von den Nationalsozialisten hingerichtet wurde, die andere von der Großnichte Alois Brunners, also beide Angehörige von zwei unterschiedlichen Generationen.

Pünktlich zu den Feiern des 60. Jahrestags des Attentats vom 20. Juli erschien *Meines Vaters Land. Geschichte einer deutschen Familie*, publiziert von der Fernsehjournalistin und Autorin Wibke Bruhns. Es handelt sich dabei um ein sentimentales, schwülstiges Familienepos, in dessen Mittelpunkt ihr Vater Hans Georg Klamroth (HG), Nationalsozialist der ersten Stunde, steht, der 1944 als Hochverräter gemeinsam mit den anderen Verschwörern des 20. Juli hingerichtet worden war. Zuvor allerdings hatte Klamroth bei der Heeresgruppe Nord, in seiner Eigenschaft als Leiter des Abwehrkommandos beim Überfall auf die Sowjetunion teilgenommen. Um diesen Job, eine „Auszeichnung“, ausführen zu können, hatte er sich freiwillig von Dänemark nach Russland versetzen lassen. Als Offizier ist Klamroth für die Bekämpfung von Partisanen und Partisaninnen

Liebe Claudia Brunner,

Vor etwas mehr als einem Jahr sind wir uns bei der psychoanalytischen Großgruppe* begegnet. Woche für Woche sind wir abends im grünen Haus gesessen, ein halbes Jahr lang, ich an der Seite mit möglichst viel Distanz zum Gruppengeschehen, Du fast immer mittendrin.

Irgendwann hast Du dort erzählt, wer Dein Großonkel ist. Dein Outing löste Tränen bei jenen Teilnehmenden aus, die Nachkommen von Opfern Deines Großonkels sind. Und Aggressionen und Entlastungsversuche bei den Nachkommen der TäterInnen – den „Ariern“, wie Prof. Shaked gern provozierend bemerkte.

Die Kinder und EnkelInnen der Opfer verteidigten Dich gegen die Angriffe der arischen TeilnehmerInnen. Sie nahmen Dich in Schutz. Auch ich hatte das Gefühl das tun zu müssen, hattest Du doch den Eindruck vermittelt, Dich Deinen Verstrickungen zu stellen. Du warst dankbar für jedes bestärkende Wort.

Dann haben wir uns verabredet und sind ein, zwei Mal etwas trinken gegangen. „Ich werde auch etwas zur Großgruppe schreiben“, hast Du mir damals erzählt.

Das ist es also, was Du damals vorhattest zu schreiben. Einen Buchbeitrag. Ein Zeugnis des Status quo Deiner Auseinandersetzung mit dem Verbrecher in Deiner Familie. In der Großgruppe haben wir uns wohl in Dir getauscht.

Viele Worte – über die Wahl Deiner Kleidung, die Höhe Deiner Schuhe und die Farbe Deiner Haare. Gehei-

(1) Vgl. <http://www.inst.at/trans/index>

me Faszination für Alois Brunner. Halbesoterische Anspielungen über vorgeburtliche Erlebnisse in Mauthausen und die Zeitpunkte Deiner Erkrankungen. Da ist Koketterie mit der „Prominenz“ Deines Großonkels. Da ist kaum ein emphatisches Wort über die Opfer, nur kalte Distanz. Ja selbst bei Deiner eigenen Beschreibung der Geschehnisse in der Großgruppe rund um Dein Outing blendest Du die Opfer(nachkommen) aus.

Da ist nichts zu Antisemitismus. Nichts, was mich glauben lässt, Du hättest die Katastrophe (im Rahmen dessen, was möglich ist) begriffen. Da ist Oberflächlichkeit, sanfte pseudokritische Andeutungen, mit denen Du nirgends aneckst. Und Selbstüberschätzung: Botschafterin des „anderen“ Österreichs in Frankreich zur Zeit der Sanktionen, heimliche Angeklagte beim Prozess gegen Alois Brunner und scheinbare Rebellion gegen Deine Familie. Ja, scheinbar.

Du bist Österreich. Und Du bist gar nicht „ein anderes“. Ein Opferdasein. Voll „katholischem“ Versöhnungswillen, ein Entlastungswunsch. Voll Loyalität – gegenüber Deiner Familie, dem, was Du „Heimat“ nennst und gegenüber Deinem Großonkel. Voll rationalisierter Abwehrstrategien. Unfähig radikal zu brechen, Dich wirklich zu stellen. Du übernimmst keine Verantwortung. Und fragst Dich ständig, was Du denn noch alles tun musst, um endlich Ruhe zu finden, Absolution, frei zu werden von der Schuld. So ist Dein Buch auch ein eindrucksvolles Zeugnis deines (gekränkten) Narzissmus.

Du verstehst nicht. Statt angesichts der Sicherheits-



Hans Frank war seit 1923 NSDAP- und SA-Mitglied und von 1939 bis 1945 „Genralgouverneur“ im besetzten Polen. Als solcher war er verantwortlich für die Ermordung hunderttausender PolInnen sowie für die Vernichtung der polnischen Juden und Jüdinnen. Foto: AFS

verantwortlich, bei der sich die Deutschen bekanntlich durch besondere Grausamkeit auszeichneten, Klamroth ist da keine Ausnahme: „Jede unangebrachte Milde“, schrieb er seiner Frau, „jedes falsche Mitleid kann hunderte deutsche Soldaten das Leben kosten, und bei dieser Alternative ist es schon besser, wenn eher mehr als zu wenig von diesen Untieren ins Gras beißen, oder sind es vielleicht doch auch Menschen? Ich will es gar nicht wissen, denn hier gilt nur die Pflicht.“ Und wie reagiert die deutsche Tochter, die dieses Buch im Jahr 2004 schrieb, um zu verstehen, was diese „Generation der Nachgeborenen so beschädigt hat“? „Ich weiß nicht, wie ich mich verhalten soll. Krieg ist keine Schönwetter-Angelegenheit. Es hat die ‚franciseurs‘, die Kämpfer hinter den feindlichen Linien spätestens seit dem Krieg

1870/71 gegeben, die Saboteure, die Sprengkommandos, die Mörder (...) Hier in Rußland ist das eine Kampfgruppe großen Stils, das NKDW jagt die Bevölkerung ganzer Dörfer hinter den feindlichen Linien in die Schlacht. (...) Sie [die Partisanen; Anm d. Verf.] werden mit Fallschirmen abgesetzt, sie sickern auf Schleichwegen hinter die Front, für ihren Kampf gibt es keine Regeln, für ihre Bekämpfung nur eine: den Tod. Sie werden gelenkt, organisiert, verheizt, die meisten sind Spielmaterial, einige sind kostbare Spezialisten. Soll ich mich empören, daß HG sie erschießen läßt? Keine Besatzungsarmee der Welt läßt sie gewähren und im Krieg schon gar nicht“. Nichts aber auch gar nichts läßt die Tochter über den Vater kommen, demonstriert vielmehr, daß sie, ganz gleich was er und auch die Mutter, die Hitler

ebenfalls „angebetet“ hat, getan haben, die Treue hält. Das aber hatte Bruhns schon am Beginn ihres Buches angekündigt: „Wer bin ich denn, heute zu urteilen, wo es darum geht Früheres zu begreifen? Hans Georg und Else haben bezahlt, jeder für sich. Ich habe da keine Rechnungen aufzumachen und muß meinen Hochmut zügeln.“

Wenngleich nichts dafür spricht, dass Klamroth an den Planungen des Attentats vom 20. Juli beteiligt war, so wusste er dennoch Bescheid. Verraten hatte er diese Pläne nicht. Deshalb wurde er als Mitwisser in Plötzensee hingerichtet. Das mag für das damals sechsjährige Mädchen ein traumatisches Erlebnis gewesen sein, doch Bruhns sperrt sich gegen jede differenzierte Reflexion, kann Ambivalenzen nicht zulassen, muss die Negativität des Vaters verleugnen und ihn buchstäblich in den Himmel heben. Und so endet das Buch nicht nur im Kitsch der Vateridealisation, sondern Bruhns verleiht dem Nationalsozialismus zuletzt auch noch einen Sinn: „Doch, ich will hinsehen. Ich will dabei sein, wenn HG stirbt. (...) Ich will ihm sagen, er ist nicht allein, auch nach 60 Jahren nicht. Hier bin ich, die ihn begleitet hat durch sein ganzes Leben, und ich lasse ich ihn nicht los. (...) Ich bin verstört über das, was ich als Deine Gleichgültigkeit verstehen muß, gegenüber dem Schicksal der Juden, der Zwangsarbeiter, der Geisteskranken, der Häftlinge in den KZs, (...) Du bist ein Held in deinem Tod. Dein Leben lag in einer fürchterlichen Zeit. (...) Du hast den Blutzoll bezahlt, den ich nicht mehr entrichten muß. Ich ha-

be von Dir gelernt, wovor ich mich zu hüten habe. Dafür ist ein Vater da, nicht wahr? Ich danke Dir.“

Beredtes Schweigen

Zur dritten Generation der Nachfahren zählen Claudia Brunner und Uwe von Seltmann mit ihrer Schrift *Schweigen die Täter reden die Enkel*. Brunner, die Großnichte Alois Brunners, der als wichtigster Mitarbeiter Adolf Eichmanns an der Vernichtung von tausenden Juden beteiligt war, ist Politikwissenschaftlerin und hat ihre Diplomarbeit über Selbstmordattentäterinnen³ geschrieben. Darin werden jene palästinensischen Frauen, deren einziges Ziel es ist, sich selbst zu opfern um dadurch möglichst viele Jüdinnen und Juden zu ermorden, zu Hoffnungsträgerinnen für „eine qualitative Veränderung und Verbesserung des israelisch-palästinensischen Verhältnisses“ erklärt. Diese „scheint“ nämlich erst dann möglich, „wenn auch die potentiellen Selbstmordattentäterinnen als Menschen mit ihrer Würde und ihren Rechten gesehen werden. Und vielleicht ist es gerade dieser Blick, den die vier Frauen durch ihre gewaltvollen Interventionen im israelisch-palästinensischen Konflikt herausfordern können“.

Ausgerüstet mit einem Magistrititel, der ihr von der Wiener Universität aufgrund dieses ideologischen Ergusses verliehen worden war, schrieb Claudia Brunner wenig später ihren Beitrag über den Großonkel. Darin werden zunächst auf ganzen zehn Seiten dessen Leben und Verbrechen abgehandelt und das in einer Sprache, die mit Attributen wie, „brutalste Menschenjagd“, „schlimmste Miß-

handlungen“, wohl Betroffenheit zum Ausdruck bringen soll, aber in ihrer Phrasenhaftigkeit das genaue Gegenteil bewirkt.

Danach, und das ist das Ärgerliche und Peinliche an diesem Buch, dreht sich alles um die Hauptperson und die ist Claudia Brunner selbst; der Großonkel liefert lediglich die Folie für diese Selbstdarstellung. Da geht es nicht um die Auseinandersetzung mit dessen Verbrechen, sondern einzig um die Großnichte, die ständig von sich redet, und mit ihrer prominenten Herkunft kokettiert. Sie berichtet von ihren Israelreisen, von Seminaren mit Nachkommen der Shoah, sie erzählt von ihren Interviews, von ihrem Besuch bei Simon

Wiesenthal, und ist erstaunt, von dem „freundlichen alten“ Mann keine aktuellen Informationen über den Großonkel zu bekommen; Wiesenthal interessiert einzig dessen Aufenthaltsort. Sie reist nach Paris, um dort an einem Prozess gegen Alois Brunner, der in dessen Abwesenheit geführt wird, teilzunehmen. Aber ganz gleich, was sie auch unternimmt, es geht immer um das gleiche: Claudia Brunner geriert sich als weinerliches Opfer und unternimmt alles, um endlich von ihrer Verwandtschaft erlöst zu werden: Hatte sie schon nach dem Gespräch mit Simon Wiesenthal „eine Zeitlang Ruhe finden“ können, so erhofft sie sich auch von der Teilnahme an dem

kräfte in Mauthausen darüber nachzudenken, warum diese (immer noch) notwendig sind – vor jüdischen Einrichtungen, vor Gedenkstätten und als Personenschutz – fühlst Du dich an „nationalsozialistische Demonstrationen von Männlichkeit“ erinnert. Statt Deinen Studienkollegen Michael nach seiner Familie zu fragen, Dich also mit ihm und seiner Familiengeschichte auseinander zu setzen, fühlst Du dich „irritiert“ angesichts seiner Kippa.

Dein Versuch, die Selbstmordattentate „zu verstehen“, hat Dir den Vorwurf des Antisemitismus eingebracht. Tatsächlich: das Suicide Bombing, welches den Tod von so vielen Juden und Jüdinnen wie möglich zum Ziel hat, ist nicht (anders) zu verstehen. Ist es wirklich so unerklärlich, wie Du Dich („beinah“!) in einen bekannten Neonazi („dieser schöne Jüngling“) verlieben konntest? Ihr habt doch zumindest das gemeinsam: „Verständnis“ für die Judenmörder von heute.

Viele Menschen vor Dir haben genau das getan: sich auseinandergesetzt. Mit Fragen nach dem Umgang mit dem Wissen um die TäterInnenenschaft in der eigenen Familie, mit dem Wissen um die Kontinuitäten nach 1945 und den Konsequenzen daraus für das Heute und Jetzt. Manche haben ihre Auseinandersetzung auch aufgeschrieben. Doch Du hast diese Bücher offenbar nicht gelesen. Da gibt es eine ganze Reihe AnalytikerInnen, die sich damit beschäftigt haben, wie die Vergangenheit weiter lebt, in den Kindern und EnkelInnen der TäterInnen (und Opfer). Doch die hast du offenbar auch nicht gelesen. Oder nicht begriffen.

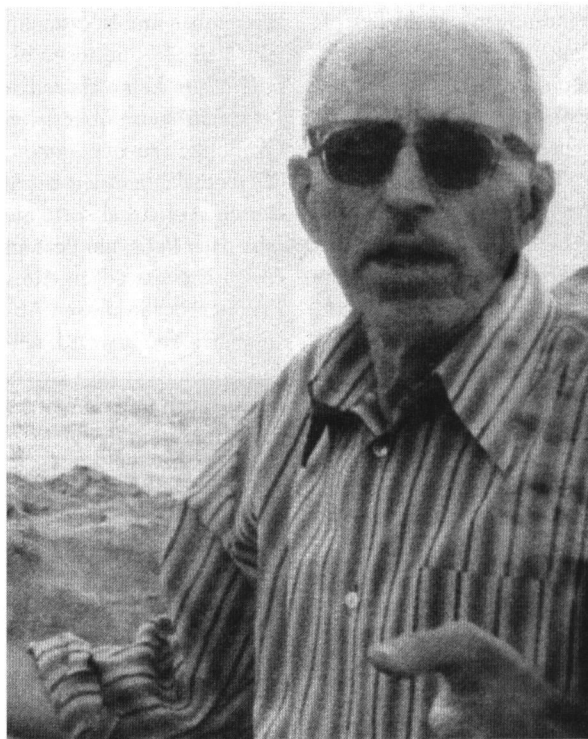
(2) Sabine Bode: *Die vergessene Generation. Die Kriegskinder brechen ihr Schweigen*. Stuttgart 2004; Wibke Bruhns: *Meines Vaters Land. Geschichte einer deutschen Familie*, München 2004; Claudia Brunner/Uwe von Seltmann: *Schweigen die Täter reden die Enkel*, Frankfurt 2004; Matthias Kessler: „Ich muß doch meinen Vater Lieben, oder?“ *Die Lebensgeschichte von Monika Göth, Tochter des KZ-Kommandanten aus „Schindlers Liste“*, Frankfurt 2002. Eine Ausnahme im Reigen der Vatibücher bildet Martin Pollack: *Der Tote im Bunker. Bericht über meinen Vater*, Wien 2004. Es ist eine genaue, historisch informative Recherche, fernab jeder Versöhnung. Bleibt zuletzt noch auf einen Artikel in der Presse vom 11.9.2004 hinzuweisen. Unter dem Titel „Wo von Krieg gesprochen wird, da ist Krieg“ schreibt Marlene Streeruwitz über das Trauma ihres Vaters, der 1942 in Russland verwundet wurde und seinen Arm verloren hatte. Für Streeruwitz ist Krieg gleich Krieg, egal ob es sich um den Vernichtungskrieg der Nazis, den Kosovo-, Irak- oder den Vietnamkrieg handelt. In einem Deutsch, das seinesgleichen sucht, heißt es: „In den Diskussionen zum Vietnamkrieg ergab sich dann erst die Möglichkeit auf Grund eines Zeitgeists, sich aus dieser Einordnung in ein unvermeidliches Gewalttätiges, gegen das immer nur mit Gewalt zu antworten ist, zu entwinden. Ich war das erste der Kinder, das sich mit Hilfe der sich anbahnenden 68er-Stimmung mit dem Vater als Opfer identifizieren konnte und nicht mit dem Soldaten, der seine Pflicht erfüllte.“ Droht jetzt auch von Streeruwitz ein weiteres Vatibuch?

(3) Claudia Brunner: *Auf der Suche nach dem Geschlecht der Selbstmordattentate im israelisch-palästinensischen Konflikt: Female Suicide Bombers-Male Suicide Bombings? Diplomarbeit*, Wien 2002.

Wie viel Selbstüberschätzung hast Du gebraucht, um dieses Buch mit auf den Markt zu bringen? Realistisch betrachtet: eigentlich gar keine. Dein grandioses Selbst erntet genug Anerkennung für diese Verhöhnung. Ja mehr noch, auf Dich wartet eine akademische Laufbahn, sie hat ja schon begonnen. Es ist die Selbstentlastung, die Du für Dich und zugleich für alle anderen betreibst. Du eckst nie an, Du legst Deinen Finger nicht auf offene Wunden. Du bedienst die gewünschte und akzeptierte Oberflächlichkeit im Umgang mit dem Erbe des NS. Die sanften politischen Andeutungen lassen genug Raum für Projektion, sodass sich niemand angegriffen fühlen kann. Und damit machst Du Dir Deinen Namen: jetzt bist Du jemand. Jetzt wandelst Du auf den Spuren Deines Großonkels. Es ist eine ganz normale österreichische Geschichte. Und Du setzt sie fort.

Die von Dir bloß vorgetauschte Auseinandersetzung zeigt sich auch hier: für die Lebensumstände Deines Großonkels in Damaskus und die Gründe für die unterlassene Auslieferung hast Du Dich nicht interessiert. Du wüsstest sonst, dass es von Dir kaum beeinflussbare Gründe für die ausgebliebene Verhaftung Brunners gab. Die Briefe Deiner Familie an ihn und von ihm, die Du erwähnst, wurden abgefangen, Alois Brunners Aufenthaltsort war den Behörden bekannt.

Für Dich selbst hätte es allerdings einen Unterschied gemacht, wenn Du aktiv einen Schritt gesetzt und auf Deine Art dazu beigetragen hättest, Alois Brunner auf die Spur zu kommen. Aus der



Onkel Alois im sonnigen Syrien. Foto: AFS

Prozess in Paris „ein Stückchen Absolution“. Doch diese Verwandtschaft wird sie nicht so einfach los; zu lange teilte sie mit ihrer Familie ein Geheimnis: mehr als 5 Jahre stand der Vater – mit Wissen des österreichischen Staates – in Briefkontakt mit dem NS-Verbrecher. Nimmt man Niklas Franks Buch als kategorischen Imperativ der Entnazifizierung, dann wäre die einzige korrekte Vorgangsweise gewesen, den Aufenthaltsort Brunners – sofern er den Briefpartnern wirklich bekannt war – zumindest Simon Wiesenthal, aber besser dem israelischen Geheimdienst mitzuteilen. Doch so wie Brunner schreibt, kommt ihr so ein Gedanke gar nicht in den Sinn.

Selbstmisstrauen statt falscher Versöhnung

Vergleicht man die Bücher von Bruhns und Brunner, so fällt folgendes auf: während Bruhns, als Vertreterin der Nachfolgegeneration, in die nationalsozialistische Vergangenheit ihrer Familie gänzlich verstrickt ist, jede Kritik an ihren Eltern weitgehend rationalisiert und abwehrt sowie an einer verlogenen Familienidylle festhält, gelingt es Brunner, dank ihrer Distanz zu ihrem Großonkel, zumindest in der mangelnden Auseinandersetzung mit ihrem Vater, d.h. mit dessen Verhältnis zu seinem Onkel und dem Nationalsozialismus, die Ursachen für ihre Schuldgefühle zu erkennen. Doch anstatt sich diesen Konflikten zu stellen,

und die Konsequenzen zu tragen, was insbesondere für Brunner bedeuten würde, sich endlich mit dem Antizionismus und Antisemitismus in der Linken kritisch auseinander zusetzen, entdeckt sie in Seminaren, die von verschiedenen Jugendorganisationen initiiert werden, „erstaunliche Parallelen“ und Gemeinsamkeiten mit den Nachfahren der Opfer. Aber ist diese Suche nach Gemeinsamkeiten angesichts der nationalsozialistischen Verbrechen und einer Gesellschaft, in der sie nie konsequent geahndet wurden, nicht gänzlich unangemessen und absurd? Und wäre es statt dieser, gleichsam verordneten und inszenierten Form der Versöhnung, nicht vielmehr notwendig, an einer prinzipiellen Differenz festzuhalten? Diese Differenz aber besteht in einem anderen gesellschaftlichen Verhältnis zur Verwandtschaft: Während es bei den Opfern und deren Nachkommen durch die Geschichte der Verfolgung und Vernichtung, und der Möglichkeit ihrer Wiederholung gekennzeichnet ist, und so Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft konstituiert, herrscht auf der Seite der Nachkommen der Täter und Täterinnen eine gleichsam „familiäre Nähe zur Unmenschlichkeit“. Jene, die nie in Gefahr gerieten, einzig aufgrund ihrer Herkunft verfolgt und ermordet zu werden, stehen nicht auf einer Stufe mit den vom Antisemitismus Bedrohten. Statt dieser falschen Versöhnung wäre die familiäre Nähe zu den Verbrechen, die unbedingte Distanz und Respekt gegenüber den Opfern und deren Nachfahren gebieten, als „negatives Eigentum“ in Anspruch zu nehmen.

(4) Ausdruck dieser Abwehr ist vor allem die Verachtung des Weiblichen, etwa wenn Niklas Frank abfällig von den "weiblichen" Eigenschaften seines Vaters spricht. Ist es Zufall, dass diese "Abrechnung" mit dem Vater von einem Mann geschrieben wurde? Und wo bleibt das weibliche "Pendant"?

Inszenierte Versöhnungs- oder Trauerarbeit ist immer bestrebt, die Geschichte einzufrieren, zu verfälschen und letztlich die nationalsozialistische Vergangenheit vergessen zu machen. „Nichts ist vernarbt, und was vielleicht 1964 schon im Begriffe stand zu heilen, das bricht als infizierte Wunde wieder auf“, schrieb Améry bereits 1976 und widersprach damit auch jenen Bewältigungsversuchen, die selbst von Opfern und Verfolgten des Nationalsozialismus stammten: „Nicht im Prozeß der Interiorisation, so scheint mir, sind die zwischen ihnen [Améry spricht hier von seinen Quälern; Anm. d. Verf.] und mir liegenden Leichenhaufen abzutragen, sondern im Gegenteil, durch Aktualisierung, schärfer gesagt: durch Austragung des ungelösten Konflikts im Wirkungsfeld der geschichtlichen Praxis.“ Ausgetragen aber könnte er dadurch werden, „daß in einem Lager das Ressentiment bestehen bleibt, und hierdurch geweckt, im anderen das Selbstmißtrauen“.

Niklas Frank aber hält dieses Ressentiment wach, indem er sich radikal selbst misstraut, ein Selbstmißtrauen, das sich stets auch gegen die Eltern richtet. Ein Selbstmißtrauen, das aber nicht soweit reicht, um die eigene Abwehr alles Weiblichen zu reflektieren, bzw. zu begreifen, dass die männliche Identität in derselben Kindheit wurzelt.⁴

Der Vater ist eine Art Menschenfresserbuch, dessen brachialer Ton das übliche Familiengeschwätz anderer Vatibücher radikal durchbricht. Franks Selbstmißtrauen ist nicht bloß dekla-

matorisch, sondern Ausdruck der Anerkennung der Realität, der direkten Beteiligung des Vaters an dem Massenmord, sowie seiner eigenen Verstrickung, der er nicht entkommen kann. Durch die besondere Nähe des Kindes zu den Verbrechen erscheint zwar vieles zugespitzt und ist doch in Wirklichkeit nichts anderes als allgemeines postnazistisches Erbe, ein Erbe, an dem alle Nachkommen der Täter, Mitläufer und Zuschauer (R. Hilberg) teilhaben. Niklas Frank widerlegt mit seinem Buch die Legende der Bewältigung.

Literatur:

Jean Améry: *Jenseits von Schuld und Sühne*, in: Jean Améry Werke Band 2, hrsg. v. Gerhard Scheit, Stuttgart 2002.

Hans und Sophie Becker: *Die Legende von der Bewältigung des Unerträglichen*, in: *Psychosozial*, 11.Jg. Nr. 36, 1988/89.

Wibke Bruhns: *Meines Vaters Land. Geschichte einer deutschen Familie*, München 2004.

Claudia Brunner: *Suicide Bombers-Male Suicide Bombing? Diplomarbeit* Wien 2002.

Claudia Brunner/Uwe von Selmann: *Schweigen die Täter reden die Enkel*, Frankfurt 2004.

Niklas Frank: *Der Vater. Eine Abrechnung*, München 1993.

Christian Schneider/Cordelia Stillke/Bernd Leineweber: *Das Erbe der Napola. Versuch einer Generationengeschichte des Nationalsozialismus*, Hamburg 1996.

scheinbaren Rebellion gegen Deine Familie wäre eine tatsächliche geworden, aus der vorgetäuschten Auseinandersetzung eine echte und dann ein Bruch möglich. Deshalb wird, wenn Du einmal – vielleicht, vielleicht, es ist nicht sehr wahrscheinlich – ein Stück weit begriffen haben wirst, dass Dich die Schatten Deiner Familie, die Schatten der Vergangenheit erst dann aufhören zu verfolgen, wenn Du gelernt hast, Dich ihnen ernsthaft zu stellen, eine wirklich schwere Zeit auf Dich zukommen.

Dein Buchbeitrag wird Dir dann mehr als peinlich sein!

Und bis dahin – schweigen die Täter, reden die Enkel – ist Dein Schweigen angebracht.

HANNAH FRÖHLICH

(*) Eine psychoanalytische Großgruppe besteht aus mindestens 25 TeilnehmerInnen und eignet sich zur Bearbeitung der Biografie vor dem Hintergrund der Geschichte, der Wirkung von Geschichte auf den/ die Einzelne/n. Prof. Shaked war Leiter der psychoanalytischen Großgruppe, die von Jänner bis Juni 2003 kostenlos besucht werden konnte. Vgl. Hannah Fröhlich und Heribert Schiedel: *Die Mühen der Erinnerung. Ein Gruppenexperiment*. In: *Context XXI* 8/2003-1/2004. Hannah Fröhlich, Heribert Schiedel: *Wiederkehr des Verdrängten, verdrängte Wiederkehr. Die Großgruppe als Spiegel der postnationalsozialistischen Gesellschaft*. In: *Zeitschrift Zwischemwelt*, Jg. 21, Nr. 1 Juli 2004.

Context XXI-Radiosendung

Freitag, 12. November 2004

"Einmal muss Schluss sein?!"

Doron Rabinovici liest aus seinem neuen Roman *Ohnehin* (Suhrkamp, 2004).

Mit Musik von Deishovida und not 4 you gestaltet von Mary Kreutzer.

Wien, Orange 94,0: jeden Freitag 13 bis 14 Uhr
Graz, Helsinki 92,6: jeden Montag 10 bis 11 Uhr
Klagenfurt, Agora 105,5 / 106,8 / 100,9: jeden Donnerstag 19 bis 20 Uhr

Doron Rabinovici

Roman Suhrkamp

Ohnehin



Deutsche Geschichtsarbeit

Nicolas Berg macht die deutsche historische Forschung zur Shoah zum Gegenstand seiner historischen Forschung.

VON FABIAN KETTNER*

Manchmal kann die Historiographie die Philosophie einholen. 1962 schrieb Max Horkheimer, dass „das Schuldbekenntnis der Deutschen nach der Niederlage des Nationalsozialismus 1945 (...) ein famoses Verfahren [war], das völkische Gemeinschaftsempfinden in die Nachkriegsperiode hinüberzuretten. Das Wir zu bewahren, war die Hauptsache.“ Die Richtigkeit dieser spekulativen Beobachtung bestätigte vor wenigen Jahren die akribische Faktenordnung in Person von Norbert Frei. Joachim Bruhns Diktum von 1997, es sei die Aufgabe der deutschen Geschichtsschreibung, die Erkenntnis der Shoah abzuwehren, hat Nicolas Berg nun umfangreich und beeindruckend belegt.

Historische Forschung wird hier ihrerseits zu einem Gegenstand historischer Forschung. Berg untersucht, ob und wie deutsche HistorikerInnen die Shoah erforscht und dargestellt haben. Hierfür hat Berg sich nicht nur mit den Publikationen beschäftigt, sondern auch mit Manuskripten, Notizen und Briefwechseln aus Archiven und Nachlässen. Er erbringt den Beweis, dass die deutsche Geschichtswissenschaft es sich seit je zur Aufgabe machte, Erkenntnis über die Judenvernichtung abzuwehren und dass man dieses Bedürfnis noch da aufspüren kann, wo das Gegenteil die offizielle Intention ist.

Berg unterteilt seinen Gegenstand zeitlich in Phasen. In der ersten ging man auf Abwehr: Abwehr der deutschen Verantwortung, der

(breiten) Beteiligung an Verbrechen, des Urteils des Auslandes, eines Zusammenhanges von deutscher Geschichte und NS. Opfer des NS war das deutsche Volk, zu beklagen die Zerstörung der deutschen Kultur. Die Shoah kommt gar nicht erst vor, bestimmt aber die Konstruktion der Historie. Bei Friedrich Meinecke (*Die deutsche Katastrophe*, 1946) findet man „eine hochaggregierte Mischung aus Flucht vor der Realgeschichte und Rettung in sogenannte Ewigkeitswerte“ (S. 79). Komplementär dazu wurde in einer „weitausgreifende[n] Universalisierungsrhetorik“ (S. 54) der NS als Auswuchs der „Moderne“, der „Massengesellschaft“ oder auch des „Menschen an sich“ analysiert. Berg spürt dem Erkenntnisinteresse auch in der Sprache nach: durch die Semantik erscheint der NS als Naturgeschehen, die Deutschen als passiv und ausgeliefert. Spätestens mit Hans Rothfels' *Die deutsche Opposition gegen Hitler* (1949) wusste man, „daß Deutschland nach 1933 ein ‚besetztes Land‘ war“ (S. 160) und deshalb betonte man das so genannte „andere Deutschland“; der 20. Juli 1944 wurde bei Gerhard Ritter zu einem „Aufstandsversuch eines ganzen Volkes“ (S. 121) umgelenkt.

Die zweite Phase wurde von den Vokabeln „Scham & Schuld“ bestimmt. Die Fünfzigerjahre waren das „Erinnerungsjahrzehnt“ (S. 194). Man spürte weiterhin Rechtfertigungsdruck, begann aber zu erkennen, dass Beschäftigung mit der Vergangenheit

nicht ‚Nestbeschmutzung‘ bedeuten muss. In der Abwehrphase galt Schweigen als Zeichen von Erhabenheit für eine Zeit der Bewährung und Prüfung; – in der Phase von Scham & Schuld wurde die Shoah erstmals Thema, allerdings weniger der Forschung, als vielmehr aus Sorge um die junge Generation, um diese zu entlasten (S. 199). Die Auseinandersetzung mit dem NS wurde als deutsche Aufgabe begriffen. Indem es um die Auseinandersetzung mit der Judenvernichtung ging, indem sie Gegenstand einer individuellen wie öffentlichen Reflexion wurde, konnte man der Tat selber ausweichen (S. 211). Thematisiert wurde die Scham, nicht aber der Grund für die Scham (S. 247). Die Versubjektivierung und Verpersönlichung diente dem, der die Erinnerung durchführt, nicht dem, dem die Erinnerung gilt. Entsprechend wohltuend empfand man eine „reinigende Funktion der Zeitgeschichte“ (Paul Kluge, 1955), die der „seelischen, moralischen und politischen Gesundheit unseres Volkes“ nützlich sei (Bodo Scheurig 1962, S. 216). Erinnerung galt als „Form einer Buße von Schuld“ (S. 250), Aufgabe der Erinnerung war Bewältigung und Versöhnung, die Beschäftigung mit der Vergangenheit diente dazu, ebendiese Beschäftigung zum Abschluss zu bringen.

Also war auch die Erinnerung ein Vermeidungsdiskurs. Im einsetzenden Anne-Frank-Kult bemerkte Gerhard Schönberger 1959 ein „brennendes Interesse für Sekun-

*) Fabian Kettner ist Mitglied des Arbeitskreises *Rote Ruhr Uni* in Bochum (www.rote-ruhr-uni.org).

därfragen“, denn wie im Tagebuch wird wie in der Erinnerungsrarbeit „die Judenverfolgung nur indirekt behandelt.“ Denn durch den Zugang über das als Theaterstück erfolgreich aufgeführte Tagebuch bleiben, so Norbert Muhlen 1957, „Nationalsozialismus und Judenverfolgung für die große Mehrzahl jugendlicher Theaterbesucher nur seltsame äußere Umstände zweiten Ranges für die persönliche Tragödie ihrer Helden“ (S. 324).

Hiergegen wandte sich das „Pathos der Sachlichkeit“ des *Instituts für Zeitgeschichte* in München. Mit „einwandfreie[r] sachliche[r] Forschung“ (S. 273) wollte man sowohl dem Vorwurf der „Nestbeschmutzung“ wie ausländischer Verurteilung wehren. Schon 1952 bezeichnete Herman Mau es als „die wichtigste politische Funktion des Instituts, der ausländischen Forschung anstelle von Memoiren und Enthüllungen echte Forschung vom deutschen Standpunkt gegenüberzustellen“ (S. 532). Hans Rothfels bekannte 1964, dass seiner „und vieler anderer Bemühungen (...) gerade dahin [gehen] und wie mir scheint nicht ohne erheblichen Erfolg, die Unterscheidung von Deutschen und Nationalsozialisten zu internationaler Anerkennung zu bringen“ (S. 297). Topoi der Abwehr tauchten wieder auf, allerdings im typisch strukturfunktionalistischen Rahmen. In Hermann Maus und Helmut Krausnicks *Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1933-45* (1953) wurde die Shoah auf zehn (!) Seiten abgehandelt, tritt der NS-Staat als Subjekt auf, unter dessen Vorherrschaft der SS die Verbrechen zum einen im Verborgenen begangen, zum

anderen als Einschüchterungsmittel eingesetzt worden seien. Auch Hans Buchheim (*Das Dritte Reich*, 1958, *Totalitäre Herrschaft*, 1962) und Martin Broszat (*Der Nationalsozialismus*, 1960) betonten die lückenlose Organisation des Zwangs, durch den die Deutschen total beherrscht worden seien. Die eigene Aufgabe sah man in Forschung statt in Vergangenheitsbewältigung. Im Vordergrund sollte die Ursachen nicht die Schuldforschung stehen. Die Analyse der Funktionsweise des NS, seiner „Technik“ (S. 541) geriet allerdings bestmöglich abstrakt, die Bemühung um „sachliche Klärung“ (S. 540), darum, „die immer noch weitgehende Befangenheit im Emotionalen“ (Hermann Mau, 1952; S. 536) und die Fixierung auf das juristische (und d.h. schuldzuweisende) Urteil zu überwinden, tilgte konsequent die TäterInnen. Bei Hans Mommsen gibt es „Strukturen, die aus sich heraus Gewalt produzieren“ (S. 521). Was für Strukturen das sind, woraus und wofür sie bestehen, wer sie wozu schuf und aufrechterhält, wer in ihnen aktiv war, das wurde nicht untersucht. Man restringierte sich selbst auf Fakten-Beschreibung und schöpfte für deren erklärende Verknüpfung aus diffusen kulturskeptischen und -konservativen Vorstellungen von den Auswüchsen der „Moderne“, ihrer Verobjektivierung, Rationalisierung und „Maschinenhaftigkeit“.

Das sieht gesellschaftstheoretisch, gar -kritisch aus und wurde für manche Linke kompatibel. Indem sie Auschwitz als Signum der Moderne darstellen, treffen sich Linke, Liberale und Nationalkonservative. Während die

BAHAMAS

Der Antimperialismus ist ein Meister aus Deutschland: Die Verständnislosigkeit, ja die kaum verhohlene Begeisterung, die insbesondere das sozialdemokratisierte deutschfreundliche Europa dem brachialen Antisemitismus und dem zivilisationsfeindlichen Kollektivismus, wie ihn der Djihadismus propagiert und praktiziert, entgegenbringt, läßt nur einen Schluß zu: Der antiwestliche Krieg spricht ihm aus der Seele. Im Djihadismus findet es alle Ingredienzen des historischen „deutschen Weges“ (Schröder); jene Ingredienzen, die von Beginn an das ausmachen, was deutsch ist: die Installation des Kapitalismus nicht durch sondern gegen das Bürgertum; Konkurrenzfähigkeit ohne Krise, Frieden ohne Freiheit, Gemeinschaft statt Gesellschaft, die Feindseligkeit gegen die Individuation, die Verteidigung der Regression als höhere Kulturstufe; allgemein gesagt: der Affekt gegen das Fremde, Unordentliche, Vermischende, gegen Liberalismus, Tauschbeziehungen, Abstraktheit, Kritik und Aufklärung, und die selbstbezügliche Liebe zum Hergebrachten, Kindlichen, Vorbegrifflichen, zur fraglosen Autorität.

**Die BAHAMAS erscheint 3 bis 4 mal im Jahr.
Sie kostet pro Heft 4 EUR (auch Briefmarken).
Das aktuelle Heft oder Nachbestellungen bei:**

**BAHAMAS, Postfach 62 06 28, 10796 Berlin
Telefon: 030 / 623 69 44
mail@redaktion-bahamas.org
www.redaktion-bahamas.org**

einen damit nur Grauenhaftes über die Moderne aussagen wollen, gehen die anderen mit und ziehen die Konsequenz, die der Möglichkeit bei den einen schon angelegt war: das Deutsche, den NS, in der Moderne verschwinden zu lassen. Bereits mit Rudolf Höß (S. 580ff.) und Albert Speer (S. 588ff.) wurden die Prototypen des kalten, funktionierenden Menschen und des unideologischen Managers aufgebaut. Hans Mommsen schrieb über *Beamtentum im Dritten Reich* (1962) und über Aufgabenkreis und Verantwortlichkeit des Staatssekretärs der Reichskanzlei Dr. Wilhelm Kritzinger (1962) wie Hannah Arendt, Günther Anders und Harry Mulisch über den angeblich „grauen Bürokraten“ Adolf Eichmann: nichts als ein korrekter Beamter, der sich auch jeder anderen Regierung zur Verfü-

gung gestellt hätte. Die Differenz von Arendt zu dieser Exkulpierungsstrategie stellt Berg dankenswerterweise heraus (S. 466-503).

Dem Antipoden des Strukturfunktionalismus, dem Intentionalismus, widmet Berg fast keine Aufmerksamkeit. An diesem ist zu kritisieren, dass er, indem er den Faktor Ideologie auf Hitler & Satrapen verkürzte, durch eine Personalisierung ebenfalls eine Entschuldung betrieb, – gegen die sich der Funktionsstrukturalismus eigentümlicherweise aussprach. Beide Seiten dieser „erkenntnistheoretische[n] Dichotomie“ artikulieren eine „deutsche Perspektive (...) die die gedächtnistheoretische Perspektivenwahl der wissenschaftlichen Erklärungen thematisiert, in der die nationalsozialistische Judenvernichtung eine Deutung erhält, die

weder die Motive der Täter noch die Herkunft der Opfer ins Zentrum der Interpretation rückt“ (S. 529). Laut Berg liegt der Grund für jene theoretischen Prämissen in der Shoah selbst. Er legt nahe, dass sie „nicht dem Nachdenken über den Holocaust, sondern ihm selbst entsprungen sein könnte[n], also nicht seiner Interpretation, sondern seinem Funktionieren“ (S. 569). Man kann davon ausgehen, „daß NS-Täter zwischen 1933 und 1945 eventuell gar nur deshalb so gut funktionierten, weil sie bereits als ‚bewußte Strukturalisten‘ handelten“ (S. 576). Hanno Loewy, Alf Lüdtke, u.a. haben gezeigt, wie TäterInnen sich selber als bewusstlos ausführende Teilchen einer Struktur dargestellt haben; damals, bei der Tat, vor sich selber und ihren Volksgenossen, wie später, auch hier wieder vor sich selber, aber auch vor Familienangehörigen und der Öffentlichkeit. „Unversehens in sein Wirken schuldhaft verstrickt“ (Hans Buchheim: *Totalitäre Herrschaft*. 1962, S. 414) konnte man sich tragisch-heroisch stilisieren. Harald Welzer et al. haben gezeigt, wie bereitwillig diese Selbstdarstellung von den Folgegenerationen aufgenommen und weitergesponnen wurde. Die Historiker zeichneten deutsche Erfahrung auf, mit einer unreflektierten Theorie, die die Entschuldung unter der Hand gleich mitlieferte. Der Erfolg des Funktionalismus „gründete darauf, daß hier Beschreibungsversuche des eigenen Erlebens in die Sprache der Wissenschaft überführt werden konnten, die den Charakter einer Erklärung aufwiesen“ (S. 548).

Die Nähe der Historiker(Innen) jenseits von Offensichtlichem wie Kriegsein-

satz und NSDAP-Mitgliedschaft manifestierte sich zum einen in der Nähe zu den TäterInnen, wobei es im Falle Speers zu einer „regelrechte[n] Zusammenarbeit zwischen dem Führungspersonal des Nationalsozialismus und der Geschichtswissenschaft“ (S. 588) kam. Zum zweiten blieb „die Erforschung der Täter selbst und ihrer Motive (...) über Jahrzehnte hinweg Desiderat“, weil sie nie „von der ‚Angst‘ zu separieren [war], daß hier die Rede von den eigenen Vätern, Brüdern oder Freunden war“ (S. 571). Zum dritten richtete sich die Parteinahme pro „nüchterne Bestandsaufnahme“ contra „vordergründige Kritik“ (Hans Buchheim: *Die Chiffren des ‚Dritten Reichs‘*. 1955, S. 556) gegen die Überlebenden der Opfer, gegen jüdische HistorikerInnen. „Sachlichkeit“ richtete sich gegen „Engagement“, „Zeugenschaft“ und „Pathos“ (S. 317f.). Nicht nur wurden „semantische Strategien“ (S. 111) von Deutschen bestimmt, mit denen festgelegt wurde, wie über ein Thema gesprochen wird, denen Überlebende wie Eugen Kogon sich einfügen mussten. Berg zeigt, v.a. unter besonderer Berücksichtigung Joseph Wulffs (S. 447-463), dass deren Themen „begründungspflichtig“ (S. 192) waren und dass die Beschäftigung mit der Shoah unter deutschen HistorikerInnen sehr lange „als jüdische partikuläre Perspektive, nicht jedoch als wissenschaftliche Aufgabe angesehen wurde“ (S. 291). Auch jemand wie H.G. Adler, der sich in wissenschaftlicher Methodik und theoretischen Grundannahmen mit den StrukturfunktionalistInnen weitgehend einig war (S. 624ff.), wurde misstrauisch marginalisiert.

Jüdische HistorikerInnen sahen sich unter Generalverdacht gestellt. In gewohnter Manier, den Antisemitismus vorab durch angebliches Fehlverhalten der Juden und Jüdinnen zu entschulden, wurde an Juden und Jüdinnen der durchaus freundlich gemeinte und dabei arglos antisemitische Appell gerichtet, „die deutsche Aufarbeitung und das fragile Verhältnis zwischen Deutschen und Juden gefälligst nicht durch irgendwelche Forderungen neu [zu] belasten“ (S. 200). In völkischer Argumentation wurde in Hinblick auf emigrierte WissenschaftlerInnen von einer „langjährige[n] Entfremdung von deutschem Boden“ darauf geschlossen, dass dies „leicht zu verzerrter Sicht der Wirklichkeit“ (Gerhard Ritter 1949, S. 167) führe. HistorikerInnen dekretierten patzig wie Ex-Landser, dass wer nicht dabei war, den Mund zu halten habe, oder, feiner ausgedrückt, dass „wer das nicht am eigenen Leibe erfahren hat, (...) allerdings größte Mühe haben [wird], das Verhalten an sich normaler Menschen unter einem totalitären System zu verstehen“ (Hans Buchheim: *Totalitäre Herrschaft*. 1962, S. 413, ebenso Hermann Mau, S. 541).

Dass „die Deutschen einem suggerieren, daß ihre Erfahrung zu kompliziert ist, als daß irgend jemand anders sie verstehen könnte“, stellte Jane Kramer noch Ende der 1980er fest (*Unter Deutschen*, S. 61). Sie erfinden sich ihre eigene Erkenntnistheorie und Wirklichkeit, deshalb sehen sie sich alleine zuständig für die Erklärung des Dritten Reichs. Zum einen gebe es zweierlei Arten von Wissen. Johannes Kühn unterschied schon 1947 (*Die Wahrheit der Geschichte*) zwischen „Rich-

tigkeitswissen“ vs. „Wahrheitswissen“. Das erste sei oberflächlich, deshalb verächtlich zu vernachlässigen; das zweite das vorzuziehende höhere. Die Wahrheit der deutschen Geschichte aber sei, dass Auschwitz nur ein Phänomen an der „Oberfläche“ sei (S. 59f.).

Zum anderen gebe es auch zwei Arten von Wirklichkeit, denn der NS, so Martin Broszat, habe eine „jenseits der Realität eigene Wirklichkeit“ (S. 549) geschaffen. Es gebe erstens die Wirklichkeit und dann noch „die wirkliche Wirklichkeit des totalitären Systems“ (Hans Buchheim, *Totalitäre Herrschaft*. 1962, S. 417). An der deutschen Geschichtswissenschaft zeigt sich, wie man auf formale Wissenschaftlichkeit oder erkenntnistheoretischen Skeptizismus zurückgreift, wann immer es gilt, Erkenntnis abzuwehren, die einen bedrängt. Um aus nationalhistorischer Sicht falschen Schlüssen vorzubeugen, forderte Martin Broszat das, woran die Philosophie sich jahrhundertlang erfolglos versucht hat: nötig sei ein „Erkennen vor allem Urteil“ (S. 551f.).

Aber dabei bleibt es nicht. Es zeigt sich des Weiteren, wie der Positivismus in Metaphysik zurückschlägt. Wenn es um Abwehr und Vermeidung geht, zeigt sich die Dialektik der Historiographie, dann werden aus den ausdrücklichen SachbearbeiterInnen der Faktenordnung die MetaphysikerInnen, die sie auch vorher schon waren, ohne es zu wissen.

NICOLAS BERG: DER HOLOCAUST UND DIE WESTDEUTSCHEN HISTORIKER. ERFORSCHUNG UND ERINNERUNG. WALLSTEIN, GÖTTINGEN 2003, CA. 760 SEITEN, EURO 49,-

„Es wird das Aussprechen von Erkenntnissen sabotiert...“

Der 11. September und die Linke¹

In Österreich brach die Redaktion der Zeitschrift *Streifzüge* auseinander, in Freiburg hockten plötzlich der *ça ira*-Verlag und dessen Autor Ulrich Enderwitz auf den entgegengesetzten Seiten der Barrikade und selbst die deutsche Zeitschrift *konkret*, die sich mit ihrer Antisemitismus-Kritik Meriten erworben hatte, stieg cum grano salis wieder in die altbackene Liga gegen den US-Imperialismus ab. So erhielt die Dokumentation über einen *konkret*-Kongress von Januar 2002 – Vorwort: Jürgen Elsässer und Hermann Grem-liza – den Titel: *Deutschland führt Krieg. Seit dem 11. September wird zurückgeschossen*: Man witzelte die Anschläge in New York und Washington zu einem zweiten Sender Gleiwitz herunter und stellte den Krieg der USA gegen die Taliban mit dem Nazi-Überfall auf Polen auf eine Stufe.

Das von *konkret* angeführte Lager machte in erster Linie die USA für den Anschlag der al-Qaida verantwortlich, sei es direkt über die Verwicklung von Geheimdiensten oder indirekt durch das vermeintlich von den USA verursachte Elend in der Welt. In der Bush-Administration sah man zudem den eigentlichen geostrategischen 9/11-Profit.

Das andere Lager interpretierte die Anschläge entgegengesetzt: Für sie waren die USA am 11. September das Opfer einer Kriegs-

führung, welche die massenhafte und unterschiedslose Tötung von US-AmerikanerInnen zum Selbstzweck erhebt und somit die Bilder von den suizidalen Massenmorden der Hamas wie auch das antisemitische Programm der Nazis in Erinnerung ruft. Der in Yale lehrende Computerwissenschaftler David Gelernter pointierte diesen Zusammenhang so: „Bin Ladens Terroristen haben versucht, die größte jüdische Stadt in ein Brandopfer zu verwandeln. Ich weiß nicht, ob diese Symbolik intendiert war; aber ich weiß, dass die Deutschen dies der Welt erklären sollten. Die Amerikaner verstehen das nicht: reiner, unmotivierter Hass auf die Juden? Purer Hass aus Prinzip? Deutsche verstehen das sehr wohl“, weshalb sie „den Grund dafür erklären können.“²

Dass die Öffentlichkeit im post-nationalsozialistischen Deutschland dieser Aufforderung Gelernters nicht nachkommen wollte, war zu erwarten. Überraschend war, dass auch das „antideutsche“ Mehrheitslager von jenem „unmotivierten Hass“ nichts wissen wollte, sondern verzweifelt Ausschau nach „rationalen Anteilen“ des Verbrechens hielt.

Betrachten wir zunächst den Fall von Bernhard Schmid, einem regelmäßigen Autor der deutschen Wochenzeitung *Jungle World* und der Zeitschrift *konkret*. Auf folgende Weise phantasierte

sich Schmid in einem nicht-öffentlichen Schreiben in den Kopf von Mohammed Atta hinein: „Mohammed Atta (...) denkt in seinem Cockpit natürlich an das Symbol, das das WTC verkörpert. (...) Daher zielte seine Aktion nicht auf die Auslöschung des konkreten Rollstuhlfahrers im WTC. (...) Dass er den Tod einer großen Zahl von Menschen in Kauf nimmt, ist selbstverständlich zutreffend. Er rechtfertigt das vor seinem inneren Auge wahrscheinlich damit, dass die, WENN sie denn ‚unschuldig‘ seien, ja ohnehin ins Paradies kämen.“ Dieses „WENN“ schrieb Schmid nicht ohne Grund mit Großbuchstaben. Schließlich waren – Originaltext Schmid über die ermordeten Angestellten aus den *Twin Towers* – „MANCHE unter ihnen damit beschäftigt, irgend einem Teil der Menschheit das Leben zur Hölle zu machen.“

Es versteht sich von selbst, dass auch Schmid sich von den Anschlägen beredt distanzierte. Sein offenkundiges Bemühen, den islamfaschistischen Aktionismus mit den Kategorien eines linken Anti-Imperialismus zu versöhnen, illustriert gleichwohl den Verlust an Urteilsvermögen, der seit dem 11. September das Erkennungsmal der Linken geworden ist.

„Für viele Bewohner des Rests der Welt besteht darin sogar so was wie ausgleichende Gerechtigkeit“, fuhr Bernhard Schmid in seiner Nach-

Die Anschläge des 11. September 2001 zerstörten mit dem *World Trade Center* gleichzeitig auch den gemeinsamen Nenner, der das unter dem Label „antideutsche“ firmierende Lager der deutschsprachigen Linken bis dahin noch zusammenhielt.

VON MATTHIAS KÜNTZEL*

*) Matthias Küntzel ist Autor von *Djihad und Judenhass. Über den neuen antijüdischen Krieg* (Ça-ira Verlag Freiburg, 2002) und Teilzeit-Gewerbe-lehrer in Hamburg.

betrachtung des 11. September fort, „weshalb ich den damaligen Beifall in Argentinien und Ägypten emotional nachvollziehen kann – gedanklich MUSS ich ihn verwerfen.“³ Die barbarische Trennung von Gefühl und Verstand, die Schmid sich hier verordnet zu haben scheint, ist Selbstsuggestion: Die Frage ist doch, wie es um einen Verstand bestellt ist, der den „emotionalen Nachvollzug“ von vermeintlichem Jubel über den Anschlag auf das World Trade Center zulassen kann.

Nicht viel besser ist es um die 9/11-Deutung aus der Feder des konkret-Herausgebers Hermann L. Gremliza bestellt: „Nie in der Geschichte ist es das ärmste Opfer, das sich wehrt, nie ist es der Prolet, der Hungernde. Es ist der

empfindsame Sohn aus besserem Haus, der den Anblick des Leids nicht erträgt. Hat sein Mitleid eine Chance, wird er, auch wenn er scheitert, ein Held und heißt Robin Hood oder Che. Dass er eine Chance hat oder zu haben glaubt, lässt ihn fast immer Mittel ergreifen, die bei all ihrer Gewalt von menschlichem Maß bleiben. Wem die Welt sich als nicht resozialisierbar darstellt, der kann nur noch kaputtmachen, was ihn kaputtgemacht hat, er muss rächen, vergelten, und so verspricht Usama Bin Laden in einem Aufruf zum ‚Heiligen Krieg‘ kein besseres Leben für die Seinen sondern nur noch ein schlimmes für die Feinde.“⁴

Schmids Empathie und Gremlizas Erklärung haben mit den Darstellungen derer,

die die Ideologie der Attentäter aus ihren Harburger Zusammenhängen kannten, nichts gemein. So attestierten die Zeugen im Hamburger Prozess gegen ein Mitglied der Harburger Gruppe, Mounir al Motassadeq, ihrem früheren Freund Mohammed Atta ohne Umschweife ein „nationalsozialistisches Weltbild“. Für Atta waren „die Juden“ die Strippenzieher der Medien, der Finanzwelt und der Politik. „Und ‚das Zentrum des Judentums‘, so sah es Atta, war New York. Atta wünschte sich einen Gottesstaat vom Nil bis zum Euphrat, frei von Juden, und sein Befreiungskrieg musste in New York beginnen.“⁵

„Verrückt-anti-imperialistisch“

Warum wollte und warum will die Mehrheitsströmung im „antideutschen“ Lager die Handschrift des September-Verbrechens und dessen antisemitisches Motiv nicht sehen? Dieses Versagen hat in erster Linie mit einer spezifischen Wahrnehmung von Auschwitz zu tun. Es besteht ein Zusammenhang zwischen der jüngsten Weigerung, den islamistischen Antisemitismus als Zentralmotiv des 11. September zur Kenntnis zu nehmen und der bekannten Blockade, den deutschen revolutionären Antisemitismus als die Zentralvoraussetzung für Auschwitz in den Blick zu bekommen.

Diese Verbindung sehe ich z.B. bei Gremliza, der sich noch 1997 darum bemühte, einen „rationalen Anteil“ von Auschwitz ökonomisch herzuleiten: „Die Kritik der politischen Ökonomie trägt zur Erhellung der ‚Vernichtung durch Arbeit‘ und der IG Auschwitz soviel bei, dass ohne ihre Bemühung der rationale Anteil des ‚zentralen Ge-

sehens‘, der ihm notwendig war (aber nicht ausreichend), unverstanden bliebe.“⁶ Ein „rationaler Anteil“ des Holocaust, „der ihm notwendig war“, und der nur unter Einbezug der *Kritik der politischen Ökonomie* zu verstehen sei? Was Gremliza hier ausklammert, ist der Tatbestand, dass allein der massenhaft verankerte und durchaus spezifische antisemitische Wahn die Vernichtung *aller* Juden und Jüdinnen als vorrangig erscheinen ließ. Gremliza spricht vom „Interesse aller Unterdrückten überall, unter sich jemanden zu haben, auf den man spucken kann“; ansonsten aber seien es auch in Deutschland die Mittel „des Terrors und der Propaganda“ gewesen, mit deren Hilfe der Gegensatz der Klassen in einer Volksgemeinschaft scheinbar aufgehoben worden sei.

Wer aber den Einfluss der antisemitischen Ideologie selbst für Auschwitz derart reduziert, wird schwerlich den Wahn und dessen revolutionäres Potential erkennen, das heute im Vorgehen islamistischer Attentäter wirksam wird.

Trotz vermittelt Gremliza seiner LeserInnenschaft, dass die alte ökonomische Rationalität auch noch für den Selbstmord-Attentäter das Nonplusultra sei: „Gerade das ‚Unbegreifliche‘“ der suicidalen Massenmorde der Islamisten, schreibt er im September 2002, „lässt sich doch leichter erklären, als die Talkshowpaffern glauben: Wie sähe es – ganz ohne islamistischen Fanatismus – wohl im Leichenschauhaus von Buxtehude aus, würde für die Lieben jedes jugendlichen Einwohnern, der seinen pubertären Selbstmordphantasien die Tat folgen lässt, 250.000 Euro ausgesetzt?“⁷

- (1) Dieser Text ist die gekürzte Fassung meines Gastbeitrags auf der Konferenz „Gegen die antisemitische Internationale“ am 7. Juni 2003 in Berlin.
- (2) David Gelernter: Warum Amerika? Bin Ladins Hass ist Judenbass. In: FAZ, 27. Oktober 2001.
- (3) So B. Schmid in seinen Briefen vom 27.1.2002 und vom 30.1.2002 an den Verfasser. Semantisch weitaus zurückhaltender verteidigte Schmid diese Position später in dem Artikel „Matthias Kuntzel und der Islamismus. Der ‚Krieg gegen den Terror‘ und das Abdanken linker Politik“, der unter veränderten Überschriften ebenfalls in der Jungle World sowie der Soz erschien. (Vgl. ak 459, 22.2.2002, S. 24f.; Soz 3/März 2002, S. 18 sowie Jungle World Nr. 7/2002, S. 5.)
- (4) H.L. Gremliza: Schöne neue Theorie. In: konkret 11/2001, S. 9. Eine vergleichbar intensive Einfühlung in die Situation der Opfer des 11. September ging den Texten Gremlizas bislang zumindest ab.
- (5) Spiegel 36/2002, S. 117. Siehe hierzu auch den Prozess-Bericht von Christian Eggers: Auf dem Weg ins Nazi-Paradies. In: konkret 03/2003, S. 28f.
- (6) H.L. Gremliza: Fußnote zu Zuwi. In: konkret 10/97, S. 35. „Es ist wahr“, fuhr Gremliza in seiner Anmerkung fort, „dass der Antisemitismus der Deutschen nicht nur keinen Interessengegensatz zu Juden braucht, sondern überhaupt keine Juden. Aber es ist auch wahr, dass es ein Interesse deutscher Mittelständler, Industrieller und Bankiers an der möglichst spurlosen Beseitigung von Menschen gab, deren Geschäft man an sich bringen, nämlich ‚arisieren‘ konnte. (...) Sieht Detlef zum Winkel in seinen Landsleuten vielleicht doch lieber mordbrennende Idioten als raffgierige Schweine?“

Auch bei Thomas Ebermann, Autor für konkret, scheint mir der Zusammenhang zwischen einer Fehleinschätzung des NS und der Fehleinschätzung des Islamismus evident. Das Opfer des Antisemitismus wird nicht nur von der Kugel getroffen, sondern mehr noch von der Absicht, dass es getötet werden soll. Ebermann aber leugnet den kardinalen Unterschied zwischen einer Politik, bei der die zielgerichtete Vernichtung von Menschen um der Vernichtung selbst willen geschieht und einer Politik, die zur Durchsetzung ihrer zu meist verwerflichen Ziele die Tötung beliebiger Zivilisten in Kauf nimmt. Nicht wer auf diesem Unterschied bestehe, habe Recht, schreibt Ebermann: „Wer sich nur gegen die Behauptung wendet, die Tat sei beispiellos, seit dem 11. September sei nichts wie zuvor, und zu diesem Zweck auf Kriege, Putsche, auf Vietnam, Chile oder Jugoslawien verweist, hat recht. Die Taten des Imperialismus zum vergleichsweise kleineren Verbrechen zu machen, heißt stets, die Opfer, die Toten in mehr oder weniger wertvolle einzuteilen.“⁸

Der Vergleichsmaßstab, den Ebermann hier anlegt, ist ausschließlich einer der Quantität. Es geht beim 11. September aber um die spezifische Qualität eines Vorgehens, das die Vernichtung um ihrer selbst willen intendiert. Doch gerade diese Qualität des Massenmords von Manhattan will Ebermann nicht sehen. Warum?

Es gibt, soweit ich es über schaue, nicht allzu viele Texte, in denen Ebermann über den Nationalsozialismus oder über Auschwitz schreibt. Da, wo er es tat, blieb der Antisemitismus als zentrales An-

triebsmoment des Nationalsozialismus außen vor. „Vor allem aber steckte den Deutschen der Untertan in den Gliedern“, formulierte er z.B. 1995 zusammen mit Rainer Trampert in *Die Offenbarung der Propheten*. „Das Abtransportieren der Juden vor aller Augen und die öffentliche Jagd auf Kommunisten riefen selbst bei denen, die keine überzeugten Nazis waren, Erleichterung hervor, nicht zu den Verfolgten zu gehören. Das Gebelfer gegen Außen-seiter gehörte längst zum Alltag von Kindesbeinen an. (...) Ein solches Leben in Unsicherheit erzeugt bei den Untertanen den Wunsch nach Anlehnung an die Mächtigen (...) und den Drang, das von ihnen Verlangte überzuerfüllen.“⁹ Längst aber ist die Einschätzung widerlegt, wonach die Deutschen zur „Übererfüllung“ gerade deshalb neigten, weil sie als potenzielle Opfer der Nazis von Angst und Unsicherheit geprägt gewesen seien.

Der Antisemitismus der islamistischen Attentäter wird von Gremliza und Ebermann nicht ignoriert. Ihr Fehler besteht darin, dass sie ihn als eine ideologische Beigabe betrachten, als eine Größe unter vielen, die sie anderen Faktoren hinzuaddieren. Sie wollen nicht verstehen, dass der revolutionäre Antisemitismus keiner weiteren Motivlage bedarf und seine Wirkungsmacht als mentale Disposition und als unerhellte Handlungsmatrix entfaltet. So wenig ihnen die Zentralität des Antisemitismus für Auschwitz ein Anliegen ist, so wenig wird von ihnen das getan, was David Gelernter beispielsweise tut: Den antisemitischen Impuls als die maßgebliche Voraussetzung des 11. September zu analy-

Dies ist nicht der Widerstand.

Diese Frauen gehören nicht zum sogenannten Widerstand im Irak. Sie tragen keine Waffen, sie sind nicht verumumt und sie entführen keine Ausländer. Sondern sie setzen ein sich für einen friedlichen und demokratischen Irak, in dem alle Bürger, gleich welchen Geschlechts, die gleichen Rechte haben. Deshalb arbeiten sie in einem von den »Mobilen Teams« mit, die im Irak Frauen dort helfen, wo ihnen Hilfe ansonsten nicht angeboten wird: In Dörfern, in denen es keine medizinische Versorgung gibt und in Gegenden, in denen islamistische Organisationen und die Reste der Diktatur den Frauen und Mädchen das Leben zur Hölle gemacht haben. Sie leisten medizinische Hilfe, beraten in rechtlichen und sozialen Fragen und klären über Rechte auf. Das ist ihr Beitrag zur Demokratisierung des Landes.



Die mobilen Frauentteams sind ein Projekt von wadi. Unterstützen Sie das Programm!

Spendenkonto: 07.405.301, BLZ 31800
Evangelische. Kreditgenossenschaft eG

wadi

sieren, die alles Handeln und Denken der Täter bestimmt.

Wie außerordentlich richtig Gelernter mit seiner Einschätzung lag, zeigte sich im November 2002, als der britische *Observer* Usama bin Ladens *Offenen Brief an das amerikanische Volk* veröffentlichte. Warum warf bin Laden in diesem Brief den AmerikanerInnen vor, „die schlimmste Zivilisation zu sein, die die Menschheit je gesehen hat“? Seine Antwort: „Weil ihr die

Nation seid, die, anstatt mithilfe von Allahs Scharia und seinen Gesetzen zu regieren, es vorgezogen hat, sich eigene Gesetze nach eurem Willen und nach euren Bedürfnissen zu schaffen.“ Hieran hätten hauptsächlich Juden (und Jüdinnen) Schuld. In Anlehnung an das antisemitische Machwerk der *Protokolle der Weisen von Zion* erklärte in diesem Brief bin Laden, dass „die Juden in all ihren unterschiedlichen Formen

- (7) H.L. Gremliza: *Deutscher Frieden*. In: konkret, 9/02, S. 9.
- (8) Thomas Ebermann: *Küntzel's 'beispiellose' Tat*. In: Jürgen Elsässer (Hg.): *Deutschland führt Krieg*. Hamburg 2002, S. 193. Bernhard Schmid zeigt, wie sich der von Ebermann gewählte quantitative Ansatz zuspitzen lässt: *Die Anschläge des 11. September seien zwar schlimm gewesen. „Nur: Im Vergleich zu den Kriegszuständen, die in Teilen dieser Welt herrschen, war das (...) beinahe ein laues Lüftchen.“* (a. a. O.)
- (9) Thomas Ebermann/Rainer Trampert: *Die Offenbarung der Propheten. Über die Sanierung des Kapitalismus, die Verwandlung linker Theorie in Esoterik, Bocksgesänge und Zivilgesellschaft*. Hamburg 1995, S. 238.

und Verkleidungen die Macht über eure Medien und eure Ökonomie gewonnen haben und nun alle Aspekte eures Lebens beherrschen. Sie machen euch zu ihren Dienern und sie verfolgen ihre Ziele auf eure Kosten.“¹⁰

Gremliza aber analysierte den bin Laden'schen Antisemitismus im selben Monat wie folgt: „Bin Ladens Judenhass ist, anders als der deutscher Möllemänner, Teil eines Hasses auf die westliche Welt und deren Herrschaft über den Rest. Er ist weit weniger religiös-fundamentalistisch als verrückt-antiimperialistisch. Dass das reichste Land des Nahen Ostens Juden gehört und der Zentralbankchef der USA Greenspan heißt, muss so einen auf dumme Gedanken bringen.“¹¹

Auch so kann man im Jahre 60 nach Auschwitz die Antisemitismus-Analyse verbalhornen: Ein dummer Gedanke, auf den man schon wegen des Namens des Zentralbankchefs kommen muss! So, als wolle sich Gremliza partout in der Tradition jener Linken einreihen, die zwischen 1929 und 1933, statt *Mein Kampf* zur Kenntnis und wörtlich zu nehmen, den Antisemitismus der NS-Bewegung progressiv umzudeuten suchten, wird hier der islamistische Antisemitismus als ein Anti-Imperialismus der dummen Kerls bagatellisiert und die historische Kontinuität des arabischen Antisemitismus, der die Phase arabischer Nazi-Kollaboration fast bruchlos überdauerte, ignoriert.

Der „küntzliche ... Anschluss ans teure Vaterland“

Bis heute haben weder Gremliza noch Ebermann die Kritik an der Unterschätzung des rebellisch-antisemitischen Potentials, die wir 1997 in *Goldhagen und die deutsche Linke* zu entwickeln suchten, öffentlich reflektiert. Stattdessen erleben wir immer neue Versuche, sich mit Fälschungs- oder Verratsvorwürfen hiergegen zu immunisieren.

Schon 1998 hielt Gremliza es für angebracht, unsere im Kontext der Goldhagen-Debatte formulierte Kritik an konkret mit dem Vorwurf des Verrats zu erwidern. Schon damals war dies ausgesprochen lächerlich. Mit dem islamistischen Antisemitismus holt uns die vier Jahre alte Kontroverse heute wieder ein.¹² Und erneut bezichtigte Gremliza den Küntzel, der 13 Jahre als „konkret-Autor“ firmierte, des Verrats: Einige suchten „auf diesem künftlichen Umweg den Anschluss ans teure Vaterland“, insinuierte er im Frühjahr 2002. Die Tatsache, dass der Abdruck eines daraufhin von mir eingereichte Leserbriefs verweigert wurde, macht deutlich, dass hier, wie auch bei dem nun folgenden Auftritt Thomas Ebermanns, nicht Personen geächtet, sondern Erkenntnisse sabotiert werden sollen.¹³ „Etwas“, schreibt Ebermann, muss „in ihm rumort und gebröckelt haben, was nun durchbricht, das Coming-out.“ Fortan würde Küntzel „zwingend notwendige(n) Unsinn“ über den Islamismus schreiben, fährt Ebermann in seinem Artikel, den er mit *Eine Studie am Detail* überschrieb, fort. Denn da Küntzel etwas „ändern“ wolle, nämlich den Tatbestand, „ein einflussloser Autor“ zu sein, müsse er, wohlgerichtet aus

karrieristischen Motiven, „auf richtige, aber aussichtslose Unternehmungen verzichten“, um stattdessen bei der „Dämonisierung des Feindes“ mitzumachen, und somit also „vom Aufklärer zum Propagandamacher zu mutieren“.¹⁴ Fürwahr eine Perle des unfreiwilligen Kabarets!

Das Motiv derartiger Konstrukte verweist jedoch auf ein grundsätzliches Problem, weshalb es an der Zeit ist, Adorno zu Rate zu ziehen, der diesen Typus der Argumentation so analysiert: Hier „wird das Aussprechen von Erkenntnissen sabotiert mit dem Hinweis darauf, sie kämen irgendwelchen Gegnern zugute.“ Adorno fährt fort: „Gefährlich sind nicht Einsichten, die Feinde ausspielen könnten, sondern die blinde Apologie“ – die blinde Verteidigung einer zuvor gefassten Überzeugung – „die das Fragwürdige verstärkt und damit wahrhaft den Feinden recht gibt.“¹⁵

„Die Gefährlichkeit der blinden Apologie“, die schon vor vier Jahren in Gremlizas Umgang mit Goldhagen und die deutsche Linke erkennbar war, hat sich im Kontext des Islamismus erkennbar erhöht. Und gab nicht konkret, als es die Behauptung einer möglichen CIA-Verantwortung für den 11. September mithilfe eines Andreas von Bülow belegen lassen wollte, „wahrhaft den Feinden recht“?¹⁶

Dies aber zeichnet die Gruppe derer, die nach dem 11. September den Anti-Amerikanismus neu entdeckten und die Bedeutung des Antisemitismus als handlungsleitendes Motiv von IslamistInnen unterschätzen, bis heute aus: dass sie das Aussprechen von Erkenntnissen sabotieren und somit das Fragwürdige, anstatt es infrage zu stellen, immer weiter verstärken.

(10) Die vollständige englische Übersetzung dieses Briefes veröffentlichte der Observer am 24. November 2002.

(11) H.L. Gremliza: Pflaster unter dem Strand. In: konkret 11/2002.

(12) Vgl. H.L. Gremliza: Das Falsche im Richtigen. In: konkret 2/1998, sowie die Erwiderung: F. Behn/M. Küntzel: Ropetz. In: konkret 3/1998, S. 26f.

(13) H.L. Gremliza: Eine Zäsur findet nicht statt. In: konkret 3/2002, S. 17. Der nicht veröffentlichte Leserbrief findet sich unter www.matthiaskuentzel.de. Goldhagen und die deutsche Linke, verfasst von Ulrike Becker, Frank Behn, Clara Fall, Matthias Küntzel, Wladimir Schneider, Jürgen Starck, Klaus Thörner und Rolf Woltersdorf, erschien 1997 im Berliner Elefanten Press Verlag.

(14) Thomas Ebermann: Hedonismus statt Kommunismus? Der linke Bellizismus und die Reize des Westens – eine Studie am Detail. In: Deutschland führt Krieg. Seit dem 11. September wird zurückgeschossen. S. 188 und S. 196.

(15) T. W. Adorno: Das Altern der Neuen Musik. In: ders.: Dissonanzen. Göttingen 1956, S. 119.

(16) „Wer waren die Insider?“, Interview mit Andreas von Bülow. In: konkret 12/2001, S. 14ff. Dass Erkenntnis auch anders sabotiert werden kann, stellte Gremliza in konkret 5/2002 unter Beweis. Er schrieb: „Phase II, eine Vierteljahresschrift, gegen die Realität, hat einen Denker aufgetrieben, der so denkt: ‚Dabei ist der Djihadismus heute nur die Speerspitze der regressiven Antwort auf das Kapital. Die Regression hat eine Speerspitze. Wem steckt sie die wo rein? Ein Vorschlag: ihrem Erfinder, Matthias Küntzel, halbhoch, hinten.‘ Das Interview mit der Zeitschrift Phase II findet sich unter www.matthiaskuentzel.de.

Chronologie eines Motivationsproblems

Zum Todestag von Michel Foucault

Genealogie

Juni: Michel Foucault ist seit zwanzig Jahren tot, das wird vielerorts beschrieben, aber **Context XXI** erscheint nicht zum passenden Zeitpunkt und zudem sind die theoretischen Vorlieben der Redaktion nicht gerade zu Gunsten des Theoretikers der Macht verteilt.

August: Ich warte am Westbahnhof und langweile mich. Am Kiosk sind die wenigen Ausgaben der *Jungle World* schon verkauft, *konkret* ist noch zu haben, nicht aus Nostalgie oder Gewohnheit, schon eher wegen des wirklich gelungenen Covers – acht Seiten extra *Foucault und der Islam* – und natürlich wegen der Langeweile kaufe ich was angeboten wird.

September: Ich behaupte in einer Redaktionssitzung einen Text zu Foucault schreiben zu wollen, vielleicht auch mit oder in dessen Terminologie, jedenfalls die – in diesem Rahmen überwiegenden – kritischen Tendenzen zu ergänzen. Auch der Anspruch eines konstruktiven Austausches unterschiedlicher Positionen und Vorlieben ist irgendwo im Raum (natürlich nicht expliziert, Wünsche und Vorhaben bedürfen keiner ständigen Wiederholung, um gegenwärtig zu bleiben).

Ende September: Redaktionsschluss, eigentlich. Der Termin gilt nicht unbedingt für alle, ich konkretisiere mein Vorhaben nicht, die Pläne sind auch denkbar vage, denn

es gibt jedenfalls ein paar gute Gründe Foucault zu lesen:

Da wären mal die absolut zitationswürdigen Sätze, die ihn zudem mit Deleuze/Guattari verbinden und die Vermutung nähren, dass ein Teil der Aggression gegen ihn/sie aus dieser hervorragenden Fähigkeit resultiert: „Solange man nur ad infinitum das immergleiche Anti-Repressionslied singt, bleiben die Dinge unverrückt, und es ist ganz gleich wer den Gesang anstimmt, es hört ihm doch keiner zu.“¹

Allein damit ist schon viel gesagt, oder verdeckt, wie mancher meint, der „nur mit Hilfe komplizierter Operationen“ den „stockaffirmativen Charakter der Foucaultschen Philosophie“ offenlegen kann.² Mir bliebe, an die produktiven Aspekte der Macht zu erinnern und an ihre libidinösen Besetzungen, denn auch Foucault unterscheidet zwischen Herrschaft und Macht. Seine Ablehnung jeglicher Form der Totalisierung findet durchaus eine Entsprechung in Adornos Absage an Hegels absoluten Weltgeist als totale Identität.³ Dem Bedürfnis die Totalität der Gesellschaft zu erfassen, ein Gesetz zu definieren, dessen Bedeutung alle Missstände kapitalistischer Vergesellschaftung in einer Art Schwerpunkt konzentriert und so qua Erkenntnis deren Überwindung ermöglicht, steht der „unbegriffene“ Fetischcharakter der Waren ge-

genüber. Die naheliegende Polemik, warum selbst oder gerade viele Linke dieses verdinglichte Bewusstsein nicht begreifen wollen und einen wesentlichen Schritt zu ihrer Emanzipation tun, könnte ebenso gut auf andere Ansätze übertragen werden. Wieder eine Möglichkeit weniger, einen Text zu Foucault zu schreiben, zudem forderte Foucault im selben Gespräch einen „Augenblick neuer Beweglichkeit und neuer Verschiebung“. Die naheliegende Assoziation hierzu wäre, dass im deutschsprachigen Kontext der Terminus „Bewegungslinke“ nur mühsam seine pejorative Bestimmung verliert, zudem erinnert hierorts die proklamierte Dynamik an Hochphasen des dritten Lagers, rechtsextreme Parteien sind insoweit konservativ, als sie immer wieder an ihre historischen Vorbilder erinnern.

Produktion – Konfrontation

Ich kann mich für den Rezeptionswunsch von Deleuze/Guattari begeistern: die Aneignung einer Verfügung über ihre Bücher möge ähnlich dem Umgang mit Musik auf diversen Tonträgern funktionieren, also nicht im Sinne eines klassischen Dramas, in dem die Aktfolge wichtig ist. Vielleicht verhindert dieser leichtfertige Umgang eine „ernsthafte Beschäftigung“. Diese Ernsthaftigkeit stellt aber eine der herausragendsten Eigenschaften kritischer

VON HEIDE HAMMER

PHASE2
SEPT 04

ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT.

»MEHR GESCHLECHT ALS RECHT«
DISKUSSION DER GESCHLECHTERVERHÄLTNISSE NACH DEM FEMINISMUS

AUSGABE NR 13
enthält u.a.

PHASE 2 Berlin: »Über die Sexualisierung des Antiamerikanismus«
ANDREA TRUMANN: »Das bürgerliche Subjekt und sein Anderes«
Interview mit GEORG SEEBLEN
ANTIDEUTSCHE KOMMUNISTEN: »Zum Begriff der Klasse«
MARKUS BICKEL: »Von Kroatien bis ins Kosovo«
UDO SCHNEIDER: »Hello Gramsci«
JAKOB SCHMIDT: »Ich, das bürgerliche Subjekt«

PHASE2 ERSCHEINT ALLE 3 MONATE UND KOSTET 4 EURO
ABO: 5 AUSGABEN FÜR 18 EURO
---ABO@PHASE-ZWEI.ORG

PHASE 2 - ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT
BORNAISCHE STR. 3D - 04277 LEIPZIG
WWW.PHASE-ZWEI.ORG

Theoriebildung dar, das Ideal der deduktiven Erkenntnis erfordert ein hohes Maß an argumentativer Strenge, wobei mich weder Deduktion noch Exegese über die konkrete Mechanik von Ausbeutung, Geboten und vor allem widerständigem Tun belehren. Foucault fragt immerhin nach der Produktivität der Normalisierung, er versucht den Reiz und die Befriedigung innerhalb eines Normenspektrums zu situieren zu ergründen. Jedenfalls erwähnenswert ist an dieser Stelle die Lust an widerständigen Praktiken und Versuchen. Wenn es kein außerhalb der Macht gibt, keinen privilegierten oder subalternen Punkt, der zu distanzierten Analysen befähigt, keinen „Ort der Großen Weigerung“, ist auch der wesentliche Zusatz Foucaults naheliegend: „Wo es Macht gibt, gibt es Widerstand.“⁴ Die vielfältigen Kräfteverhältnisse, die

etwa im Jargon Althusser's in den Produktionsapparaten, Familien, Institutionen wirken – in ihnen gebildet und modifiziert werden und im selben Schritt auf diese zurückwirken, sich wechselseitig beeinflussend – inkludieren Spannungen und Spaltungen, die den „gesamten Gesellschaftskörper“ durchlaufen. Widerstandspunkte streuen in diesem Netz der Machtbeziehungen und führen in ihren Verkettungen zu Revolten, Ausschreitungen; „große radikale Brüche“ kommen vor, doch kaum aufgrund der Identifikation des schwächsten Gliedes in der Häufung von Machtrelationen oder des archimedischen Punktes der Analyse.

Nicht zuletzt das Scheitern dahingehender Ansätze bedingt die Notwendigkeit einer Veränderung der Perspektive, wobei die Suche nach kapillaren Wirkungen, alltäglichen

Praxen den Versuch eines nicht-totalisierenden Modells beschreibt, das die totalisierenden Funktionsweisen der herrschenden Macht radikal kontrastiert. Foucault konstatiert eine allgemeine Brüchigkeit, benennt die „Wirkung der diskontinuierlichen, partikularen und lokalen Kritiken“ und damit einhergehend die hemmende Wirkung ganzheitlicher Theorien.⁵ Deren Verwendung und Verwendbarkeit, etwa von Marx(ismus) und Psychoanalyse, wird nicht negiert, doch ihre Funktion als Instrumente scheint bereits eine gewisse Brüchigkeit der Diskurse immer schon vorauszusetzen. Kennzeichen dieser (lokalen) Kritik ist eine „autonome, nicht zentralisierte, theoretische Produktion“, die daraus folgend „zur Bestätigung ihrer eigenen Gültigkeit nicht der Billigung eines allgemeinen Normensystems bedarf“.⁶

Gouvernementalität – Kritik

Foucault beschreibt eine „Machtform, die aus Individuen Subjekte macht“, im zweifachen Sinn des Wortes Subjekt: „vermittels Kontrolle und Abhängigkeit jemandem unterworfen sein und durch Bewußtsein und Selbsterkenntnis seiner eigenen Identität verhaftet sein“.⁷ Der Staat, als eine „zugleich individualisierende und totalisierende Form der Macht“ wirkt weniger als ein Verhältnis der direkten Unterdrückung, des Verbots als in der Kumulation und Etatisierung gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Deren Analyse, die traditionelle Gewichtung von Gewalt und Konsens, löst Foucault unter Rückgriff auf die Kategorie des Subjekts im Begriff des Handelns: das Machtverhältnis wird als

Handlungsweise definiert, deren Wirkung auf „mögliche oder wirkliche, künftige oder gegenwärtige Handlungen“ gerichtet ist.⁸ Das Subjekt des Handelns, sein „Möglichkeitsfeld“ konstituiert sich in einem komplexen Spiel, worin „Freiheit“ als Voraussetzung und ständige Provokation der Machtverhältnisse auftritt. In dieser Matrix existiert die Option von Widerstand, Ausweg, Flucht und das Gefüge der Machtdispositive, beide Perspektiven können als Ausgangspunkte der Analyse konkreter Ereignisse fungieren, deren Resultate zu unterschiedlichen Verknüpfungen und Intelligibilitäten führen.

Das Gegenstück zur „Bewegung der Regierbarmachung der Gesellschaft“ fasst Foucault in der „kritischen Haltung“, einer „Tugend“, die eine Kunst des Widerstands darstellt, eine ständige Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit „nicht dermaßen regiert zu werden“.⁹ Im Netz der Beziehungen von Macht, Wahrheit und Subjekt „ist die Kritik die Bewegung, in welcher sich das Subjekt das Recht herausnimmt, die Wahrheit auf ihre Machteffekte hin zu befragen und die Macht auf ihre Wahrheitsdiskurse hin. Dann ist die Kritik die Kunst der freiwilligen Unknechtschaft. In dem Spiel, das man die Politik der Wahrheit nennen könnte, hätte die Kritik die Funktion der Entunterwerfung.“¹⁰

Letztlich scheint – entsprechend meines internalisierten Harmoniebedürfnisses – eine Verbindung von kritischer Theorie und poststrukturalistischen Ansätzen in Foucaults Sprache zu gelingen, die EpigonInnen und ExegetInnen sind weiterhin bemüht.

- (1) *Nein zum König Sex. In: Dispositive der Macht. Michel Foucault über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin 1978, S. 191f.*
- (2) *konkret 8 (2004), S. 36.*
- (3) *Demgegenüber bringt in der Negativen Dialektik die Negation keine unmittelbare Positivität hervor, Nichtidentität ist kein absoluter Gegenbegriff zur Identität. Solche Sätze sind möglich, schließlich befinden wir uns nicht mehr in der Phase der Ablehnung der „Überväter aus Frankfurt“, das war 1968 und eine Geste der antiautoritären Bewegung.*
- (4) *Michel Foucault: Sexualität und Wahrheit. Bd. 1, Der Wille zum Wissen. Frankfurt/Main 1977, S. 115ff.*
- (5) *Historisches Wissen und Kämpfe der Macht. Vorlesung von 7. Januar 1976 am Collège de France. In: Dispositive der Macht, S. 58f.*
- (6) *Längst wissen wir auch, dass die Crux ethischer Argumentationen darin besteht, dass eine Letztbegründung unmöglich ist.*
- (7) *Michel Foucault: Warum ich die Macht untersuche: Die Frage des Subjekts. In: Hubert L. Dreyfus / Paul Rabinow: Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik. Weinheim² 1994, S. 246ff*
- (8) *Wie wird Macht ausgeübt. In: Hubert L. Dreyfus / Paul Rabinow: Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik, S. 254ff.*
- (9) *Michel Foucault: Was ist Kritik. Berlin: Merve 1992, S. 8-12.*
- (10) *Was ist Kritik, S. 15.*

Jenö war mein Freund

Unterrichtsthema: Deutsche Toleranz und Vernichtung

Was erfahren SchülerInnen in deutschen Schulen über die nationalsozialistische Verfolgung und Ermordung der Sinti und Roma und die nach 1945 ungebrochen fortgesetzte Diskriminierung? Welche Klischees, Vorurteile und Stigmata werden nach 1945 tradiert und kolportiert? Wie die Geschichte des Antisemitismus, wird auch die des Antiziganismus in der Schule kaum thematisiert, obwohl beide Ideologien zum Kern- und Mittelpunkt der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zählen. Der Schulbesteller *Jenö war mein Freund* von Wolfdietrich Schnurre, eine Kurzgeschichte aus dem in den Sechzigerjahren erschienenen Band *Als Vaters Bart noch rot war* bleibt nach wie vor die am stärksten verbreitete und häufig einzige Schullektüre zum Thema Sinti und Roma. Das bleibt sie ungeachtet einer kritischen Analyse von 1983.² Als Begründung für die weitere Verwendung dieser Lektüre in der Schule führt Heinz-Jürgen Kliever 2003 an: „Jenö muss als ärgerlicher Text akzeptiert werden und bietet gerade dann die Möglichkeit, an die verscharften Vorurteile heranzukommen“.³

Wird diesem Appell in der gegenwärtigen Schulrealität nachgekommen? Leiten LehrerInnen die Diskussion der Kurzgeschichte mit den SchülerInnen mit der Bemerkung ein, dies sei ein „ärgerlicher Text“? Wird die Interpretation von Schnurres Erzählung zur Offenlegung und Beseitigung „verscharfter Vorurteile“ gegenüber Sinti und Ro-

ma genutzt oder verwenden LehrerInnen *Jenö war mein Freund* nicht vielmehr als Beispiel einer vorbildlichen und hochgelobten deutschen Toleranz gegenüber einer Minderheit, die aufgrund ihrer Lebensweise unhinterfragt weiter als „undeutsch“ gilt?

Welch angeblich „nachhaltige moralpolitische Erziehung“⁴ von LehrerInnen bis heute mit diesem Schulklassiker favorisiert und transportiert wird, soll hier kritisch untersucht werden. Nicht nur romantische wie diskriminierende Vorurteile werden in dieser und in anderen Geschichten weitergegeben. Die nationalsozialistische Verfolgung und Ermordung von bis zu 500.000 Roma und Sinti überdauerten nicht nur subjektive Vorurteile, sondern vor allem antiziganistische Stigmata, die sich sowohl in *Jenö war mein Freund* als auch in den administrativen Strukturen und im Bewusstsein der deutschen Bevölkerung im Nachkriegsdeutschland zeigen.

Als verwahrloster, wie ein „Wiedehopf“ riechender, unzuverlässiger, rauchender, Igel essender Dieb wird der Roma Junge Jenö in Schnurres Geschichte vorgestellt. Warum gerade Jenö zum Freund des sich als Neunjährigen imaginierten Erzählers wird, bleibt nicht unverborgen aber unausgesprochen. In der Vorstellung der „lustigen Lebensweise der Zigeuner“, die sich über alle gesellschaftlichen Verbote scheinbar hinwegsetzen dürfen, begegnet der Autor der Personifizierung seiner heimlichen Wünsche und unterdrückten Triebvorstellun-

gen seiner Kindheit. Unbewußt projiziert er gesellschaftlich historisch geprägte Imaginationen auf das Kind einer diffamierten Minderheit. Gerade nach einem Misserfolg in der Schule bewundert er das Leben des scheinbar von gesellschaftlichen Zwängen und Benimmregeln Befreiten. Was dem deutschen Jungen von der Gesellschaft versagt und verboten wird, sieht er bei dem anderen als Lebensweise. Mein „Freund“ sagt er zu dem, der er gern sein möchte. Denn in ihm regt sich Abwehr gegen den deutschen normierten Alltag. Sie scheint nach Theodor W. Adorno das „Glück der Machtlosen“ zu sein.

Warum der „Zigeunerjunge“ für den Heranwachsenden eine besondere Attraktion ausübt, liegt aber gerade im Repertoire antiziganistischer Stereotypenbildung. „Der Rassismus projiziert auf die (...) ‚andere Rasse‘ (...) eine idealisierte Natur, triebhafte Sexualität und starke Körper, dazu Faulheit, Leistungsunfähigkeit und -unwilligkeit, eine niedrigere Intelligenz und ungehemmte Emotionalität, schließlich Irrationalität und Kriminalität. Im Ersatzobjekt wird die Angst vor dem drohenden Rückfall des disziplinierten und sich selbst disziplinierenden Subjekts in den Naturzustand symbolisiert und bekämpft.“⁵

Diese Einsicht versucht die Gattin Wolfdietrich Schnurres zu romantisieren. In einem Klappentext schreibt Marina Schnurre, ihr Mann erzähle über Sinti und Roma „ohne Beschönigung, aber voller To-

„Und dann haben sie sie eines Tages doch abgeholt: die ganze Bande; auch Jenö war dabei. (...) Ich war nur traurig, daß Jenö jetzt weg war. Denn Jenö war mein Freund.“¹

VON CORDULA BEHRENS-NADDAF*

leranz und kenntnisreicher Nächstenliebe, die eine unsentimentale Wehmut nicht ausschließt; eine Wehmut, die dem Nomadenleben einer Zigeunertruppe am Rande unserer hochtechnisierten Zivilisation innewohnt.“⁶ Historisch hält Schnurres Gattin an den vernationalsozialistischen Vorurteilen fest, als ob sie den Nationalsozialisten nicht zur Begründung der Verfolgung und Ermordung der Sinti und Roma diene.

Antiziganismus: Disziplinierung und Verfolgung

Die Ursprünge der antiziganistischen Ideologie gehen auf die Zeit der Industrialisierung zurück. Die Umwälzung der Gesellschaftsform durch die

*) Cordula Behrens-Naddaf ist Lehrerin für Französisch, Geschichte, Politik und Religion. Zur Zeit arbeitet sie an einer Veröffentlichung über *Kinder und Jugendliche im KZ Bergen-Belsen*, in deren Mittelpunkt die Selbstzeugnisse der Kinder stehen.

veränderte Produktionsweise verursachte gesellschaftliche Antagonismen. Die Aufhebung der Leibeigenschaft und die Entwicklung eines nationalen „freien“ Arbeitsmarktes führte zum „Herumziehen“ von einem großen Bevölkerungsanteil. Darin entdeckten

die Regierenden des sich etablierenden deutschen Nationalstaats eine Gefahr für die politische und soziale Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft. „Indem diese Gefahr auf die Sinti und Roma projiziert wurde, entstand der Eindruck, vermeintliche Ursachen

für ‚Unordnung‘ könnten durch die Ausweisung der (ausländischen) Roma exportiert werden.“⁷ Im Nationalsozialismus wurde das Nomadenhafte mit Kriminalität zu einem imaginierten Kollektivcharakter der Sinti und Roma verbunden, der zur propagandistischen und administrativen Begründung der Verfolgung und Vernichtung von Sinti und Roma avancierte.

Rassistisch motiviert weiteten die NationalsozialistInnen unter den Stigmata Asozialität und Kriminalität die „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ mehr und mehr aus. Auf den so genannten Asozialerlass⁸ folgte mit dem Erlass vom 26. Januar 1938 die *Aktion Arbeitsscheu Reich*, infolge derer mehrere tausend „Arbeitsscheue“ in die Konzentrationslager Sachsenhausen, Buchenwald und Dachau verschwanden. Den Grund seiner Festnahme habe er als 17-Jähriger nicht erfahren, berichtet der Sinto Martin H. Mit über hundert Sinti aus Norddeutschland musste er im Frühjahr 1938 das Lager in Sachsenhausen aufbauen, bevor er 1940 nach Mauthausen deportiert wurde.

Kontinuitäten

Forderungen nach „Wiedergutmachung“ wurden nach 1945 mit den gleichen amtlichen Begründungen abgelehnt, die für die Deportation und Ermordung der Sinti und Roma angeführt wurden. Dies verdeutlichen Richtlinien in der Zeitschrift *Kriminalistik*, die der Kriminalamtman Hans Eller, der im Nationalsozialismus an der Deportation der Sinti und Roma aus Bayern beteiligt war und Mitorganisator der *Landfahrerzentrale* im Jahr 1954 war, verfasste: „Während des Dritten Reiches wurde eine An-

zahl zigeunerischer Personen wegen ihrer teils asozialen, teils kriminellen Lebensweise als polizeiliche Vorbeugungshäftlinge in KZ-Haft genommen. Erst im Jahre 1943 wurde auch die familienweise Einweisung von Zigeunern in KZ-Lager verfügt. Inwieweit und unter welchen Umständen hierbei Zigeuner ihr Leben lassen mußten, kann mangels konkreter Unterlagen nicht festgestellt werden. Soweit jedoch bekannt, wurden auch viele Zigeuner ein Opfer von Seuchen, die (...) zum Teil (...) auf die persönliche und angeborene Unsauberkeit der Betroffenen selbst zurückzuführen ist. Eine rassistische Verfolgung schlechthin muß (...) im Gegensatz zu der Judenverfolgung verneint werden.“⁹

Im Januar 1956 lehnte der Bundesgerichtshof die Ansprüche einer Überlebenden mit der Begründung ab, ihre Deportation sei als eine „Umsiedlungs“-Aktion zu bewerten, „die keine nationalsozialistische Gewaltmaßnahme im Sinne des §1 des Bundesentschädigungsgesetzes darstelle.“ In der Urteilsbegründung hieß es: „Die Zigeuner neigen zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen und zu Betrügereien. Es fehlen ihnen vielfach die sittlichen Antriebe zur Achtung vor fremden Eigentum, weil ihnen wie primitiven Urmenschen ein ungehemmter Okkupationstrieb eigen ist.“¹⁰ Die Diskriminierung und Inhaftierung von Sinti und Roma vor 1943 wurde so bis zum Jahre 1963 nicht als rassistische Verfolgung anerkannt.

Seit der Gründung des deutschen Nationalstaates ersetzt das gesellschaftliche Vorurteil, institutionell fixiert, das individuelle Urteilsvermögen. Es schuf und schafft

- (1) Biermann Heinrich / Schurf Bernd (Hg.): *Deutschbuch 6*. Cornelsen, Berlin 1997, S. 18.
- (2) Vgl. Böhmer Torsten: *Gutachten zur Behandlung der Geschichte und aktuellen Situation von Sinti und Roma im Unterricht der Mittel- und Oberstufe sowie als Gegenstand der Lehrerfortbildung, eine Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Weiterentwicklung*, erschienen im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, Darmstadt 1983. Bereits 1981 legte Torsten Böhmer eine Studie, „Die Sinti und Roma in heutigen Schulbüchern“ vor. Darin stellte er fest: „Als Resultat der Schulbuchbefragung im Fach Geschichte läßt sich festhalten: bis auf wenige Ausnahmen verschweigen Geschichtsbücher die an Sinti und Roma vollführten Massenermordungen ebenso vollständig wie die Vielzahl von Zwangsmaßnahmen, die an ihnen ausgeübt worden sind.“ *Die Gesellschaft weiche noch immer „der Berührung mit dem angerichteten Unheil“ aus. „In der mangelhaften Anerkennung verfolgter und mißhandelter, der Angehörigen beraubter Zigeuner als Geschädigte des Nationalsozialismus vor deutschen Gerichten ist diese auf Verdrängung gestützte Haltung für die Betroffenen praktisch folgenschwer geworden.“ Dokumentation. Evangelischer Pressedienst 26. Oktober 1981.*
- (3) Heinz Jürgen Kliever: „Jenö war mein Freund“ – *Zur Wirkungsgeschichte einer Erzählung von Wolfdietrich Schnurre*. In: Awosusi Anita: *Zigeunerbilder in der Kinder und Jugendliteratur*. Heidelberg 2000, S. 57.
- (4) Adelhoefer Mathias: *Er bleibt dabei: Schnurre zum 75. Erinnerungen und Studien*. Hrsg. von Ilse-Rose Warg, Paderborn 1995, S. 276.
- (5) Haury Thomas: *Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus*. In: Léon Poliakov: *Vom Antizionismus zum Antisemitismus*. Freiburg 1992, S.130.
- (6) Marina Schnurre: *Klappentext zu Wolfdietrich Schnurre: Zigeunerballade*. Gütersloh 1988.
- (7) Katrin Reemtsma: *Sinti und Roma. Geschichte, Kultur, Gegenwart*. München 1996, S. 86.
- (8) Vgl. Wolfgang Ayaß: „Ein Gebot der nationalen Arbeitsdisziplin“. *Die Aktion „Arbeitsscheu Reich“ 1938*. In: Götz Aly u.a.: *Beiträge zur Nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik: 6. Feinderklärung und Prävention. Kriminalbiologie, Zigeunerforschung und Asozialenpolitik*. Berlin 1988, S. 46ff.
- (9) Karola Frings / Frank Sparing: „Regelung der Zigeunerfrage“. In: *konkret* 11/93, S. 27ff.
- (10) Romani Rose: *Bürgerrechte für Sinti und Roma*. Heidelberg 1987, S. 53.

für den Zusammenhalt der Volksgemeinschaft ein gemeinsames Feindbild. Sind bei Straftaten „Zigeuner“ in der Nähe, sind sie wie selbstverständlich die ersten Verdächtigen. Straftaten werden ihnen als Kollektiv angelastet. Sie konnten und können sich dazu meist weder äußern oder verteidigen noch ein rechtmäßiges Urteil erwarten.

Wie dem Roma-Jungen in Schnurres Geschichte haftet dem Sinto oder Rom bis heute von Geburt an das „Zigeunerhafte“ an, das ihn als Mitglied eines Verbrecherkollektivs ausweist und unter dem Nationalsozialismus seine Ermordung begründete. In dieser Tradition muss eine Veröffentlichung des *Kölner-Express* von 2002 gesehen werden. Dort wurden unter der Überschrift „Die Klau-Kids von Köln“ über 50 Polizeifotos von Kindern aus Roma-Flüchtlingsfamilien gezeigt. Ein weiteres Beispiel: Der *Spiegel* führte 1992 die Motivation der Deutschen für das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen auf die angebliche Unhygiene und Kriminalität von Roma-Flüchtlings zurück: „Roma und Sinti, meist aus Rumänien, sind in Deutschland zur Zeit die meistgehassten Ausländer. Wohin sie auch kommen, flackert Antiziganismus auf, klagen Bürger über Diebstähle, Belästigung, Radau, Bettelei, Chaos.“¹¹

Der mit den Stereotypen Nichtsesshaftigkeit, Unhygiene und Kriminalität verbundene von Deutschen halluzinierte Kollektivcharakter der „Zigeuner“ wird SchülerInnen bis heute in der Geschichte *Jenö war mein Freund* vermittelt. Dabei lässt der Autor den deutschen Freund und die LeserInnen diesen Kollektivcharakter heimlich bewundern und die SchülerInnen mit Va-

ter und Sohn sympathisieren, die das unangepasste Verhalten des Roma-Jungen – zumindest zeitweise – tolerieren. Warum der Vater seine Erlaubnis zu einer gesellschaftlich verpönten Beziehung gibt, erscheint auf den ersten Blick in seinem liberalen und autoritären Erziehungsstil begründet. „Versteh mich recht“ sagte er, „ich hab nichts gegen Zigeuner; bloß...“ „Bloß?“ fragte ich. „Die Leute“, sagte Vater und seufzte. Er nagte eine Weile an seinen Schnurrbartenden herum. „Unsinn“ sagte er plötzlich; „schließlich bist du jetzt alt genug um dir deine Bekannten selbst auszusuchen.“¹² Schnurre erzählt ausführlich, was sich die „Leute“ unter dem „Zigeuner“ und „Zigeunerhaften“ vorstellen. Gegenstände verschwinden nach jedem Besuch des „Zigeunerjungen“. „Ich war bestürzt, Vater nicht so sehr“ (...) „Sie haben andere Sitten als wir“ rechtfertigt der Vater ohne nachzufragen, wer der Dieb überhaupt ist. Alles wird vom Vater entschuldigt und geduldet, selbst das, was seinem Sohn nach kindlichem Rechts- und Unrechtsempfinden bedenklich erscheint. Statt den LeserInnen nahezulegen, dem Verdacht nachzugehen, das Verschwinden der Gegenstände zu erklären und den Täter zu ermitteln, um ihn zur Rede zu stellen und zu urteilen, welche Strafe angemessen wäre, geht der Autor wie selbstverständlich davon aus, dass gemäß deutscher Überzeugung allen klar ist: Nur der „Zigeuner“ kann der Dieb sein, denn sein Wesen ist das Stehlen. Schnurre knüpft damit an ein antiziganistisches Hauptstereotyp, das seit der Reichsgründung die polizeiliche Verfolgung und Erfassung der Sinti und Roma wegen angeblicher Kriminalität moti-

vierte. Schon 1899 wurde die *Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens* eingerichtet, deren Aufgabe in „kriminalpolizeilichen Vorbeugungsmaßnahmen“ bestand.¹³ Dass mit dem Erlass vom 14.12.1937 zur „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ gerade Sinti und Roma wegen ihrer angeblichen Asozialität in die Konzentrationslager eingeliefert wurden, konnte der neunjährige deutsche Freund der Kurzgeschichte vielleicht nicht wissen, der aber so nachgiebige Vater hätte es wissen müssen. Doch er schwieg. Der gesamte Kontext der Diskriminierung und Verfolgung der Sinti und Roma während des Nationalsozialismus kommt in der Erzählung nicht vor, die gesellschaftlichen Hintergründe werden vollkommen ausgeblendet, obwohl das Ende keinen Zweifel läßt, daß sich die Deportation nur im Dritten Reich ereignet haben kann.

Die LeserInnen könnten meinen, es handle sich um eine fiktive Geschichte. Doch Wolfdietrich Schnurre betont, *Jenö war mein Freund* sei eine autobiographische Geschichte. Im Rückblick auf die eigene Kindheit und Jugend schreibt er 1968: „Mit elf hatte ich Karlchen Munkacz zum Freund, einen Zigeunerjungen, der einer der besten Meerschweinchen-dresseure war, die es gab. Wir kannten uns vier Monate, da sah ich, wie die SS die bunten Wohnwagen an ihre Lkws hängte.“¹⁴ Der Autor sieht als Kind zu, wie sein

„Freund“ abgeführt wird. Nichts Bedrohliches will er damals erkannt haben. Auch zwanzig Jahre nach der Deportation „seines Freundes“ sinniert Schnurre nicht über das, was passierte, sondern schaut weg, als es darum geht, die Vergangenheit in der Gegenwart zu erkennen. Warum recherchiert Schnurre nach 1945 nicht über die Diskriminierungs- und Verfolgungsgeschichte seines Freundes und dessen Verbleib?

Stigmatisierende Toleranz

„Wie beurteilt ihr das Verhalten des Vaters?“, werden SchülerInnen in einem Lesebuch der 6. Klasse gefragt. Eine Antwort von SchülerInnen könnte lauten: Der Vater ist vorurteilslos oder „duldsam gegenüber anderen Meinungen, großzügig; ein toleranter Mensch.“¹⁵

In Wirklichkeit demonstriert die Geschichte die schreckliche Scheinheiligkeit deutscher Toleranz. Ahnungslos schaut der Protagonist zu, wie sein Freund abgeführt wird. Über dessen Schicksal habe er ja nichts gewusst, erzählt er dem Leser entschuldigend. Galt sein Bedauern dabei dem Spielkameraden „Jenö“ oder eher dem unwiederbringlichen Verlust seiner verbotenen und ungezwungenen Kindheitserlebnisse? Warum griff sein alles tolerierender Vater nicht ein? Ein Blick auf lexikalische Definitionen des Begriffes „Toleranz“ kann weiterhelfen: Während im Englischen „Tolerance“ als „freedom from bi-

(11) *Spiegel* 31.08.1992. Zit. In: Joachim Brubn: *Das Programm zum Pogrom*. In: konkret 10/92, S.11.

(12) *Deutschbuch* 6, a. a. O., S. 15.

(13) Reemtsma 1996.

(14) Wolfdietrich Schnurre: *Tintenfisch*. Zit. aus: Hans Jürgen Klierer: „*Jenö war mein Freund*“, a. a. O., S. 50.

(15) *Der Sprach-Brockhaus*. Wiesbaden 1984, S.697.

gotry or from racial or religious prejudice“¹⁶ gilt, wird der deutsche Begriff „Toleranz“ abgeleitet aus dem lateinischen tolerare nur passiv mit „ertragen“ oder „gewähren“ übersetzt.

Diese Definition lässt erahnen, warum der Protagonist der Geschichte noch nicht einmal auf die Idee kommt, zu fragen, warum sein „Freund“ abgeführt wird oder seinen toleranten Vater auffordert, die Deportation zu verhindern.

Die Wiederholung von Stigmata bedeutet nach der deutschen Gewohnheit ‚Nichts-Machen-zu-Können‘, keinen Einspruch zu erheben oder Widerstand zu leisten. Duldung und gewähren lassen beinhaltet nach dem common sense der deutschen Bevölkerung Toleranz. Eine Toleranz, die bewußt übersieht, wie den ohnehin Stigmatisierten selbst die Grundlebensbedingungen von der Gesellschaft verweigert werden, zielt auf nichts anderes als Toleranz vor sich herzutragen und zur Entschuldigung des eigenen Verhaltens heranzuziehen. Die Beschränktheit solch einer deutschen Toleranz offenbart folgende Aussage des Bürgermeisters der Kleinstadt Lebach in Bayern von Anfang der Neunzigerjahre: „Die Lebacher Bevölkerung hat in den über 30 Jahren seit Bestehen der Landesaufnahmestelle Verständnis, Aufnahmebereitschaft und Fremdenfreundlichkeit bewiesen.

Insbesondere das asoziale, unzivilisierte und kriminelle Verhalten einer auf weit über 1000 Personen angewachsenen Gruppe von Zigeunern rumänischer Herkunft hat dazu geführt, daß die Geduld der Lebacher Bevölkerung derzeit permanent überstrapaziert wird. Als gewählte Vertreter dieser Lebacher Bevölkerung sind wir nicht bereit, solche Mißstände länger hinzunehmen.“¹⁷

Beinhaltet Toleranz somit nach deutscher Auffassung, auch den Mord an einem Freund billigend in Kauf zu nehmen? Rühren den Erzähler nicht eher verlorene Kindheitserlebnisse als die Deportation und der Verlust seines „Freundes“ Jenö? In der *Dialektik der Aufklärung* heißt es: „Man darf dem verpönten Trieb frönen, wenn außer Zweifel steht, daß es der Ausrottung dient.“¹⁸ Dieser Satz gibt den Schlüssel für die Interpretation von *Jenö war mein Freund* und die Projektionen auf Sinti und Roma, die die Erzählung von Schnurre durchziehen. Das vermeintlich Naturhafte und Zügellose, das nomadenhafte Umherziehen, das Aneignen fremden Eigentums ohne Arbeit, das Rauchen von Tabak u. a. sind Triebe und Wünsche, die jedes Kind faszinieren. Als in der deutschen Erzählung „verpönt“ muss Schnurre das Ausleben dieser Triebe und Wünsche auf den Roma-Jungen, Jenö, projizieren. Der kindliche Ich-Er-

zähler kann sich ein solches Ausleben selber nicht zugehen, ihm bleibt nur, es zeitweise am Anderen, dem „Zigeuner“ zu bewundern und einen schüchternen Einblick in dessen geheimnisvolle verurufene Welt zu nehmen. Letztlich muss sich ein jede/r deutsche Staatsbürger/in jedoch disziplinieren und verbotene Triebe und Wünsche unwiderruflich unterdrücken. Nachdem sie zuvor abgespalten und projiziert wurden, verschwinden sie in Schnurre Kurzgeschichte gänzlich aus dem Leben des Ich-Erzählers. Ein Protest gegen diese Triebunterdrückung erfolgt ebenso wenig wie Widerstand gegen den Abtransport des „Freundes“. Er verschwindet einfach aus dem Leben. Das von Schnurre beschriebene „tolerante Verhalten“ des deutschen Erzählers, das die Deportation des Roma-Jungen widerspruchslos akzeptiert, kann auf deutsche SchülerInnen nur eine fatale, entpolitisierende Wirkung haben.

In Schnurre Geschichte wird schließlich das Rechtsbewusstsein in Toleranz verkehrt. Statt dem Dieb das Recht auf Strafe zuzugestehen, bleibt nur der Verdacht, das Gerücht, das offene Geheimnis.

Am Ende benennt der Schriftsteller, was er schon vorher über seinen Freund wußte: „Und dann haben sie sie doch abgeholt: die ganze Bande.“ In der Bezeichnung „Bande“ liegt das Verständnis des Autors. Jenö ist nicht als eine eigenständige Person zu betrachten, sondern als Mitglied einer kriminellen Vereinigung bzw. laut *Brockhaus* als Teil einer „Gruppe von Verbrechern“.¹⁹ Mit dieser Wortwahl zählt Schnurre auch im Nachhinein „den Freund“ Jenö explizit zu den

„Verbrechern“. Die unreflektierte Vorverurteilung, nach der Roma und Sinti so sind wie vom Autor beschrieben, wird von SchülerInnen bei der Lektüre bewusst oder unbewusst übernommen. Damit bleiben sowohl die zum rassistischen Stigma neigende Gesinnung der Nachkriegsbevölkerung als auch die bis in die Achtzigerjahre bestehenden antiziganistischen administrativen Strukturen der Polizei wie der Gerichte unhinterfragt. Dass „hinter der angeblichen Toleranz sich bereits die Art Gesetzgebung vorbereitet, die nicht mehr erwiesene Verbrechen bestraft, sondern alle die irgendeiner Theorie zufolge ‚rassisch‘ vorbelastet sind, ausrottet“, erkannte treffend Hannah Arendt.²⁰

Die Geschichte von Wolf Dietrich Schnurre reproduziert alle pathischen Projektionen des sich von seinen Kindheitsbedürfnissen geläuterten Deutschen. Die Klischees über „asoziale und kriminelle Zigeuner“, mit denen die Deutschen im Nationalsozialismus den gesellschaftlich begangenen Massenmord begründeten, werden in Schnurre Geschichte nicht in Frage gestellt, sondern unter dem Mantel angeblicher Toleranz tradiert und manifestiert. „Ist Jenö ein Dieb, ein Tagedieb, ein nutzloses Glied seiner Gesellschaft? Ist er faul, dumm unbegabt? Hat er nichts gelernt, kann er nichts?“ sind die entsprechenden Fragen eines Schulwerkes noch von 1971!

Folgerichtig wird zum Schluss die Frage gestellt, ob „die Geschichte eine Lösung“ beinhaltet oder „der Schluß offen“ bleibt und „was die ‚Lösung‘, das Erzählziel“ ist! Toleranz oder das „Programm zum Pogrom“?

(16) Funk & Wagnallis Standard College Dictionary. Library of Congress Catalog Card No.63-17360, Funk & Wagnalls Company 1963, S. 1408.

(17) Zit. nach Reemtsma 1996, S. 168.

(18) Theodor W. Adorno / Max Horkheimer: *Dialektik der Aufklärung*. Frankfurt am Main 1969, S.165.

(19) Vgl. dazu: *Der Sprach-Brockhaus* 1994, S.83.

(20) Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. München 1986, S. 157.

Durch Pulverfass und Kugelregen

Die Geburt der deutschen Filmindustrie aus dem Geist des Ersten Weltkriegs

Die frühe Geschichte des Mediums Film in Deutschland während des folgenreichsten Ereignisses seit seiner Entstehung, also während des Ersten Weltkriegs, umfassend aufzuarbeiten und darzustellen ist mehr als nur Programm in *Vom Augusterlebnis zur UFA-Gründung. Der deutsche Film im Ersten Weltkrieg* von Wolfgang Mühl-Benninghaus, Filmwissenschaftler an der Humboldt-Universität in Berlin. Er schreibt damit die Entstehungsgeschichte der deutschen Filmindustrie im politischen, ideologischen, kulturellen und wirtschaftlichen Kontext neu.

Schon vor 1914 hatte sich der Film einen Platz in der Unterhaltungskultur der großen Städte wie auch der Provinz erobert. Das Kino als Vergnügungsstätte reihte sich zunächst ein neben Schaubuden und Bretterbühnen, neben Zirkuszelten und Kuriositätenkabinetten. Es war Teil einer Populärkultur, die den Verfechtern der bürgerlichen Ordnung und ihrer Bildungs-ideale ein Dorn im Auge war. Im ersten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts entstand zwar mit der Gründung von aufwändig eingerichteten „Filmpalästen“ auch ein bürgerliches Kinopublikum, die Vorurteile gegen das Medium Film auf Seiten der „Wortintelligenz“, wie Mühl-Benninghaus die tendenziell kulturkonservativen deutschen Intellektuellen nennt, waren

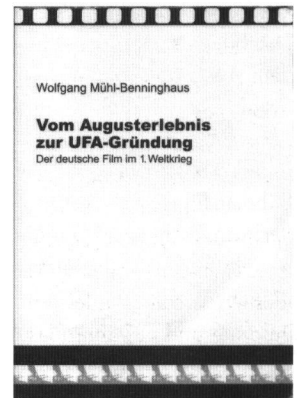
allerdings bis 1914 keineswegs ausgeräumt. Diese trafen sich in dem Bemühen, die Produktion und Verbreitung von als „Schmutz und Schund“ bezeichneten Filmen durch Zensur, Jugendverbote oder der Forderung nach Konzessionen und „Bedarfsprüfungen“ zu kontrollieren und einzuschränken mit der autoritären Verwaltung des Deutschen Kaiserreichs. Auch die sogenannten „Kinoreformer“ waren in der Tradition der Volksaufklärung des 19. Jahrhunderts nur daran interessiert, die als Gefahr verstandene „seichte Unterhaltung“ durch pädagogisch wertvolles Filmmaterial zu ersetzen.

Mühl-Benninghaus konstatiert nun – das ist die zentrale These seiner Arbeit – im Verlauf des Ersten Weltkriegs, und zwar in den Jahren 1916/17, einen Paradigmenwechsel in der Bewertung des Films als Massenmedium, der für die Entwicklung der deutschen Filmproduktion in der zweiten Kriegshälfte und in den darauffolgenden Jahrzehnten von entscheidender Bedeutung war: Sowohl die deutsche Industrie als auch die *Oberste Heeresleitung* erkannten die Massenwirksamkeit des Films und versuchten, sie für ihre Werbe- und Propagandazwecke zu nutzen. Dies führte im Jänner 1917 zur Gründung des *Bild- und Film-Amts* (BuFA), das der militärischen Stelle des *Auswärtigen Amtes* und damit der *Obersten Heeresleitung* un-

tergeordnet war. Die BuFA sollte den Vertrieb von deutschen Kriegspropagandafilmen und anderen für geeignet befundenen Spiel- und Dokumentarfilmen im neutralen Ausland ebenso wie im Inland und in den Frontkinos sicherstellen und darüber hinaus sämtliches propagandistisch nutzbares Bildmaterial beschaffen und verwerten. Die Interessen des deutschen Staates wie auch der Schwerindustrie an einem quantitativen und qualitativen Ausbau der Filmproduktion, die nun als „überragendes Aufklärungs- und Beeinflussungsmittel“ (S. 276) galt, wurden schließlich in der Gründung der *Universum-Film AG* (Ufa) im Dezember 1917 gebündelt und zentralisiert. Da nur in Kombination mit Spielfilmen die gewünschte Massenwirksamkeit von Propaganda- oder Werbefilmen sichergestellt werden konnte, kamen die Förderungen von Staat und Industrie auch der deutschen Spielfilmproduktion zugute.

Mit Beginn des Ersten Weltkriegs erlebte die Filmbranche bereits eine plötzliche und tiefgreifende strukturelle Veränderung. Die furiose, national-chauvinistische Kriegsbegeisterung des August 1914 machte auch vor den Kinobetreibern nicht halt. Aus eigener Überzeugung oder auch nur aus Furcht vor wütenden Protesten der Kundschaft einerseits, vor Zensureingriffen andererseits,

VON EVA KRIVANEC



wurden Filme aus dem „feindlichen Ausland“, die bis dato einen Großteil der gezeigten Filme ausmachten, aus den Programmen genommen. „Bis zum Ausbruch des Kriegs waren der Film wie auch die Schallplatte und die Unterhaltungsliteratur ein internationales Medium, für dessen Import in allen Ländern die jeweils üblichen Zölle erhoben wurden.“ (S. 24) Der Boykott von Filmen aus dem Ausland, vor allem aus Frankreich, ähnlich wie die Absetzung sämtlicher französischer Theaterstücke auf den Bühnen, führte zum Abbruch der Austausch- und Handelsbeziehungen in der Filmbranche und zu einer Nationalisierung des Mediums.

Mit dem Krieg und dem damit einhergehenden gesteigerten Informationsbedürfnis der Bevölkerung erlangte der Film zusätzliche Attraktivität durch die Fähigkeit des Mediums, authentische Bilder

zeigen zu können. „Mit den Worten ‚das Theater hat seine Magie verloren. Wir wollen nicht den Traum, wir wollen Wirklichkeit‘, beschrieb der *Kinematograph* im Oktober 1914 die aktuelle Stimmung der Kinobesucher.“ (S. 27) Das Publikumsinteresse an Bildern von den Kriegsschauplätzen konnte jedoch kaum befriedigt werden. Dies nicht nur aufgrund von militärischen Verboten und verschärfter Zensur – mit dem Stillstand der Armeen, den Schützengräben und der technischen Aufrüstung des Kriegsgeschehens war auf den Schlachtfeldern nichts mehr zu sehen. Die Filmproduzenten mussten mit Bildern von der Mobilmachung, mit Lichtbildern einzelner Feldherren, mit Karikaturen der Feinde oder auch mit altem Bildmaterial über Armee und Kriegsflotte über den Mangel an aktuellem Bildmaterial hinwegtäuschen. Auch das Genre der

„gestellten Kriegsfilme“ oder „Kriegsdramen“ mit patriotischem Pathos waren an der Heimatfront in den ersten Monaten des Krieges sehr beliebt. „Im Mittelpunkt des Programms zur Wiedereröffnung des Mozartsaales in Berlin stand der von der *National-Film* produzierte Spielfilm *Durch Pulverfass und Kugelregen*.“ (S. 32)

Durch den Boykott ausländischer Filme, stärkere Zensureingriffe und einer vorläufig noch geringen Anzahl publikumswirksamer Eigenproduktionen kam es zu einem generellen Mangel an Filmen, der von den Kinobetreibern häufig durch die Gestaltung „Bunter Programme“, also der Kombination von Filmvorführungen mit musikalischen, tänzerischen oder artistischen Einlagen „vor der Leinwand“ ausgeglichen wurde. „Einige größere Kinos wandelten sich in so genannte Kino-Variétés um.“ (S. 30) Die zunächst ganz der Siegesgewissheit gewidmeten Programme wandten sich schon 1915 von der Aktualität ab und der Ablenkung und Unterhaltung zu. Besonders beliebt waren Detektivfilme und Serienfilme, die sich über die Hauptfigur und ihre/n Darsteller/in definierten. „Die Gründe für das Entstehen der Serien lagen im Wesentlichen in der Geschäftspolitik der Filmtheaterbesitzer. Sie bedrängten ihre Verleiher nach einem gut gelaufenen Spielfilm weitere mit dem gleichen Hauptdarsteller oder Regisseur zur Verfügung zu stellen. Die Verleiher gaben ihrerseits den Wunsch an die Produzenten weiter. Um deren Geschäft abzusichern, handelten die Verleiher mit den Kinos eine Abnahmegarantie für die ganze Serie aus.“ (S. 222) Mit der Gründung der Ufa als

großem, eng an staatliche, insbesondere militärische Stellen gebundenem Filmkonzern trat die Produktion aufwändiger, abendfüllender Spielfilme in den Vordergrund. So entsprachen auch die ab 1916/17 produzierten Kriegsfilme höheren dramaturgischen und bildtechnischen Ansprüchen und konnten aufgrund der veränderten Haltung der militärischen Stellen und Zensurbehörden auch authentische Bilder bieten.

Dem Anspruch, auf der theoretischen Grundlage der *Cultural Studies* „die komplexen Beziehungen zwischen den Machthabern und den Haltungen der Machtabhängigen in ihren ständigen Veränderungen, sowie de[n] Zusammenhang zwischen Politischem, Ökonomischem und Kulturellem“ (S. 10) für die deutsche Filmgeschichte im Kontext des Ersten Weltkriegs zu erfassen wird Mühl-Benninghaus in dieser dichten und vielschichtigen Studie durchwegs gerecht. Das akribisch zusammengetragene Material spricht bis in kleine, oft skurrile Details für sich – etwa bei den Zensurrichtlinien für Detektivfilme, wo etwa „der Verbrecher immer in Richtung der Kinoszuhauer zu zielen und zu schießen“ (S. 142) hatte, damit die Erschießung selbst bzw. ihr Opfer nicht sichtbar wäre – und lässt den Zusammenhang zwischen den herrschenden Kriegsinteressen des Deutschen Kaiserreichs und dem Aufbau der deutschen Filmindustrie zur bedeutendsten in Europa anschaulich hervortreten.

Wolfgang Mühl-Benninghaus: Vom Augusterlebnis zur UFA-Gründung. Der deutsche Film im 1. Weltkrieg, Avinus Verlag, Berlin 2004, 360 Seiten, Euro 32,-

Context XXI

im Buchhandel

Buchhandlung Chaj

Praterstraße 40, 1020 Wien

Buchhandlung Winter

Landesgerichtsstraße 20, 1010 Wien

Infoladen 10

Portiersloge im Ernst-Kirchweyer-Haus
Wielandgasse 2-4, 1100 Wien

Buchhandlung oh*21

Oranienstraße 21, 10999 Berlin

Buchladen Schwarze Risse

Kastanienalle 85
10435 Berlin

Buchladen Schwarze Risse

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Irak. Von der Republik der Angst zur bürgerlichen Demokratie?

Der vielfach lediglich proklamierte Anspruch einer Unterstützung des „Für sich selber Sprechens“ durch europäische BeobachterInnen, ExpertInnen oder AktivistInnen findet im vorliegenden Sammelband eine gelungene und differenzierte Entsprechung. Dass in der Wahl der AutorInnen kein beliebig breites Spektrum einer Analyse der gegenwärtigen Situation im Irak präsentiert wird, sondern jene Raum zur Darstellung ihres Wissens um spezifische Zusammenhänge nutzen, die an einer demokratischen Entwicklung des Staates Interesse haben, ist überaus erfreulich. Dabei kann die Gretchenfrage der Positionierung zum US-amerikanisch geführten Krieg gegen das ba'athistische Regime in den Hintergrund treten und die Beiträge den aktuellen Problemfeldern und ihren historischen Implikationen gewidmet werden.

Die Kompilation gliedert sich in drei Blöcke: Teil 1, *Das blutige 20. Jahrhundert*, umfasst Texte zu Herrschaft und Ideologie der Ba'thpartei, der Verfolgungspraxis des Regimes sowie zu den bedeutendsten Oppositionsströmungen. Darin findet sich auch der sehr gute und detailreiche Beitrag des Politikwissenschafters Hussain Ali Bawa, der ein ideologisches Kernelement der Ba'thpartei und somit der Staatsorganisation, die umfassende Etablierung des „Führerprinzips“, erklärt. Der darauf folgende Aufsatz von Tho-

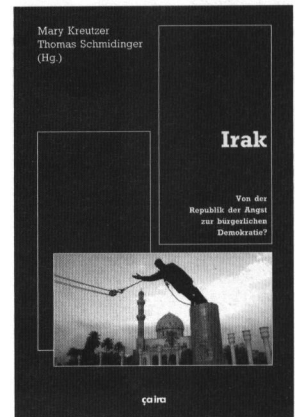
mas Uwer und Thomas von der Osten-Sacken, die im Rahmen der Organisation *Wadi* seit mehreren Jahren Projekte im Nordirak unterstützen, beschreibt nicht nur das gestürzte Herrschaftssystem, sondern beschäftigt sich mit den psychosozialen Auswirkungen dieses Führerkults. Die Folgen der und die eher simple Argumentation einer ideologischen Nähe nahöstlicher Diktaturen und islamistischer Terrorgruppen in der „unheimlichen Interesselosigkeit“ der Bevölkerung zu sehen und in einer „Hölle der Abstraktion“ Islamisten, Panarabisten und (Teile der) Linken zu vereinen, bietet zumindest eine hinreichende Präzisierung ihrer Position, um weiterführende Auseinandersetzungen zu befördern. Den Fragen von Terror und Widerstand widmet sich Andrea Fischer-Tahir entlang des „Kurdistan-Konflikts“ und beweist darin die Möglichkeit einer klugen Verbindung von poststrukturalistischen und *Cultural Studies*-Ansätzen mit umfangreichen ethnologischen und religionswissenschaftlichen Kenntnissen. Ihre feministische Perspektive relativiert auch die Kürze der explizit frauenspezifischen Themenbeiträge.

In Teil 2, *Die USA, Europa, der Irak und der Krieg*, wird auch manche klassische Motivationsphantasie der kriegesischen Intervention untersucht, etwa in einem Beitrag der Herausgeberin die Bedeutung der beliebten

Ölthese. Mary Kreutzer beleuchtet entgegen der verbreiteten Interpretation „fremder Gier“ die Funktion des Rohstoffs in den konkreten diktatorischen Unterdrückungsverhältnissen. Weitere mediale und aktivistische Konjunkturen in der Argumentation von KriegsgegnerInnen und -befürworterInnen werden in diesem Kapitel nachgezeichnet, darunter die Rolle der *Vereinten Nationen*, deutsche Exporte für Waffen- und Giftgasproduktionen oder die rechtsextreme und friedensbewegte Begeisterung für das „irakische Volk“.

Im abschließenden dritten Block widmen sich die Diskussionsbeiträge Fragen des Umgangs mit der Vergangenheit, den Optionen von Föderalismus und partizipativen Bestrebungen sowie den agierenden Terrorgruppen. Deren Zusammensetzung und Kooperation bzw. Konkurrenz wird auch mittels historischer Exkurse beschrieben und unterschiedliche Lösungsansätze formuliert. Terrorismus steht als zentrales Element am Beginn und am Ende der ba'thistischen Strukturen. Dass alltägliche Bemühungen um demokratische Vergesellschaftungsformen von den Besatzungsmächten und der irakischen Bevölkerung geführt werden müssen, dies aber immer vor dem Hintergrund jahrzehntewährender Verbrechen passiert und diese auch einer wissenschaftlichen Bearbeitung bedürfen, ist ei-

VON HEIDE HAMMER

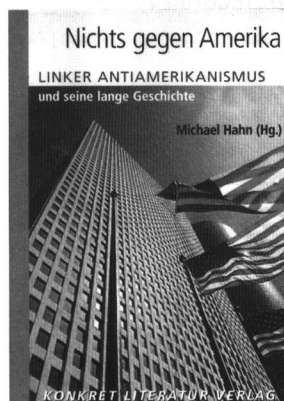
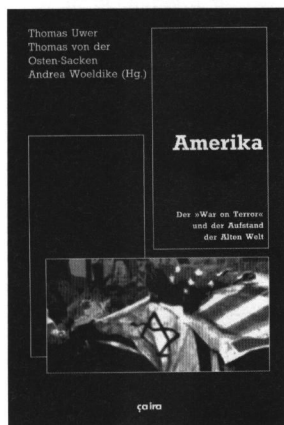


ne zentrale Forderung im abschließenden Beitrag Thomas Schmidingers. Ein dahingehender Versuch wird gegenwärtig von Kanan Makiya durch die *Iraq Memory Foundation* betrieben. Ein Spektrum an Analysen und Initiativen auch deutschsprachigen InteressentInnen näherzubringen, ist das vorläufige Ergebnis intensiver Kooperationen zwischen irakischen Oppositionellen, EmigrantInnen und engagierten PolitikwissenschaftlerInnen. Fortsetzungen dieser Formen des Austauschs wären überaus wünschenswert.

Mary Kreutzer / Thomas Schmidinger (HglInnen): *Irak. Von der Republik der Angst zur bürgerlichen Demokratie?* Ca ira Verlag, Freiburg 2004, 360 Seiten, Euro 19,-

An unnecessary necessity

VON MARC ZANNONI*



Letztes Jahr erschienen zwei Sammelbände mit unterschiedlichen Intentionen zum Thema Amerika und Amerikakritik. Während das eine Buch seinen Schwerpunkt auf die antiamerikanischen Ressentiments innerhalb der Linken setzt, versucht das andere die internationale Situation, mit der die USA konfrontiert ist, zu umreißen. Beide Bücher skizzieren nur ansatzweise auf einer theoretischen Ebene die ideologischen Versatzstücke des Antiamerikanismus.

Dort wo das *konkret*-Buch eine theoretische Auseinandersetzung vornimmt – insbesondere in den Beiträgen von Hahn und Illing –, stellt sich diese jedoch als mangelhaft heraus, wenn nicht gar als punktuell apologetisch und relativierend bezüglich linker Animositäten. Gleichzeitig meint Hahn eine Abgrenzung gegenüber zu scharfen GegnerInnen des Antiamerikanismus vornehmen zu müssen, die darin zum Ausdruck kommt, dass versucht wird an Hand verkürzt wiedergegebener bzw. unterstellter Positionen vermeintlicher „Amerika-Fans“, wie etwa Dan Diner, die Übertriebenheit respektive Fehlerhaftigkeit ihrer Kritik aufzuzeigen.

Darüber hinaus postuliert Hahn die Notwendigkeit einer „richtigen“ Amerikakritik, ohne einleuchtend die Dringlichkeit einer hiesigen Kritik an der derzeitigen Innenpolitik der USA zu argumentieren und obwohl die Problematik der Konstruktion eines „US-Sonderfalles“ sowie das prinzipielle Eingebettetsein

der USA im globalen ökonomischen System Erwähnung findet.

Zur Bewertung der aktuellen US-Außenpolitik bedarf ebenfalls die Verfasstheit seiner KontrahentInnen, sowohl der militärischen als auch der politischen, einer solchen, um nicht einer ressentimentanfälligen Fokussierung auf den mächtigen „Hegemon“ anheim zu fallen. Denn der Kontext bietet den Rahmen, der überhaupt erst die Wahrnehmung des Gegenübers als aktives – und damit hinterfragbares – Subjekt ermöglicht und diesen in Relation zum Agieren Amerikas setzt. Zwar liefert das *ça ira*-Buch kaum Abhandlungen zu den Hintergründen des zeitgenössischen Islamismus und des Ba'th-Regimes, aber diesen Punkt behandeln bereits andere Bücher zur genüge.

Vielmehr legen mehrere Artikel die Stellung Amerikas im arabischen Raum dar, wie auch welche Faktoren den Bruch zwischen den USA und Europa befördern, mit besonderem Augenmerk auf Deutschland, wodurch u.a. der oft beklagte Alleingang der USA nachvollziehbar wird. Aus ideologiekritischer Sicht tritt dies vor dem Hintergrund einer fundamentalen Differenz zwischen einem deutschen, immer mehr europäischen, Standpunkt eines religiös unterfütterten Ethnopluralismus gepaart mit dem Idealismus der Romantik und einem amerikanischen Pragmatismus polit-ökonomischer Provenienz zu Tage. Dieser Kontrast ist es, der die USA, nicht zu letzt Dank seiner Entstehungsge-

schichte und des Verhältnisses der Citoyens zum Staat, sympathischer erscheinen lässt als Europa. Eine Feststellung, die Hahn als blinde Vergötterung Amerikas missinterpretiert, deren Äußerung jedoch höchstens eine Präferenz zum Ausdruck bringt.

Äußerst positiv unterscheidet das „Amerika“-Buch vom anderen, die Einbeziehung der deutsch(-österreichische) Geschichte in die Analyse, wodurch, neben dem deutschen Staat, auch die Friedensbewegung in einem anderen Licht erscheint. Schon alleine auf Grund der wiederholt vorgebrachten Vergleiche mit dem 2. Weltkrieg und den daraus gezogenen Lehren, die mit moralistischem Verve exklusiv die USA und Israel treffen, kann durchaus, wie in einem Beitrag auf den Punkt gebracht, von einer Gegenwartsbewältigung als Vergangenheitsbewältigung gesprochen werden.

Summa summarum bleibt festzuhalten, dass beide Bücher interessante Beiträge zu bieten haben, wenn auch eine tiefgreifendere Analyse vom *ça ira*-Sammelband zu erwarten ist.

Thomas von der Osten-Sacken / Thomas Uwer / Andrea Woeldike (HglInnen.): Amerika. Der „War on Terror“ und der Aufstieg der alten Welt. Ça ira-Verlag, Freiburg 2003, 320 Seiten, Euro 17,50.–

Michael Hahn (Hg.): Nichts gegen Amerika. Linker Antiamerikanismus und seine lange Geschichte. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 2003, 176 Seiten, Euro 15.–

*) Marc Zannoni studiert Informatik.

Deutsche Gegen-Aufklärung

Die rechtsextreme Begeisterung für Konrad Lorenz ist nicht neu: 1973 wurde er vom neonazistischen *Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes* mit dem *Schiller-Preis* ausgezeichnet. Sie kommt auch nicht von ungefähr, war doch Lorenz ein begeisterter Parteigänger der nationalsozialistischen Idee der „Ausmerzungen Minderwertiger“. Wie bei vielen Nazis schlug seine Begeisterung nach der Zerschlagung des „Dritten Reichs“ um in Depression, die er dann als Untergangspanthasien gegenüber der „zivilisierten Menschheit“ öffentlich auslebte.

Lorenz, der „eigentlich“ eine „Wildgans werden“ wollte, gilt gegenwärtig sogar in der Naturwissenschaft als toter Hund. Bestenfalls Heiterkeit zieht er sich heute mit seiner Rede von Instinkten zu: So glaubte Lorenz ernsthaft an einen „Schönheitsinstinkt“, welchen er etwa durch die Kompositionen Schönbergs verletzt sah – sein „wissenschaftlicher“ Beitrag zur Hetze gegen „entartete Kunst“. Und die Behauptung einer Degeneration durch Domestikation („Verhässchweinung“) des Menschen wird von Kurt Kotrschal, immerhin Leiter der *Konrad Lorenz Forschungsstelle* in Grünau, abwechselnd als „Schnaps-“ oder „fixe Idee“ bezeichnet. Einzig einige Apologeten in der Verhaltensforschung und offene Rassisten versuchen weiterhin ihren Biologismus mit der österreichischen

Geistesgröße abzusichern. Und die heimischen *Grünen* weigern sich bis heute, mit ihrem Gründervater zu brechen. Lorenz' theoretisierte Misanthropie, sein Sozialdarwinismus und Kulturpessimismus, geht bei ihnen nach wie vor als Technik- und Zivilisationskritik durch.

Ebenfalls nicht neu ist der Hass von Rechtsextremen auf die Kritische Theorie, von den Veranstaltern als „Verbindung von Neomarxismus und Psychoanalyse“ entlarvt. Bei der zweiten deutschen Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 wurden die Werke von Marx und Freud den reinigenden Flammen übergeben: „Gegen Klassenkampf und Materialismus, für Volksgemeinschaft und idealistische Lebenshaltung!“ „Gegen seelenzerfasernde Überschätzung des Trieblebens, für den Adel der menschlichen Seele!“

Der nun zum „Kommers“ geladene Festredner Rolf Kosiek¹ machte die Frankfurter Schule unter dem Pseudonym Rudolf Künast bereits 1983 für die „Umweltzerstörung“ verantwortlich. Dieses Jahr erschien in fünfter Auflage sein Machwerk *Die Frankfurter Schule und ihre zersetzenden Auswirkungen*. Die antisemitische Figur von der Zersetzung der Volksgemeinschaft durch (jüdische) Intellektuelle feiert hier fröhliche Urständ. So macht Kosiek die „dem deutschen Denken fremde(n)“ Kritische Theorie für das „Ein-

bringen dieses gefährlichen geistigen Giftes des Marxismus in den deutschen Volkskörper“ nach 1945 verantwortlich. Ermöglicht habe dies die „Umerziehung“, mit welcher vor allem die Angehörigen der Frankfurter Schule von den US-Alliierten beauftragt worden seien. Die aus dem US-amerikanischen Exil als „Sieger“ zurückgekehrten Zersetzer haben laut Kosiek ganze Arbeit geleistet: eine „egoistische Spaß- und Genussgesellschaft“ habe die gute alte „Volksgemeinschaft“ abgelöst, „Fremde“ könnten heute ungehindert „in den deutschen Volkskörper in Millionenzahl einströmen“, es herrsche eine „völlige Vereinzelung und Bindungslosigkeit des Individuums“, durch den „Ungeist der Verneinung, Be-zweiflung und Verweigerung“ sei die „Innenwelt“ zerstört worden, anstatt einer „auf biologischen Grundlagen beruhenden Weltsicht“ habe sich ein „Antibiologismus“ durchgesetzt usw. usw.

Mit ihren jüdisch-amerikanischen „Betonungen reiner Glücks- und Genussphilosophie“ stehe die Kritische Theorie im scharfen „Gegensatz zur Haltung der deutschen Tradition“, die sich über „diese niedere Sinnlichkeit (...) weit hinaus“ hebe. Demgegenüber betont Kosiek, was deutsch ist: Nämlich die Annahme, „dass der Sinn des Lebens vor allem im Erfüllen einer Aufgabe, einem Werk, in einer Pflicht beruht, und nicht im

Für den 20. November 2004 planen deutsch-völkische Korporierte einen *Konrad-Lorenz Kommers* in Wien.

In dessen Vorfeld wollen die Schmissgermanomanen auf einem Symposium mit der Frankfurter Schule als der „9. Todsünde“ abrechnen.

VON HERIBERT SCHIEDEL

27. – 29. Oktober 2004

Symposium

**Brüche & Brücken
Exilforschung heute**

Aula am Campus der
Universität Wien
Spitalgasse 2-4/Hof 1,
1090 Wien

www.exilforschung.ac.at

platten Glücksstreben.“

Nicht nur ihren Hass auf alles „Deutsche“, auch ihre Verantwortung für die Umweltzerstörung leitet Kosiek von der Tatsache ab, dass „fast alle führenden Vertreter der Frankfurter Schule

dem Judentum entstammten“: Ihre „Anti-Natur-Haltung“ gründe „in der jüdisch-frühchristlichen Verneinung der Natur zugunsten eines rein rationalen, intellektuellen Weltbildes“. Tatsächlich ist es vor allem die von deutschen „Gegen-Intellektuellen“ (Hauke Brunkhorst) mit dem Judentum identifizierte Rationalität und Intellektualität, die Kosiek und seinesgleichen so in Rage versetzt. Anstatt der „vereinende(n)“, „ganzheitliche(n) Schau“ der (noch) nicht umerzogenen und naturverbundenen „Deutschen“, würden die „von der Lebenswirklichkeit gelösten“ kritischen Intellektuellen „der zergliedern-

den (analytischen) Methoden“ anhängen. Es soll aber nicht nur einfach geschaut, sondern auch bejaht werden. Die deutsche Kritikfeindschaft gründet im völkischen Einheits- und Reinheitswahn, der sich nach wie vor zuallererst gegen Juden und Jüdinnen austobt.

Was Adorno über den Hass gegen die Psychoanalyse gesagt hat, gilt auch für den gegen die Kritische Theorie: Er „ist unmittelbar eins mit dem Antisemitismus, keineswegs bloß weil Freud Jude war, sondern weil Psychoanalyse genau in jener kritischen Selbstbesinnung besteht, welche die Antisemiten in Weißglut versetzt.“

- (1) Kosiek, Jg. 1934, war in den 1970er Jahren Führungskader der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), daneben saß er damals im „wissenschaftlichen Beirat“ der rassistischen Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung des Hamburger Neonazis Jürgen Rieger. Seit 1981 ist er führender Mitarbeiter des auf Holocaustleugnung abonnierten Grabert Verlages. Zehn Jahre später schaffte er es auf den Vorsitz der Gesellschaft für freie Publizistik, der wohl bedeutendsten Lobby rechtsextremer Geschichtsfälscher. Kosiek, der auch Mitglied im revanchistischen Witiko-Bund ist, referierte u.a. beim mittlerweile behördlich aufgelösten Verein Dichterstein Offenhausen und beim nicht minder neonazistischen Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes.

Neben Rolf Kosiek sind als Referenten am Symposium angekündigt: Prof. Dr. Otto Scrinzi, Prof. Dr. Bernd Rabehl (FU Berlin) und Doz. Dr. Friedrich Romig.

Scrinzi, der von sich behauptet, „immer rechts“ gewesen zu sein – „auch in der NSDAP“, ist eine zentrale Figur des deutsch-österreichischen Rechtsextremismus. Der ehemalige FPÖ-Nationalrat war zuletzt Gast beim 2. *Freiheitlichen Kongress der Deutschen Stimme*, dem Organ der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD) und bis Anfang 2004 „Schriftleiter“ der rechtsextremen *Aula*.

Friedrich Romig, ehemaliger Berater des St. Pöltener Bischofs Kurt Krenn, schreibt in zahlreichen rechtsextremen Blättern. In Andreas Mölzers *Zur Zeit* (46/03) sorgte er zuletzt mit der Behauptung für Aufregung, die „Globalisierung“ sei der „Weg (...), auf dem das Judentum (...) seinem biblischen Auftrag gemäß weltweite Dominanz erlangt“. Die USA würden schon „unter der Kuratel einer weit verzweigten Macht, nämlich der ‚Israel-Connection‘“, stehen. Als „Voraussetzung für die Ausbreitung“ der „Herrschaft“ der Juden und Jüdinnen erkannte Romig „die Auflösung aller Gemeinschaftsbindungen (...) die der Globalisierung und der Führung der Welt durch das auserwählte Volk im Wege stehen“.

Rabehl wanderte unterm Stern des Antizionismus und Antiamerikanismus von links nach rechts: Der vormalige Hauptwortführer der antiautoritären Fraktion im *Sozialistischen Deutschen Studentenbund* (SDS) scheut nach Aufritten im burschenschaftlichen Milieu mittlerweile nicht mal mehr die Nähe zum Neonazismus. So will er am 9. Oktober beim *Deutschen Kolleg* seiner vormaligen und nunmehrigen Gesinnungskameraden Horst Mahler und Reinhold Oberlercher referieren.

Im Rahmen des Kommerses begeht die Wiener Burschenschaft *Silesia* ihr 144. und die *Olympia* ihr 145. „Stiftungsfest“. Insbesondere letztere steht seit ihrer Wiederzulassung 1952 im Zentrum des militanten Rechtsextremismus. Am 25. 1. 2003 lud die *Olympia* etwa zu einem „nationalen Liederabend“ mit dem deutschen Neonazi Michael Müller ein. Dieser singt schon mal in Abwandlung eines Liedes von Udo Jürgens: „Mit 6 Millionen Juden, da fängt der Spaß erst an, bis 6 Millionen Juden, da ist der Ofen an. (...) Wir haben reichlich Zyklon B. (...) Bei 6 Millionen Juden, ist noch lange nicht Schluss.“ Als (ehemalige) Nationalsozialisten wurden *Olympen* nach 1945 „politisch verfolgt und mit Berufsverbot belegt“, wie es in der *Festschrift* zum 130jährigen Jubiläum heißt. Man ist also hier, wo der 8. Mai 1945 als Tag der „totalen Niederlage“ bezeichnet wird, auch unmittelbar vom zersetzend-umerzieherischen Treiben der *Frankfurter Schule* betroffen. So heißt es in erwähnter *Festschrift*: „Gleich nach Kriegsende setzte die von den Siegern betriebene systematische Umerziehung (reeducation) ein, die einen intensiven Wandel des Denkens, der Empfindungen und Verhaltensweisen erreichen wollte und auch erreichte. Alle Ideen und Überzeugungen, die nach Meinung der Sieger zu der politischen, moralischen und charakterlichen Korruption der Deutschen geführt hatten, sollten ein für allemal ausgerottet werden. (...) Die entstandene geistig-kulturelle Bewußtseinslücke wurde durch die Etablierung der westlich-pluralistischen Gesellschaftsform „ausgefüllt“.“

HERIBERT SCHIEDEL

Feindaufklärung und Reeducation

Über die Notwendigkeit Kritischer Theorie heute

Symposium am 12. und 13. November 2004

Technische Universität – Hauptgebäude – Schütte-Lihotzky-Hörsaal (HS 7)
Karlsplatz 13, 1040 Wien, Hof 2, Stiege 7, Erdgeschoss

Eine Veranstaltung von **Café Critique** und der
Studienrichtungsvertretung Politikwissenschaft

Unterstützt vom **HaShomer HaZair** und von **Teilen der Fachschaft Informatik**

Für November haben rechtsradikale Burschenschaften und Freiheitliche von der „Arge Konrad Lorenz“ angekündigt, ihren Haß auf die sogenannte „Frankfurter Schule“ in Wien öffentlich auszutoben. Grund genug, an Feindaufklärung und Reeducation zu erinnern, wie sie einmal gegen das Dritte Reich mobilisiert wurden, und einen ihrer besten Teile, die Kritische Theorie, gegen das Fortleben des Nationalsozialismus innerhalb der Demokratien Deutsch-Europas ins Treffen zu führen.

Das, was einmal *Erziehung zur Mündigkeit* genannt wurde, liegt heute fest in den Händen von Peter Scholl-Latour und Oskar Lafontaine, Jörg Haider und Michel Moore – und heißt: der Volksgemeinschaft aufs Maul schauen, um nur ja keine antiamerikanische Wendung auszulassen. Es ist kein Zufall, daß das Ressentiment gegenüber Adorno und Horkheimer, aber auch gegenüber Walter Benjamin und Franz Neumann, Herbert Marcuse, Leo Löwenthal und Otto Kirchheimer in Österreich besonders ausgeprägt ist und ehemalige Trotzlisten und ewige Burschenschaftler, katholische Würdenträger und patriotische oder postmoderne Linke bei allem, was sie sonst trennen mag, eint. Denn diese Kritische Theorie hat im Unterschied zu Habermas nie wirklich aufgehört, die gesellschaftliche Einheit in den Nachfolgestaaten des Dritten Reichs, die sekundäre Volksgemeinschaft, in Frage zu stellen.

Auf dem Symposium soll die aktuelle Notwendigkeit von Feindaufklärung und Reeducation vor dem Hintergrund radikaler Gesellschaftskritik aufgezeigt und über ihre heutigen Bedingungen diskutiert werden.

Freitag, 12. 11.

15 Uhr
Eröffnung

15.15 Uhr
Johannes Dvorak:
Adorno als Ruhestörer
Thesen über die politische Wirkung
seiner Texte in Österreich

16 Uhr
Heribert Schiedel:
Der Haß der Antisemiten auf die Kritik
Adorno und Horkheimer als Feindbild und der
Hintergrund der rechtsradikalen „Arge Konrad Lorenz“

18 Uhr
Stephan Grigat:
**Kritik, befreite Gesellschaft
und Solidarität mit Israel**
Zur Aktualität der Kritischen Theorie

20 Uhr
Gerhard Scheit:
Racket und Vernichtung
Kritische Theorie gegen (post-)nazistische und
islamistische Banden

Samstag, 13. 11.

14 Uhr
Ljiljana Radonic:
**Die Bedeutung der Psychoanalyse
für die Kritische Theorie**

16 Uhr
Florian Markl:
Was heißt „struktureller Antisemitismus“?

18 Uhr
Alex Gruber:
Deutschland – Amerika
Die Kritische Theorie im Kampf gegen Nazi-Deutschland

anschließend Podiumsdiskussion über
**Antifaschismus „auf den Bajonetten der USA“,
Israelsolidarität und die Notwendigkeit von
Feindaufklärung und Reeducation heute**
mit Hannah Fröhlich, Karl Pfeifer, Gerhard Scheit,
Heribert Schiedel, Thomas Schmidinger
Moderation: Stephan Grigat

Genauere Angaben zu den Vortragenden und den Vorträgen finden Sie demnächst unter

www.cafecritique.priv.at



Mary Kreutzer / Thomas Schmidinger (Hg.)

Irak

Von der Republik der Angst zur bürgerlichen Demokratie?

Mit Beiträgen von Hussain Ali Bawa; Dhia Al-Dabass;
Houzan Mahmoud; Maurice Shohet; Kasim Talaa u.a.

2004 • 360 Seiten • 19 € • ISBN 3-924627-85-1

Dargelegt werden die Geschichte des Irak bis zum Sturz Saddam Husseins sowie die Beziehungen europäischer Staaten, insbesondere Deutschlands und Österreich, zum Irak. Es wird auf die aktuellen Entwicklungen und Problemfelder nach dem Sturz Saddam Husseins eingegangen, insbesondere auf Fragen nach Demokratie, Föderalismus, Geschlechterverhältnisse, des Verhältnisses von Religion und Staat und der ökologischen Situation des Landes.

Im Gegensatz zu den meisten Irak-Büchern, die seit 2003 erschienen sind, besteht dieses großteils aus Beiträgen, die von irakischen Autoren selbst geschrieben wurden, die entweder im Lande selbst oder im Exil leben. Ihnen wird hier erstmals die Möglichkeit gegeben, zu Geschichte und Politik ihres Herkunftslandes Stellung zu beziehen. Dabei wurde bewußt auf ein sehr breites Spektrum geachtet, das politisch von Vertretern gemäßiger islamischen Parteien wie SCIRI über liberale und kurdische Parteien bis zur Kommunistischen und Arbeiterkommunistischen Partei reicht. Es kommen dabei auch Autoren aus den unterschiedlichen Regionen des Irak (Basra, Bagdad, Kirkuk, Suleymania, Dohuk...) und aus verschiedenen religiösen und ethnischen Gruppen des Landes (schiitische und sunnitische Muslime, christliche Assyrier, Kurden, Juden, Yezidi) zu Wort.

Gerhard Scheit

Suicide Attack

Zur Kritik der politischen Gewalt

2004 • ca. 600 Seiten ca. 29,00 € • ISBN 3-924627-87-8

Das Selbstmord-Attentat ist die Konsequenz der »Zärtlichkeit der Völker«: Versöhnung mit »Kerneuropa«, denn die Shoah ist der Kern Europas. Der Einzelne, der sich opfert, um möglichst viele Menschen zu töten, verwirklicht die zeitgemäße Form von Gemeinschaft. Er opfert sich für einen realen oder imaginären Staat, vollführt in privatisierter Form, was nun einmal Sache der Volksgemeinschaft ist: Vernichtung um ihrer selbst willen.

ca ira-Verlag / Initiative sozialistisches Forum

Postfach 273 * 79002 Freiburg

0049 761 285 95 06 * Fax: 0049 761 379 49

ca-ira@t-online.de * www.ca-ira.net